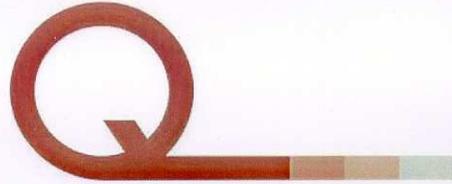


ao

aktuelle
ostinformationen



Gütesiegel Weiterbildung

Z E R T I F I K A T

Gesamteuropäischer Studienwerk

Das Zertifikat hat eine Gültigkeit von drei Jahren. In diesem Zeitraum muss das Qualitätsmanagement-System regelmäßig überwacht und weiter entwickelt werden.

Dieses Zertifikat ist gültig bis zum 31.10.2009.



Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

das GESW, das im Jahre 2006 durch den Gütesiegelverbund Weiterbildung zertifiziert wurde, sieht im Herbst 2009 seiner Rezertifizierung entgegen. Über diesen recht mühevollen, aber – mittlerweile obligatorischen Prozess geben wir einleitend einen kurzen Erfahrungsbericht.

Unserem Nachbarland Polen, den deutsch-polnischen Beziehungen sowie den damit verbundenen Aktivitäten des GESW sind einige kürzere Beiträge gewidmet, die einen recht differenzierten Überblick über eines der Schwerpunktthemen unserer Arbeit ermöglichen.

Den nur wenig übersichtlichen Verhältnissen im Kosovo, der politischen Entwicklung in der Ukraine sowie den komplizierten Verhältnissen in Zentralasien und entsprechenden Formen der Kooperation mit den sog. „Stan-Staaten“ sind weitere Artikel und Berichte gewidmet.

Aus unserer Sicht ist dabei besonders erfreulich, dass es sich hierbei größtenteils um Texte junger Autor/innen handelt, die in Freiburg und Hamburg Politikwissenschaften studieren.

Ergänzt wird das vorliegende Heft wie immer durch Buchreports und Rezensionen, die aktuellen Sachbüchern und Belletristik aus Südosteuropa gewidmet sind.

Zbigniew Wilkiewicz

Inhalt

Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz Das Gesamteuropäische Studienwerk wird (re)zertifiziert	2
Dominik Schneider Polen unter Donald Tusk: Wandel zu einer Stabilisierung des polnischen Parteiensystems	9
Jacek Jeremicz Von der Patenschaft zur Partnerschaft	15
Julia Egle Quo Vadis Kosovo?	18
Simone Engel Das politische System in der Ukraine	29
Franziska Boneberg Zentralasien: Zwischen Kooperation und Konfrontation	47

O-Ton

Interview mit dem Institutsratsleiter des GESW	56
------------------------------------------------------	----

Berichte

Zbigniew Wilkiewicz Deutschland und Polen im 21. Jahrhundert	65
Jan U. Clauss Von TRANSFORM bis Turkmenistan	67

Buchreport

Zbigniew Wilkiewicz Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak (Hg.): Kritik des Neoliberalismus	73
Theo Mechtenberg Antisemitismus im Nachkriegspolen	78
Gerhard Schüsselbauer Neue Literatur aus Kroatien 2008	85

Rezensionen

Thomas Strobel, Robert Maier (Hg.): Das Thema Vertreibung und die deutsch-polnischen Beziehungen	93
Gerd Meyer (ed.): Formal Institutions and Informal Politics in Central and Eastern Europe	94
Heinrich August Winkler: Auf ewig in Hitlers Schatten?	98
Jörg-Dieter Gauger: Deutsche und Polen im Unterricht	100

Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz

Das Gesamteuropäische Studienwerk wird (re)zertifiziert

Ein Erfahrungsbericht

Das *Gesamteuropäische Studienwerk (GESW)* unterzieht sich seit Januar 2005 einem Zertifizierungsprozess, der der Konzeption und Systematik des *Gütesiegelverbundes Weiterbildung (GV)* folgt. Dieser Pfad wurde in Absprache mit den übrigen Bildungsstätten in Vlotho, dem *Arbeitskreis Entwicklungspolitik (AKE)*, der *Stätte der Begegnung* und dem *Jugendhof* gewählt. Im Folgenden schlossen sich diese Einrichtungen zu einem Arbeitskreis der Qualitätsbeauftragten zusammen, der bis heute noch existiert und kooperiert. Inzwischen haben zwei Bildungseinrichtungen aus Vlotho, das GESW und der AKE, das Zertifikat des GV bekommen und eine weitere wird es im Herbst dieses Jahres (2008) erhalten. Die Entscheidung für den Gütesiegelverbund fiel nach intensiver Diskussion und Analyse mehrerer Zertifizierungssysteme, wobei dem Vorstand und den Mitarbeitenden des GESW gerade der damals noch im Entstehen begriffene GV NRW aufgrund seiner klaren Ausrichtung auf die Belange und Bedürfnisse von Weiterbildungsinstitutionen am adäquatesten erschien. Konsequenterweise beantragte das GESW im Dezember 2004 die Mitgliedschaft beim „Gütesiegelverbund Weiterbildung NRW e.V.“

Das für den Zertifizierungsprozess vorgeschriebene Erstgespräch mit den Auditoren des GV fand am 28. Januar 2005 im GESW statt. Neben den beiden Auditoren des GV NRW nahmen der Vorstandsvorsitzende des GESW, *Dr. Theo Mechtenberg*, die wissenschaftlich-pädagogischen Mitarbeiter (WPM), die Mitarbeiterinnen aus den Verwaltungsbereichen sowie die Hauswirtschaftsleiterin teil.

Hinsichtlich des Zeitplans wurden folgende Termine vertraglich festgelegt:

26.08.2005	Erstellung des Selbstreports durch das GESW
23.09.2005	Erstellung des Zwischenberichts durch die Auditoren des GV
15.11.2005	Besuch der Einrichtung durch die Auditoren.

Der Institutsratsvorsitzende und Qualitätsbeauftragte (QBA) des GESW, *Dr. Zbigniew Wilkiewicz*, machte Anfang Februar 2005 folgende Verfahrensvorschläge:

- Das Zertifizierungsverfahren wird zum festen Bestandteil jeder Institutsratssitzung, die in der Regel in 14tägigem Turnus stattfindet.
- Die sieben Qualitätsbereiche (QB) des GV werden einzelnen Mitarbeiter/-innen des Institutsrats zugeordnet. Sie machen sich mit den Inhalten dieser Bereiche vertraut und formulieren entsprechende Fragen, die der QBA bereits zu seiner ersten Ausbildung beim GV NRW in Dortmund (21. bis 23.02.2005) mitnimmt.
- Die Textentwürfe für die sieben QB werden gemeinsam im Institutsrat und im Rahmen eigens angesetzter Qualitätsklausuren diskutiert. Die Mitarbeitenden

einigen sich während dieser Klausuren auf die für den Selbstreport verbindlichen Textfassungen.

Es wurde eine Arbeitsteilung verabredet, die in den nächsten sechs Monaten verbindlich blieb:

- QB 1 Satzungsziele und Konzeption des GESW: *Mechtenberg*
- QB 2 Qualitätspolitik und Qualitätsziele: *Wilkiewicz*
- QB 3 Schlüsselprozesse: *Dr. Gerhard Schüsselbauer* (wissenschaftlich-pädagogischer Mitarbeiter, stellv. Institutsratsleiter)
- QB 4 Qualität der Bildungsarbeit: *Bernd Stegmann* (wissenschaftlich-pädagogischer Mitarbeiter)
- QB 5 Teilnehmendenbezogene Rahmenbedingungen: *Claudia Wollbrink* (Seminarbüro/Hausorganisation)
- QB 6 Personalentwicklung *Jörg Stemmer* (Technisch-Pädagogischer Mitarbeiter, TPM)
- QB 7 Evaluation, Berichtswesen und Controlling: *Birgit Ackermeier* (Finanzverwaltung).

Zu den Institutsratsitzungen und Klausuren wurde auch *Silke Strate* aus dem Sekretariat hinzugezogen.

Während der Klausuren wurden zunächst die Ergebnisse der beiden Ausbildungen zum Qualitätsbeauftragten (21. bis 23.02.2005; 11. bis 13.04.2005) anhand ausführlicher Protokolle vorgestellt. Der Qualitätsbeauftragte moderierte die sich anschließenden Diskussionen und legte gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden und den Mitarbeitenden das weitere Procedere fest. Gemeinsam wurde intensiv an der Erstellung einer Prozesslandschaft (Leitungs-, Kern- und Supportprozesse) gearbeitet.

Hieraus ergab sich eine intensive Diskussion und Aufarbeitung der im QB 3 des GV vorgegebenen Schlüsselprozesse. Daraus resultierende Prozessbeschreibungen wurden mit Hilfe von Blockdiagrammen schematisiert.

Insgesamt fanden zwischen Februar und Juli 2005 neben den neun Institutsratssitzungen, in denen regelmäßig Fragen des Qualitätsmanagements diskutiert wurden, zusätzlich sechs jeweils dreistündige Klausuren statt, die ausschließlich dem Qualitätsmanagement gewidmet waren. Dies ergab bei regelmäßig acht Beteiligten einen Aufwand von ca. 300 Mitarbeiterstunden. Zusätzlich sind ca. 75 Stunden zu berücksichtigen, die *Wilkiewicz* im Zusammenhang zweier Ausbildungen zum Qualitätsbeauftragten und der Weitergabe der dort vermittelten Inhalte an die Mitarbeiter/-innen investierte.

Dabei wurde in einem intensiven, manchmal zähen und kontrovers diskutierten Prozess deutlich, dass der Aufbau und die Pflege eines Qualitätsmanagementsystems im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses eine permanente Herausforderung darstellt, die kein formales Ende kennt. Insofern sind der inzwischen vorgelegte Selbstreport und das parallel dazu entstandene Qualitätsmanagementhandbuch, die auch

in digitaler Form vorliegen, Text- und Dokumentensammlungen, die zukünftig weiterer Ergänzungen bedürfen.

Aufgrund der Empfehlung der Auditoren des Gütesiegelverbundes wurde der ursprüngliche, erste Selbstreport, der sich zu wenig an den geforderten Standards ausrichtete, zwischen September 2005 und Mai 2006 grundlegend überarbeitet. Die aus dieser Überarbeitung resultierenden Beschreibungen der Schlüsselprozesse wurden nunmehr mit Hilfe von Matrixdarstellungen schematisiert. Bis Mai 2006 wurden hinsichtlich der Schlüsselprozesse mehrere interne Audits durchgeführt. Die überarbeiteten Qualitätsbereiche wurden ab September 2005 während der Institutsratssitzungen diskutiert, die dazu entstandenen Dokumente für den Selbstreport freigegeben. Die Überarbeitung und Neufassung der ersten drei Qualitätsbereiche, die im Wesentlichen vom Qualitätsbeauftragten vorgenommen wurden, kosteten alle Beteiligten viel Zeit und Anstrengung, da sämtliche Veränderungen, Ergänzungen und Verbesserungen des ursprünglichen Selbstreports gemeinsam diskutiert, festgestellt und für die Freigabe der mitgeltenden Dokumente beschlossen werden mussten. Insgesamt ergab sich hieraus ein Aufwand von ca. 250 Mitarbeiterstunden.

Die Mühen der Ebene

Nach dieser strikt chronologischen Darstellung unseres Zertifizierungsprozesses gehe ich kurz noch einmal auf den schwierigen Zeitraum bis zur Abgabe des zweiten Selbstreports (Mai 2006) ein, in dem sich das gesamte Verfahren erheblich verzögerte und sich als besonders aufwändig erwies. Ich zitiere hierzu ein im November 2005 erstelltes Ergebnisprotokoll, aus dem hervorgeht, dass aufgrund der Empfehlung der Auditoren, den ersten Selbstreport gänzlich zu überarbeiten, ein neuer Zeitplan aufgestellt und die Arbeit neu verteilt werden musste. Aufgrund der langwierigen, aber notwendigen Abstimmungen mit allen Mitarbeitenden war erheblicher Zeitdruck absehbar:

Ergebnisprotokoll der QM-Klausur vom 17.11.05

Anwesende: Ack, Stra, Wo, Me, Schü, Steg, Stem, Wi

1. Der QBA verweist auf den Inhalt des Arbeitspapiers vom 24.10.05, das als verbindlicher Ablaufplan anzusehen ist.
2. Um Zeit zu sparen, wird die Arbeit an den einzelnen QB auf die einzelnen MA aufgeteilt und verabredet, dass die Ergebnisse zunächst mit dem QBA und mit den übrigen MA abgestimmt werden, um dann in den modifizierten Selbstreport aufgenommen zu werden.
3. Arbeitsaufträge
Wi übernimmt bis Mitte Dezember die Überarbeitung der QB1 und QB2 für den Selbstreport. Gleichzeitig ist er für die Redaktion des QMHB 2006/07 verantwortlich.
4. (...)Schü überarbeitet die sechs Schlüsselprozesse (SP) im Sinne des vorliegenden Musters und begründet, warum der achte SP „Marketing“ für das GESW keine Rolle spielt.
5. Vorlage bis zum 9. Dezember 2005, dann Abstimmung mit dem QBA und den MA.

Steg legt bis zum 30. November 2005 die überarbeitete Fassung des QB 4 vor.
 Wo legt bis zum 19. Dezember 2005 die überarbeitete Fassung des QB 5 vor.
 Stem kümmert sich bis zum 5. Dezember um die Überarbeitung des QB 6.
 Ack wird bis Mitte Dezember die überarbeitete Fassung des QB 7 vorlegen.

6. Die Erstellung der Liste „freie Mitarbeitende“ fällt in den QB-Bereich von Stem. Hierzu hat Wo Vorarbeit geleistet. Die Liste sollte bis 5. Dezember vorliegen.
7. Zur Problematik „Einarbeitung neue MA“ wurde angeregt, ein Dokument „Richtlinien zur Einarbeitung“ zu erstellen. Der QBA wird gemeinsam mit Jörg Stemmer einen entsprechenden Entwurf erarbeiten.

Protokollführung und Sitzungsleitung:
 Wi, 18.11.2005

Dies ist nun ein praxisnahes und authentisches Zeugnis für die Tatsache, dass die Zertifizierung nur arbeitsteilig und im Team bewältigt werden kann.

Es wird auch deutlich, dass die Aufgaben verbindlich und verantwortungsvoll wahrgenommen werden müssen, um Zeitpläne einhalten zu können und ergebnisorientiert zu arbeiten.

Zudem wird klar, dass es einer ständigen Dokumentation, Überprüfung und gemeinsamen Abstimmung notwendiger Fortentwicklungen bedarf.

Die Erarbeitung eines praktikablen, transparenten und leistungsfähigen Systems der Dokumentation ist schon deshalb wichtig, weil nur hierdurch der Nachweis erbracht werden kann, dass die Einrichtung ihr Qualitätsmanagementsystem kontinuierlich weiter entwickelt.

Gesamteinschätzung des Qualitätsmanagementsystems durch das GESW

Nach Erstellung des Selbstreports und des Qualitätsmanagementhandbuchs 2006/07 im Mai 2006 kam der Qualitätsbeauftragte deshalb zu folgender Einschätzung:

„Da sich das GESW noch mitten im Zertifizierungsprozess befindet, können über die Wirksamkeit des QMS noch keine definitiven Aussagen gemacht werden. Durch die ständige Einbeziehung einiger Elemente des QMS in die regelmäßig stattfindenden Institutsrats- und Vorstandssitzungen ist allerdings eine Systematik geschaffen worden, die es erlaubt, kontinuierlich für die Qualität unserer Arbeit relevante Daten zu sammeln und auszuwerten.

Dabei spielt die Zufriedenheit der Teilnehmenden mit den Angeboten unseres Hauses naturgemäß eine wichtige Rolle. Die konsequente Auswertung der von den TN ausgefüllten Bewertungsbögen sowie die permanente Beachtung des Beschwerdemanagements erlauben es dabei, zeitnah zu reagieren und die Zufriedenheit der TN sicher zu stellen. Dies war zwar vor dem Zertifizierungsprozess auch der Fall, wir sind allerdings nunmehr in der Lage, mit Hilfe eigens entwickelter Instrumente diese Prozesse für alle MA nachvollziehbar zu dokumentieren.

Im Hinblick auf die Zufriedenheit der MA sind zwar Zusatzinstrumentarien geschaffen worden (Vertrauenspersonen, Briefkasten „Kritik und Anregungen“, regelmäßige Betriebsversammlungen), allerdings wurden sie bisher kaum für die Formulierung von Unzufriedenheiten genutzt. Dies ist das Ergebnis eines entsprechenden internen Audits.

Wie die ersten internen Prozessaudits ergeben haben, wird es deshalb auch in Zukunft darauf ankommen, gerade an den personellen Schnittstellen Reibungsverluste zu verhindern und Abläufe zu optimieren.

Das QMHB 2006/07, das fortwährend ergänzt wird und via Intranet allen Angehörigen des IR zugänglich ist, informiert alle MA über das Selbstverständnis des GESW, über seine Organisationsstruktur und seine Qualitätspolitik sowie über die für die Einrichtung gültigen Leitungs- und Schlüsselprozesse. Für den operativen Bereich hat das QMHB 2006/07 darüber hinaus Weisungscharakter. Es ist offensichtlich, dass es auch zukünftig ergänzt werden kann und muss; insofern hat es den Charakter einer Lose-Blatt-Sammlung.“

Zwischenbericht, Einrichtungsbesuch, Auditbericht und Zertifizierung

Nachdem das GESW den zweiten Selbstreport fristgerecht eingereicht hatte, erhielt es Ende Juni 2006 den *Zwischenbericht* über die Prüfung der QM-Dokumentation, aus dem hervorging, dass die Einrichtung ihre Aufgaben gut gelöst hatte. Die federführende Auditorin unterstrich darin, dass sich die gesamte Einrichtung intensiv mit der Qualitätspolitik und dem Aufbau eines funktionierenden Qualitätsmanagements beschäftigt hatte und dass die Beteiligung der Mitarbeitenden an der Entwicklung und Überprüfung des Qualitätsmanagementprozesses sehr groß gewesen sei. Insofern könne der für den 8. September 2006 vorgesehene Einrichtungsbesuch wie geplant erfolgen.

In der *Zusammenfassung* wurde außerdem hervorgehoben, dass die Entwicklungsarbeit, die zwischen dem ersten und dem jetzt vorliegenden Selbstreport stattgefunden habe, von einer sehr intensiven und gewissenhaften Auseinandersetzung der Organe und Mitarbeitenden des GESW mit der eigenen Qualitätspolitik, den Qualitätszielen und den Umsetzungsmöglichkeiten in der täglichen pädagogischen Arbeit zeuge.

Diese sehr positive Bewertung war für die gesamte Einrichtung ermutigend, da deutlich wurde, dass wir unsere Hausaufgaben zufriedenstellend gelöst hatten und dem Ziel einer erfolgreichen Zertifizierung sehr viel näher gerückt waren.

Der *Einrichtungsbesuch*, der sowohl seitens des Gütesiegelverbundes als auch des GESW intensiv vorbereitet wurde, fand wie geplant am 8. September 2006 zwischen 11.00 und 16.00 statt. Die Auditoren führten intensive Gespräche mit dem Vorstandsvorsitzenden, dem Institutsratsleiter und Qualitätsbeauftragten sowie mit sämtlichen Mitarbeiter/-innen und prüften die ihnen vorgelegten Dokumente sowie das gesamte Berichtswesen. In der Abschlussbesprechung wurde deutlich, dass man eine Zertifizierung des GESW empfehlen würde. Ungeachtet dessen wurde auch hervorgehoben, dass es noch einige Regelungsbedarfe gebe.

Den *Auditbericht zum* Zertifizierungsverfahren nach Gütesiegelverbund Weiterbildung erhielt das GESW Mitte Oktober 2006. Auch er war in einem positiven Ton gehalten,

obschon in ihm weitere Regelungsbedarfe benannt werden, um die sich das GESW bis zur Rezertifizierung der Einrichtung wird kümmern müssen. Schließlich wurde dem Beirat des Gütesiegelverbunds empfohlen, dem GESW das Zertifikat nach den Richtlinien des „Gütesiegelverbunds Weiterbildung“ zu erteilen. Die feierliche Übergabe der Zertifizierungsurkunden erfolgte dann in der Tat am 27. Oktober 2006 im GESW. Damit hatten wir unser erstes vorläufiges Ziel nach fast zwei Jahren intensiver Arbeit erreicht.

Einige Hinweise

Zusammenfassend möchte ich einige allgemeine, aus der Erfahrung erwachsene und meiner Auffassung nach unentbehrliche Hinweise geben. Vollständigkeit wird durchaus nicht angestrebt:

Bei der Zertifizierung handelt es sich um einen intensiven Prozess der Reflexion und Dokumentation der eigenen Arbeit, der einem Topdown-Ansatz folgt, der aber gleichzeitig die intensive Kommunikation und Beteiligung aller Mitarbeiter/-innen voraussetzt.

1. Eine Zertifizierung kann man nur dann erfolgreich beginnen und durchführen, wenn man das notwendige Einverständnis des Vorstands/der Leitung hat und alle Beteiligten davon überzeugt werden können, dass dieser Prozess sinnvoll ist.
2. Da der Prozess zeitaufwändig und teuer ist und es im Team immer wieder temporäre Ablehnung, Zweifel und neu einsetzende Sinndiskussionen gibt, ist es notwendig, dass der/die Qualitätsbeauftragte über die entsprechende Moderationsfähigkeit und Geduld, vor allem aber über überzeugende Argumente verfügt. Im Idealfall werden dem/der QBA dann entsprechende Arbeiten bereitwillig(er) abgenommen. Ansonsten sollte der/die QBA möglichst viel Arbeit delegieren.
3. Ein zwingendes Argument für die Zertifizierung besteht mittlerweile darin, dass die Vergabe von Fördermitteln in einigen Bundesländern davon abhängig gemacht wird, ob eine Einrichtung das entsprechende Zertifikat vorweisen kann oder nicht. Hier geht es also schlicht um die existenzielle mittelfristige Absicherung von Einrichtungen und Arbeitsplätzen. Man spricht in diesem Kontext auch von allfälligen Marktberaumungsprozessen. Notabene haben diese Umstände in NRW zu einem Sturm auf den Gütesiegelverbund geführt, der seine Mitgliedszahl erheblich erhöhen konnte und gegenwärtig eine Vielzahl von Zertifizierungsvorhaben betreut.
4. Mit dem/der QBA, der/die diese Aufgabe zusätzlich übernimmt, sollten in den Einrichtungen entsprechende Freistellungen von anderen Pflichten vereinbart werden. Erfahrungsgemäß erstreckt sich ein Zertifizierungsprozess, der zur ersten erfolgreichen Zertifizierung führt, über anderthalb bis zwei Jahre. Aus eigener Erfahrung kann ich in diesem Kontext hinzufügen, dass er in dieser intensiven Phase bis zu 20 Prozent der tariflich vereinbarten Arbeitszeit des Qualitätsbeauftragten bindet. Da der Personalstand der meisten Weiterbildungseinrichtungen in den letzten Jahren nachhaltig ausgedünnt wurde, bürdet sich der Qualitätsbeauftragte – gemeinsam mit den Mitarbeitenden – also zahlreiche Mehrarbeitsstunden auf, denn das Alltagsgeschäft läuft weiter. Diese

Belastung nimmt zwar nach erster erfolgreicher Zertifizierung ab, hält aber in abgeschwächter Form an, da nach drei Jahren die Rezertifizierung ansteht.

5. Es bietet sich also an, ein Qualitätsmanagementsystem zu entwickeln, das transparent und effektiv ist, möglichst geringe Transaktionskosten verursacht und wie selbstverständlich in die Prozesslandschaft der Einrichtung eingebettet ist. Es sollte deshalb zum festen Bestandteil jeder Vorstands- und Institutsratsitzung sowie jeder Betriebsversammlung werden. Unentbehrlich ist in diesem Kontext ein konzises Berichtswesen, durch das sowohl die Standards als auch die im Selbstreport und Qualitätsmanagementhandbuch vereinbarten Qualitätsziele der Arbeit analysiert, gemessen und ggf. korrigiert werden können.

Fazit

Ungeachtet der kontrovers geführten Diskussion über Sinn und Zweck sowie über die Folgen von Zertifizierungen hat die konsequente Arbeit an einem Qualitätsmanagementsystem – trotz aller Aufwände, Mäander und Frustrationen – für das GESW und seine Mitarbeiter/-innen zahlreiche Anregungen und nachhaltige Verbesserungen gebracht:

- Die Einrichtung besitzt neben ihrer Satzung nunmehr ein definiertes Leitbild
- Das GESW verfügt über eine transparente Qualitätspolitik mit klar definierten Zielen und Feinzielen
- Die Bewertung der Arbeit durch Teilnehmer/-innen und Kooperationspartner/-innen liegt systematisiert vor und ist damit auch quantitativ evaluierbar (messbar!)
- Das Qualitätsmanagementsystem des GESW ist auch für Außenstehende (Auditoren) lesbar und plausibel
- Neuen Mitarbeiter/-innen steht das Qualitätsmanagementhandbuch zur Verfügung, was deren Einarbeitung erheblich erleichtert
- Die Mitarbeitenden sind im Hinblick auf Qualität und deren Dokumentation sensibler als zuvor
- Die Bereitschaft zur kritischen Reflexion der (eigenen) Arbeit ist größer
- Die internen Kommunikationsprozesse haben sich intensiviert, Kritikfähigkeit hat zugenommen
- Die Einrichtung wird stärker als ein Ganzes wahrgenommen, Arbeitsabläufe und Prozesse sind für alle Beteiligten transparenter geworden
- Die Einrichtung kann ihre Arbeit gegenüber fördernden Stellen und Kooperationspartnern selbstbewusster legitimieren.

Rezertifizierung im Herbst 2009

Das GESW steht im Herbst 2009 vor der Rezertifizierung und bereitet sich seit 2007 intensiv darauf vor. Inzwischen wurde ein Großteil der geforderten internen Prozess- und Systemaudits durchgeführt. Erste Vorbereitungen für die Einbeziehung des Wirtschaftsbereichs in das QMS fanden statt, mehrere Sitzungen des hierzu eigens einberufenen Arbeitskreises wurden durchgeführt. Naturgemäß hat sich damit auch der Kreis der beteiligten Kolleginnen und Kollegen um die Mitarbeitenden aus dem Wirtschaftsbereich erweitert. Die Rezertifizierung stellt für das Institut eine weitere Herausforderung dar, die angesichts mehrerer Personalwechsel an das gesamte GESW-Team hohe Anforderungen stellen wird.

*Dominik Schneider*¹

Polen unter Donald Tusk: Wandel zu einer Stabilisierung des polnischen Parteiensystems im wechselseitigen Prozess mit einer zunehmend demokratischeren politischen Kultur?

Polen nach 1990, das war zunächst ein Land, das auf politischer Bühne von zahlreichen Regierungswechseln und einem extrem instabilen Parteiensystem mit häufigen Parteineugründungen oder -zusammenschlüssen geprägt war. Vierzehn unterschiedliche Ministerpräsidenten in den 17 Jahren bis heute zeugen von einigen Problemen bei der Etablierung einer Konsensdemokratie unter den politischen Eliten, aber auch von einem fehlerbehafteten politisch-institutionellem System, das erst nach und nach durch Verfassungsänderungen und einer neuen Verfassung (1997) ausgebessert wurde.² Ebenso war das bis zuletzt sehr bewegliche Parteiensystem Ausdruck einer fehlenden Festigkeit in der demokratischen politischen Kultur - sowohl auf Seiten der politischen Eliten als auch auf Seiten der polnischen Zivilbevölkerung. Abgesehen von historischen Wurzeln scheint die instabile demokratische politische Kultur innerhalb der Bevölkerung gerade durch die hohe Instabilität auf Seiten der politischen Institutionen bedingt zu sein, zumal die gesellschaftlichen Wertesysteme sowie die gesellschaftlichen „Cleavages“ relativ stabil sind.

Gleichzeitig werden in jüngster Zeit zwei Phänomene sichtbar: Einerseits die Abnahme der Fragmentierung des Parteiensystems von sechs Parlamentsparteien in der Regierungszeit *Jarosław Kaczyński*s zu vier derzeitigen Parlamentsparteien unter der Regierung *Donald Tusks*, andererseits eine zunehmend pro-europäische und politisch gemäßigte polnische Gesellschaft.

Daher stellt sich folgende Frage, die es zu untersuchen gilt: Ist der Prozess einer Stabilisierung des polnischen Parteiensystems sowie der einer gemäßigeren, demokratischeren Kultur als kurzfristige Erscheinung oder als langfristige und nachhaltige Entwicklung einzuordnen?

Aufgrund der Aktualität dieses Themas kann von einem relativ losen und sehr dünnen Forschungsstand ausgegangen werden. Die Hauptkontroverse dreht sich darum, ob, wie *Wolf Oschlies* argumentiert, „in Polen am 21. Oktober [2007] (...) definitiv das 20. Jhdt. geendet [hat] [und] der Wind [jetzt] aus dem Westen [weht]“³ oder, wie *Mathias Wagner* meint, „das *Kaczyński*-Syndrom (...) noch lange nicht aus der Welt [ist]“⁴.

In diesen beiden Aussagen zeigt sich bereits die enorme Bedeutung, die den führenden Politikern *Donald Tusk* sowie *Lech* und *Jarosław Kaczyński* für die Beantwortung meiner Frage zukommt.

¹ Der Autor ist Student der Politikwissenschaft an der Universität Freiburg. red_domi@web.de

² Siehe Klaus Ziemer: Das politische System Polens, S. 191-194; S. 211

³ Wolfgang Oschlies: Wer und was ist Donald Tusk?, S. 1489

⁴ Mathias Wagner: Das Kaczyński-Syndrom, S. 1493

Im Folgenden möchte ich vor allem anhand von aktuellen Meinungsumfragen des führenden polnischen Meinungsforschungsinstituts „Centrum Badania Opinii Społecznej“ (CBOS) aufzeigen, dass aufgrund des gemäßigten und konzilianten Politikstils des amtierenden Ministerpräsidenten *Donald Tusk* eine nachhaltige Stabilisierung der demokratischen politischen Kultur und des polnischen Parteiensystems wahrscheinlich ist. Dabei gilt es zunächst die polnische Gesellschaft und ihre Wertesysteme zu untersuchen, um daraufhin zentrale Charakteristika *Donald Tusks* und dessen Einfluss auf die Widerspiegelung in der polnischen Gesellschaft zu erläutern.

Die polnische Gesellschaft ist in hohem Maße durch eine Spaltung in zwei Teile gekennzeichnet, die sich auch bei den Parlamentswahlen vom 9. November 2007 zeigte. Diese verläuft entlang der Haupttrennlinien West-Ost, Stadt-Land, Jung-Alt sowie hoch ausgebildet - gering ausgebildet. Die junge Stadtbevölkerung Westpolens ist sehr fortschrittlich, pro-europäisch eingestellt und verkörpert das moderne, prosperierende Polen, wohingegen der östlich-ländliche Teil Polens eher wirtschaftlich rückständig und traditionsbewusster ist. Die letzten Parlamentswahlen zeigten dieses Phänomen deutlich auf, da die „Platforma Obywatelska (PO) *Donald Tusks* bei einem generellen Stimmenanteil von 41% der Stimmen überdurchschnittlich hohe Stimmzahlen in westpolnischen Städten erringen konnte (z.B. Poznań: 58%). „Prawo i Sprawiedliwość“ (PiS) der *Kaczyński*-Brüder war dagegen bei insgesamt 32% der Stimmen im Osten überproportional erfolgreich, z.B. in Rzeszów mit 48%.⁵ Weiterhin ist augenscheinlich, dass die Jungwähler ganz klar zur PO tendieren, die sie mit 53% wählten. Dies ist ein klares Anzeichen dafür, dass *Donald Tusk* und seine PO langfristig gesehen bessere Perspektiven zu besitzen scheinen als die PiS und folglich auch die polnische Gesellschaft langfristiger prägen dürften. Insgesamt sollte allerdings festgehalten werden, dass die polnische Gesellschaft trotz ihrer Spaltung zwei Dinge weitestgehend gemein hat: eine grundsätzlich pro-europäische Haltung und westliche Ausrichtung sowie eine konservative Verankerung in Religion und Traditionen.

Daher möchte ich an diesem Punkt ganz deutlich zum Ausdruck bringen, dass die Instabilität des bisherigen Parteiensystems mit der Existenz von Randparteien in hohem Maße durch das Fehlen einer starken mitte-rechts-ausgerichteten Volkspartei begründet war. So sind auch die geringen Wahlbeteiligungen mit dem Tiefpunkt von 40% im Jahre 2005 nicht nur als Überbleibsel einer historisch begründeten passiven, gering partizipatorischen Zivilbevölkerung zu verstehen, sondern auch dem Fehlen einer gemäßigten konservativen Massenpartei geschuldet, wodurch mitte-orientierte Wähler aufgrund mangelnder Alternativen entweder den Wahllokalen fernblieben oder das „geringere Übel“ zwischen den eher rechten oder linken Parteien wählten. Die seit 1990 höchste Wahlbeteiligung von 53% bei den Parlamentswahlen im vergangenen November 2007 kann also dadurch begründet werden, dass es in Form der PO eine starke Partei mit einem mitte-rechts-ausgerichteten Profil gab.⁶

⁵ Siehe Stephan Raabe: Analyse der Parlamentswahlen in Polen, http://www.kas.de/wf/doc/kas_12160-544-1-30.pdf.

⁶ Siehe ebd.

Die PO *Donald Tusks* ist demzufolge als konservativ-liberale Partei zu verstehen, die in ihrem Parteiprogramm einerseits eine klar wirtschaftsliberale Ausrichtung zu einer freien Marktwirtschaft vertritt und andererseits ihren Fokus explizit auch auf Familien und die Landbevölkerung richtet.⁷ Daher besitzt sie prinzipiell die Möglichkeit, die polnische Bevölkerung zu vereinen, indem sie zum einen klar pro-europäisch und wirtschaftsliberal ist und damit die Bevölkerung Westpolens anspricht, sich zum anderen aber auch konservativ und traditionsbewusst gibt und folglich potenziell ebenso eine Plattform für die konservative Ostbevölkerung darstellt. Aktuelle Meinungsumfragen, auf die später einzugehen ist, bestätigen diesen Sachverhalt und scheinen den Weg in ein schwächer fragmentiertes und geringer polarisiertes Parteiensystem anzudeuten.

Scheint die Rolle der PO also langfristig zuzunehmen, so stellt sich die Frage, welche Richtung die polnische Politik gerade im Hinblick auf den für die Konsolidierung einer demokratischen politischen Kultur so wichtigen Politikstil einschlagen wird.

Der Politikstil *Donald Tusks* wird im Allgemeinen als taktvoll, vermittelnd, konziliant und konfliktvermeidend beschrieben. *Donald Tusk* selbst möchte weg von dem oft polemischen und eigensinnigen Politikstil der *Kaczyński*-Brüder hin zu einer Politik der Normalität gelangen.⁸ *Tusk*, der Geschichte studiert hat und in den 80er Jahren im Kampf gegen den Kommunismus als Mitbegründer und Leiter der Unabhängigen Polnischen Studentenvereinigung tätig war⁹, gilt als höflicher, intelligenter, und weltoffener Politiker, der Streitthemen wie Homosexuelle kaum anspricht und sich auch in Interviews stets ruhig und wohl überlegt äußert¹⁰.

Hier ist also festzuhalten, dass sich *Donald Tusk* vor allem im Bezug auf seinen Politikstil diametral von dem der *Kaczyński*-Brüder unterscheidet und auch in der Außenpolitik Kooperation sucht anstatt auf Konfrontationskurs zu gehen.¹¹ Dieser Unterschied ist von zentraler Bedeutung für eine nachhaltige Konsolidierung der demokratischen politischen Kultur Polens, denn *Tusk* könnte bei einer längeren Regierungszeit sukzessive einen gemäßigeren Politikstil etablieren und eine Vorbildfunktion für die Bevölkerung einnehmen.

Dies dürfte allerdings erst durch eine längere Regierungszeit *Tusks* ermöglicht werden, da auch *Tusk* selbst, wie er in einem Interview mit der polnischen Zeitung „*Polityka*“ offen ausspricht, keine Politik der großen Entwürfe, sondern eine rationale und realistische Politik der kleinen, ruhigen Schritte schaffen will, die sukzessive zu einer elementaren Veränderung und einem ruhigeren politischen Klima führen soll.¹²

Aktuelle Meinungsumfragen bestätigen den Trend zu einem stabilisierten und gering fragmentierten Parteiensystem ohne Randparteien. Einerseits wird diese Tendenz schon dadurch ersichtlich, dass drei der vier gegenwärtigen Parlamentsparteien für polnische Verhältnisse schon relativ lange Parlamentsfraktionen bilden (PO seit 2001), PiS (seit

⁷ Siehe www.platforma.org/program

⁸ Siehe Mariusz Janicki,

http://www.polityka.pl/polityka/index.jsp?news_cat_id=933&news_id=251037&layout=18&page=text&place=Text01

⁹ Siehe http://www.sejm.gov.pl/organy/vm_t.htm

¹⁰ Siehe <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/499/139210/>

¹¹ Siehe <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Fragen-des-Tages;art693,2403920>

¹² Siehe http://www.polityka.pl/polityka/index.jsp?news_cat_id=933&news_id=245102&layout=18&page=text&place=Text01

2001), PSL („Polskie Stronnictwo Ludowe“ seit 1991). Zweitens zeigen aktuelle Wählerumfragen vom März 2008, dass sich das polnische Parteiensystem auf den Gegensatz zweier starker Parteien, der PO und PiS, zu konzentrieren scheint. Demnach würden 49% der Bevölkerung die PO wählen, 22 % bestehend aus PiS, LiD und PSL müssten mit 5% bzw. 4% um den Einzug ins Parlament kämpfen. Extremparteien wie die „Samoobrona“ *Andrzej Leppers* finden überhaupt keine Zustimmung mehr.¹³

Auch wenn diese Umfragen aufgrund der kurzen Regierungszeit *Donald Tusks* durchaus vorsichtig zu bewerten sind, so zeigen sie doch, dass seine Popularität ein Hauptgrund für diese momentane Entwicklung ist.

Bei Umfragen im März 2008 sprachen 67% der Bevölkerung ihr Vertrauen zu *Donald Tusk* aus, was der klar höchste Wert aller führenden polnischen Politiker war und womit er deutlich über *Lech Kaczyński* lag, dem nur 35% ihr Vertrauen aussprachen und dem gegenüber 54% der Bevölkerung ihr Misstrauen ausdrückten.¹⁴ Gleichzeitig wird die Regierungsarbeit im Februar 2008 nach drei Monaten mit 51% als besser und nur mit 12% als schlechter gegenüber der Vorgängerregierung bewertet und auch die Zusammenarbeit der Koalition erhält durchweg Zustimmung.

Es zeigt sich also deutlich, dass positive Veränderungen vor allem *Donald Tusk* zugeschrieben werden und nicht etwa Präsident *Lech Kaczyński*, der überwiegend negativ bewertet wird.¹⁵ Allerdings birgt diese Tatsache auch das Risiko, dass positive Veränderungen aufgrund ihrer relativen Instabilität in hohem Maße von der weiteren Regierungsbilanz *Tusks* abhängen, wobei die an ihn herangetragenen hohen Erwartungen zweifellos nicht ausnahmslos erfüllt werden können.

Im Hinblick auf diese Zahlen ist zudem zu bemerken, dass gewiss ein typischer Anfangsoptimismus die enorme Zustimmung zu *Donald Tusk* hervorruft und daher eine Abschwächung seiner Popularität sehr wahrscheinlich ist und sich bereits andeutet. Aber, und dies ist hier hervorzuheben, die generellen Werte sind so überdurchschnittlich hoch und in fast allen Kategorien sogar absolute Höchstwerte, dass *Tusk* selbst bei einem Rückgang an Zustimmung immer noch auf eine breite Unterstützung treffen dürfte. Dies hängt mit einer wahrnehmbaren sukzessiven Änderung der politischen Kultur zusammen. Kennzeichen hierfür sind Veränderungen in den sogenannten diffusen (langfristige, veränderungsresistente) Einstellungen, die nicht nur auf die Tagespolitik bezogen sind, sondern auf das politische System im Allgemeinen und daher langfristig Bestand haben. Gerade diese sind in Polen bereits seit längerem dabei, sich zum Positiven zu wandeln.

Seit 2002 ist die Unterstützung für ausnahmslos alle beurteilten politischen Institutionen, ob Regierung, Parteien, Parlament, Polizei, Gerichte, Gewerkschaft oder auch die EU, sukzessive deutlich angestiegen und erreichte im Februar 2008 ihre jeweiligen Höchstwerte.¹⁶ Gleichzeitig wird erstmals seit Beginn der Umfragen im Jahr 1993 das Funktionieren der Demokratie im Land mehrheitlich positiv bewertet (46%)

¹³ Siehe http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2008/K_045_08.PDF

¹⁴ Siehe http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2008/K_052_08.PDF

¹⁵ Siehe http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2008/K_033_08.PDF;
http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2008/K_026_08.PDF

¹⁶ Siehe http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2008/K_030_08.PDF

und die Einflussmöglichkeiten auf die Lokal- und Staatspolitik werden doppelt so hoch bewertet wie noch 2004.¹⁷

All diese Faktoren sind eindeutige Indizien dafür, dass sich die politische Kultur Polens in einem langsamen und schrittweise verlaufenden Prozess des Wandels zu einer konsolidierten Demokratie befindet und dass sich diese Tendenz zur Mäßigung, Europäisierung und Demokratisierung aufgrund des Politikstils *Tusks* und der bisweilen gut verlaufenden Kooperation innerhalb der Regierungskoalition verfestigen kann. Hier geht es also ausschließlich um eine langfristige Entwicklung, die unter *Donald Tusk* gefördert werden dürfte, jedoch keineswegs um einen plötzlichen radikalen Wandel. Daher meine ich auch, dass aktuelle kritische Stimmen in den polnischen Medien zur Regierungsleistung *Tusks* zwar einen negativen Einfluss auf dessen Popularität haben werden, dass dies allerdings für die generell ausgesprochen pessimistischen und kritischen Polen eher ein normales Phänomen ist, das daher den positiv verlaufenden generellen Prozess nur stellenweise behindert.¹⁸ In diesem Kontext ist zurzeit besonders eine untypisch optimistische Grundhaltung der polnischen Bevölkerung hervorzuheben, die im Gegensatz zum sonst eher gezeigten Pessimismus steht. Im März 2008 wurden sowohl die generelle Situation des Landes als auch die politische und ökonomische Situation, die eigenen Lebensverhältnisse, die Arbeitsmarktlage sowie die Jobsicherheit so hoch bewertet wie noch nie seit der Transition Polens zur Demokratie und auch die Bewertungen der Chancen auf Besserung in all diesen Bereichen im Jahre 2008 verzeichnen ausnahmslos Höchstwerte.¹⁹ Natürlich muss diesbezüglich beachtet werden, dass die Werte noch keineswegs an die der meisten westeuropäischen Staaten heranreichen und immer noch sehr gering sind, jedoch zeigen sie deutlich eine langsame, aber sichere Entwicklung in Richtung einer konsolidierten demokratischen politischen Kultur auf. Dass dies nur langsam vonstatten gehen kann, wird allein daraus ersichtlich, dass das gesellschaftliche Engagement der Zivilbevölkerung in Polen als sehr gering einzuschätzen ist und sich nur allmählich verbessern dürfte. Zudem erscheinen explizit auch die Unstimmigkeiten und Konflikte zwischen der Regierung um *Donald Tusk* und Präsident *Lech Kaczyński* als weiterer Hemmfaktor.²⁰

Insgesamt betrachtet scheinen hinsichtlich einer abschließenden Bewertung der Ausgangsfrage besonders drei Faktoren wichtig zu sein, die andeuten, warum dennoch eine zwar nur langsame, jedoch nachhaltige Stabilisierung des Parteiensystems sowie einer gemäßigten, demokratischen politischen Kultur wahrscheinlich ist. Dies ist einerseits die konservativ-liberale Ausrichtung der PO, die die gesellschaftlichen Wertesysteme gut widerspiegelt und somit konservative und liberale Bürger vereinen kann. Zudem hat sie tendenziell die besten politischen Perspektiven, da sich Polen und explizit seine jugendlichen zukünftigen Wählerschichten auf dem Hintergrund der EU-Mitgliedschaft in ihrer Orientierung dem Westen annähern. Dies schließt keineswegs aus, dass die PiS aufgrund ihres relativ stabilen Wählerpotenzials ebenfalls eine

¹⁷ Siehe http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2007/K_173_07.PDF; http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2008/K_015_08.PDF

¹⁸ Siehe www.wiadomosci.onet.pl/8981,1452517,2,5,temat.html

¹⁹ Siehe : http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2008/K_050_08.PDF

²⁰ Siehe http://www.dziennik.pl/opinie/komentatorzy/article126591/Tuska_czeka_jeszcz_1000_dni.html

langfristige Rolle einnehmen wird. Vor allem die konstant starke Stellung der polnischen Kirche, die eindeutig als PiS-freundlich einzuschätzen ist, dürfte die angesprochene Entwicklung bis zu einem gewissen Grad behindern und für eine wichtige Rolle der PiS sorgen. Deren Rolle dürfte allerdings wegen der angesprochenen Modernisierungstendenzen langfristig auf einem geringeren Level liegen.

Ein zweiter Faktor ist der gemäßigte und vermittelnde Politikstil *Donald Tusks*, der dazu beitragen dürfte, dass erstens die bestehende Regierungskoalition intakt bleibt und folglich eine seltene Kontinuität einkehrt und zweitens eben dieser Politikstil als verhaltensrelevanter Maßstab für die politischen Eliten gelten wird. Hinsichtlich einer Stabilisierung der demokratischen politischen Kultur ist eben der Politikstil und nicht nur politische Ergebnisse von herausragender Bedeutung. Deshalb sollte noch einmal verdeutlicht werden, dass es primär nicht um die politischen Maßnahmen *Donald Tusks* geht, die ja zurzeit in Polen kritisch bewertet werden, sondern um das Verhalten auf politischer Ebene.

Letztlich wirken die günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit hohen Wachstumsraten und sinkenden Arbeitslosenzahlen²¹ - welches die größten an Donald Tusk herangetragenen Erwartungen waren und sind - stabilisierend und dürften zu einer langfristig gesehen positiveren Grundhaltung und Unterstützung der PO beitragen und damit eine Stabilisierung des Parteiensystems und der demokratischen politischen Kultur mittragen.

Demgegenüber wären eine Hemmung des wirtschaftlichen Aufschwungs und ein Fehlen verbesserter materieller Lebensbedingungen ein klares Gefährdungspotenzial, da diese beiden Faktoren die zentralen Forderungen der Bevölkerung an die Regierung *Tusk* darstellen und dessen Popularität in hohem Maße damit verknüpft ist. Ein weiterer gefährdender, aber dennoch weniger gewichtiger Faktor, ist die derzeitige kritische Medienberichterstattung gegenüber Donald Tusk aufgrund angeblich nicht realisierter Wahlversprechen. Diese könnte zu einem kurs- bis mittelfristigen Popularitätsverlust *Donald Tusks* führen. Da allerdings auch Präsident Lech Kaczynski weitestgehend eine fast schon traditionell schlechte Presse erhält, dürfte der Einfluss der Medien nicht gravierend zu Lasten *Tusks* gehen.

Literaturverzeichnis

- BACZYŃSKI, Jerzy / PARADOWSKA, Janina: Rewolucja małych kroków, in: *Polityka*, 12.02. 2008, http://www.polityka.pl/polityka/index.jsp?news_cat_id=933&news_id=245102&layout=18&page=text&place=Text01, 13.05.08.
- CYBULSKA, Agnieszka: Zaufanie do polityków, März 2008
http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2008/K_052_08.PDF, 13.05.08.
- FELIKSIAK, Michał: Spojrzenie na demokrację po wyborach, November 2007
http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2007/K_173_07.PDF, 13.05.08.
- JANICKI, Mariusz / WŁADYKA, Wiesław: Klienci Mc Donalda, in: *Polityka*, 10. April 2008, http://www.polityka.pl/polityka/index.jsp?news_cat_id=933&news_id=251037&layout=18&page=text&place=Text01, 13.05.08.
- KROHN, Knut: Wer ist Donald Tusk?, in: *Tagesspiegel*, 21. 10. 2007, <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Fragen-des-Tages;art693,2403920>, 13.05.08.

²¹ Siehe *The Economist: The World in 2008*, S. 109.

- MATYJA, Rafał: Tusk czeka jeszcze tysiąc dni, in: Dziennik, 19. Februar 2008, http://www.dziennik.pl/opinie/komentatorzy/article126591/Tuska_czeka_jeszcze_1000_dni.html, 13.05.08.
- OSCHLIES, Wolf: Wer und was ist Donald Tusk?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 52, Jahr (2007), S. 1487-1489.
- PANKOWSKI, Krzysztof: Preferencje partyjne w marcu 2008, März 2008, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2008/K_045_08.PDF, 13.05.08.
- PANKOWSKI, Krzysztof: Pierwszy bilans dokonania rządu Donalda Tuska, Februar 2008, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2008/K_033_08.PDF, 13.05.08.
- RAABE, Stephan: Analyse der Parlamentswahlen in Polen. Zahlen und Daten, Warschau Oktober 2007, http://www.kas.de/wf/doc/kas_12160-544-1-30.pdf, 13.05.08.
- STRZESZEWSKI, Michał: Wpływ na sprawy publiczne, Januar 2008, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2008/K_015_08.PDF, 13.05.08.
- The Economist: The World in 2008, Plymouth 2007.*
- WAGNER, Mathias: Das Kaczynski-Syndrom, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 52, Jahr (2007), S. 1490-1494.
- WCIÓRKA, Bogna: Zaufanie społeczne 2002-2008, Februar 2008, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2008/K_030_08.PDF, 13.05.08.
- WCIÓRKA, Bogna: Nastroje społeczne w marcu 2008, März 2008, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2008/K_050_08.PDF, 13.05.08.
- WENZEL, Michał: Oceny działalności prezydenta i parlamentu, Februar 2008, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2008/K_026_08.PDF, 13.05.08.
- ZIEMER, Klaus / MATTHES, Claudia-Yvette: Das politische System Polens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, 2. aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2006, S. 189-246.
- <http://www.platforma.org/program>, 13.05.08.
- http://www.sejm.gov.pl/organy/vm_t.htm, 13.05.08.
- <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/499/139210/>, 13.05.08.
- <http://www.wiadomości.onet.pl/8981,1452517,2,5,temat.html>, 19.05.08.

Jacek Jeremicz¹

Von der Patenschaft zur Partnerschaft

Wir befinden uns zurzeit in Europa in einem wichtigen aber gleichzeitig auch schwierigen Moment. Ich möchte an dieser Stelle als Beispiel die Ratifizierung des EU-Vertrages von Lissabon nennen, die in Polen vor einigen Tagen so heftige Diskussionen hervorrief, dass die Frage der ehemaligen deutschen Ostgebiete zum Thema wurde. Insofern ist es wichtig, dass man die deutsch-polnischen Städte- und Schulpartnerschaften dazu nutzt, die immer wieder angespannte Situation zwischen unseren beiden Ländern zu entschärfen.

Ich bin überzeugt, dass dies in Gorzów Wielkopolski gut gelingt. Die wichtigste Rolle spielen dabei unsere Freunde aus der Partnerstadt Herford, vor allem aber auch die ehemaligen deutschen Einwohner von Landsberg an der Warthe, die diese Herforder Partnerschaft vermittelt haben.

Lassen Sie mich schildern, wie diese Kontakte entstanden sind.

Es ist bekannt, dass nach dem Zweiten Weltkrieg viele Menschen, die die ehemaligen deutschen Ostgebiete bewohnten, ihr Zuhause verloren haben. Sie suchten aber oft nach den emotionalen Verbindungen zu ihrer Heimat, auch in der Hoffnung, bald wieder

¹ Der Autor ist Deutschland- und Europabeauftragter der Stadt Gorzów Wielkopolski

zurückkehren zu können. Um diesen Menschen zu helfen, den Kontakt mit der alten Heimat und anderen Vertriebenen aufrecht zu erhalten, entstanden zahlreiche Initiativen. Diese wurden oft bereitwillig von deutschen Städten und Kreisen im Rahmen sog. Patenschaften unterstützt. Diese Unterstützung genoss auch der 1957 gegründete Heimatverein „Bundesarbeitsgemeinschaft Landsberg/Warthe Stadt und Land e.V. (BAG)“, in dem sich die ehemaligen deutschen Einwohner aus dem damaligen Landsberg/Warthe, dem heutigen Gorzów Wielkopolski, in Westpolen zusammengefunden hatten. Die Patenschaft hat damals die Stadt Herford übernommen, weil sie unter anderem eine ähnliche Größe und Struktur, wie das damalige Landsberg an der Warthe aufwies.

Die Stadt und der Kreis Herford unterstützten den neu gegründeten Verein nicht nur finanziell, sondern oftmals auch logistisch, indem sie ihn bei der Quartiersuche oder Organisation der Heimattreffen, die alle zwei bis drei Jahre stattfanden, behilflich waren. Das konnte man schon bei dem ersten Bundestreffen in Herford 1957 feststellen, zu dem ca. 15.000 Heimatfreunde aus ganz Deutschland erschienen.

Man muss dabei erwähnen, dass der Kontakt zur alten Heimat damals sehr eingeschränkt war, da die Grenze zu Polen für Westdeutsche geschlossen war. Trotzdem bemühten sich die ersten beiden Vorsitzenden der BAG - *Otto Kaplick* und nach ihm *Hans Beske* - um Kontakte.

1970 erhielt *Hans Beske* die erste offizielle Einladung nach Polen: das Posener Westinstitut, eine wissenschaftlichen Einrichtung, die sich bis heute in erster Linie mit den deutsch-polnischen Beziehungen befasst, lud ihn zu einer wissenschaftlichen Tagung ein. *Beske* nutzte die Gelegenheit und besuchte dabei auch Gorzów Wielkopolski, wo er den ersten Kontakt mit dem damaligen Bischof, *Wilhelm Pluta*, aufnahm. *Pluta* sprach Deutsch und setzte sich für die deutsch-polnische Versöhnung ein. Die ersten offiziellen Kontakte zwischen dem heutigen Gorzów Wielkopolski und den Landsbergern fanden also auf kirchlicher Ebene statt. Anfang der 1970er Jahre setzten auch die regelmäßigen Busfahrten in die „alte“ Heimat ein, wobei die privaten zwischenmenschlichen Kontakte mit den heutigen polnischen Bewohnern schon früher angefangen hatten.

Im Jahre 1978 kam es zu einem für die damaligen Verhältnisse außergewöhnlichen Ereignis. Inoffiziell reisten der damalige Herforder Bürgermeister, *Dr. Gerhard Klippstein* sowie Landrat *Siegfried Moning* mit Frau *Ursula Hasse-Dresing*, die seit 1985 Vorsitzende der BAG ist, nach Gorzów. Die beiden Herren wollten in Erfahrung bringen, wie die Heimatstadt der ehemaligen Einwohner überhaupt aussieht. Frau *Hasse-Dresing* konnte den Gästen sogar ihr Elternhaus von außen und innen zeigen. Es ist bis heute in gutem Zustand erhalten geblieben. Allerdings gab es damals noch keine offiziellen Kontakte zwischen beiden Verwaltungen.

Erst in den 1980er Jahren war es möglich, dass die damals amtierenden polnischen Stadtpräsidenten zu den Bundestreffen der ehemaligen Landsberger erschienen, was angesichts der politischen Verhältnisse in Polen eine mutige Entscheidung war. Seit dieser Zeit kann man von den ersten offiziellen Kontakten zwischen Herford und Gorzów sprechen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass alle Vorhaben, die bis jetzt umgesetzt wurden, immer von beiden Städten und der BAG begleitet worden sind.

Daher bin ich auch der Ansicht, dass man bei der Zusammenarbeit mit Herford die BAG immer einbeziehen sollte. Umgekehrt gilt das ebenfalls. In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein für beide Seiten wichtiges Buch verweisen, das den Titel „Wege zueinander“ trägt und 1982 von der BAG veröffentlicht wurde. Diese Publikation thematisierte schon damals die Versöhnung zwischen Polen und Deutschen. Darin fand sich eine klare Botschaft: „Wir verzichten auf Rache und auf territoriale Ansprüche gegenüber Polen“.

Lassen Sie mich noch ein paar wichtige Ereignisse nennen, bevor ich zum Höhepunkt in der Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen komme.

Im Jahre 1993 wurde in Gorzów auf dem ehemaligen deutschen evangelischen Friedhof ein Gedenkstein als Symbol für die gemeinsame Totenehrung eingeweiht. Er ist zu einem wichtigen Zeichen der Versöhnung in unserer Stadt geworden und seit dieser Zeit wird jedes Jahr am 30. Januar, dem Tag des Einmarsches russischer Soldaten in die Stadt, gemeinsam „der Gorzówer Gedenk- und Versöhnungstag“ gefeiert. An diesem Tag findet neben der gemeinsamen Totenehrung in Form einer Kranzniederlegung eine Veranstaltung statt, die sich sowohl auf die Vergangenheit als auch auf die Zukunft der Stadt bezieht.

Im Jahre 1995 beschlossen die beiden Verwaltungen, mit Bezug auf die bisherigen offiziellen Kontakte und unter der Schirmherrschaft der BAG einen Partnerschaftsvertrag zu unterzeichnen. Dieses Ereignis fand damals im Rahmen eines Bundestreffens der BAG in Herford statt. Im Laufe der Jahre führte dies zu einer noch aktiveren Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Seiten.

Im Juli 1997 beteiligte sich eine Delegation aus Herford unter Beteiligung der BAG aktiv an den Feierlichkeiten zur 740. Jahrfeier von Gorzów. Bei dieser Gelegenheit wurde der Paucksch-Brunnen – das berühmteste Wahrzeichen der Stadt, das infolge der Kriegshandlungen zerstört worden war - wieder eingeweiht. Dies war bis dahin das größte gemeinsame Projekt, das in Zusammenarbeit zwischen der BAG und den beiden Stadtverwaltungen umgesetzt wurde.

Im Januar 1999 wurde eine gemeinsame offizielle Arbeitsgruppe zwischen der BAG und Gorzów unter aktiver Beteiligung der Herforder Seite eingerichtet. Seit dieser Zeit tagt diese Gruppe regelmäßig und entwickelt gemeinsame Projekte. Im Rahmen ihrer Tätigkeit wurden schon einiges umgesetzt:

- Drei Bundestreffen der BAG in Gorzów
- Die Umbettung von ca. 2.700 Gebeinen aus dem ehemaligen deutschen Friedhof
- Die Förderung von Konzerten, Ausstellungen, Erinnerungstafeln, Tagungen und Institutionen.

Die neueste Entwicklung im Rahmen unserer Zusammenarbeit, die sich während des 750. Jubiläums von Gorzów (2007) vollzog, ist das Projekt der „Friedensglocke“. Die ehemaligen Einwohner von Landsberg und die Stadtverwaltung haben gemeinsam die Friedensglocke als Symbol der Versöhnung auf einem zentralen Platz der Stadt eingeweiht. Diese Glocke ist inzwischen zum Wahrzeichen der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in der Stadt geworden. Ein für Polen wohl einmaliges Projekt.

Ich hoffe, dass sich dadurch auch unsere beiden Völker etwas näher gekommen sind.

Julia Egle¹

Quo Vadis Kosovo?

Interethnische Spannungen auf dem Balkan

Am 17. Februar diesen Jahres verkündet der Kosovo seine Unabhängigkeit von Serbien und ist damit der jüngste Staat der Welt. Die Kosovo-Albaner haben damit unter der Protektion der Europäischen Union sowie der UNO nach 27 Jahren Konflikt und Unruhen ihren eigenen Staat.

Das zentrale ethnische Spannungsverhältnis im Kosovo besteht darin, dass die Kosovo-Albaner in Serbien lange Zeit in der Diaspora lebten und ihre Sprache und Kultur von der serbisch-jugoslawischen Führung unterdrückt wurde, was bis hin zu einem Verbot der albanischen Sprache in der Öffentlichkeit führte. Das Autonome Gebiet Kosovo wurde zum Rückzugsgebiet der serbischen Albaner und schließlich auch zur potenziellen neuen Heimat, die mit kriegerischen Mitteln schließlich 2008 in die Unabhängigkeit geführt wurde. Problematisch ist dabei von Seiten der Serben, dass ausgerechnet der „Kosovo mit seinen mittelalterlichen, serbischen Klöstern und der ersten Patriarchie [...] als Wiege des Serbentums“² gilt.

Handelt es sich somit beim Kosovo-Konflikt in erster Linie um einen ethnischen Konflikt? Unter *Ethnie* „wird in der Ethnologie heute eine Menschengruppe mit gleicher Kultur, gleicher Sprache, Glauben an eine gleiche Abstammung und ausgeprägtem ‚Wir-Bewusstsein‘ verstanden.“³ *Ethnizität* „bezeichnet die individuell empfundene Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe, deren gemeinsame Merkmale z.B. Sprache, Religion bzw. gemeinsame Traditionen sein können“⁴.

„Den landschaftlichen Kontrasten [des Balkans] entsprechen der Partikularismus, die Differenzierung, Zersplitterung und Vereinzelnung seiner Bevölkerung in eine Vielzahl sich abgrenzender kultureller, religiöser und politischer Gruppen.“⁵ Kulturelle Heterogenität und interethnische Spannungen einhergehend mit dem politischen Zerfall Jugoslawiens haben zu zahlreichen Kriegen auf dem Balkan geführt, die in *ethnischen Säuberungen* bis hin zum *Genozid* mündeten. *Titos* Tod 1980 hinterließ ein machtpolitisches Vakuum in Jugoslawien. Die Machtergreifung *Miloševićs* und das Wiederaufleben des *Amselfeld-Mythos* stärkten erneut den serbischen Nationalismus. „Haß, Wunschdenken, Nationalismus und Fundamentalismus, Ratlosigkeit und Resignation, [und] kulturelle Faktoren zur Identitätsbestimmung“⁶ einhergehend mit dem Umbruch der weltpolitischen Konstellation durch das Ende des Kalten Krieges und

¹ Studentin der Politikwissenschaft und der Europäischen Ethnologie an der Universität Freiburg

² Tomić, Caroline, Interethnische Beziehungen in Südosteuropa. Ein Bericht zur Lage in Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien, in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_13975-544-1-30.pdf (29.07.08), S. 29

³ Kohl, Karl-Heinz, Ethnizität und Tradition aus ethnologischer Sicht, in: Assmann, Aleida/Friese, Heidrun, Identitäten. Erinnerung, Geschichte, Identität 3, Frankfurt am Main 1999, S. 270

⁴ Schubert, Klaus, Klein, Martina, Das Politiklexikon, Bonn 2006, S. 90

⁵ Weithmann, Michael W., Der Balkan zwischen Ost und West, in: Weithmann, Michael W. (Hrsg.), Der ruhelose Balkan. Die Konfliktregionen Südosteuropas, München 1993, S. 8

⁶ Zach, Krista, Konfessionelle Pluralität, Stände und Nation, Religions- und Kulturgeschichte in Ostmittel- und Südosteuropa, Bd. 6, Münster 2004, S. 327

der Fall des Eisernen Vorhangs führten schließlich zum blutigen Zerfall Jugoslawiens. Nachdem der Versuch Serbiens, Jugoslawien ethnisch zu beherrschen damit gescheitert war, ging Serbien zum Versuch über, ein ethnisch homogenes Großserbien zu erschaffen. Unzählige Kriege, Verfolgungen und Vertreibungen nahmen ihren Lauf. Was aber sind die Gründe für den Kosovo-Konflikt? Handelt es sich bei diesem Konflikt primär um eine ethnische Auseinandersetzung oder dient dieser nur als Trojanisches Pferd, in dem sich ganz andere Interessen, Spannungsverhältnisse und Konfliktlagen verbergen?

Im Folgenden wird diesen Fragen in einem zweistufigen Prozess nachgegangen. Zunächst werden in einem ersten Schritt die interethnischen Spannungen auf dem Balkan analysiert, indem die spezifischen Charakteristika des Balkans, der Zerfall Jugoslawiens sowie die ethnische Heterogenität und der Ethnozentrismus im Kosovo und darüber hinaus ethnische Konflikte und Gewalt auf dem Balkan beleuchtet werden. In einem zweiten Schritt wird der Verlauf des Kosovo-Konflikts bis in den Krieg nachvollzogen und die schließlich erlangte Unabhängigkeit analysiert. Abschließend wird ein Fazit gezogen, das auf die Gründe des Konflikts eingeht, die Zukunftsperspektiven des Kosovos beleuchtet und seine Bedeutung in den weltpolitischen Kontext einbettet.

1. Interethnische Spannungsverhältnisse auf dem Balkan

1.1. Merkmale des Balkans und Zerfall Jugoslawiens

Der Balkan umfasst als geographische und historisch-kulturelle Region die Länder Albanien, Bulgarien, Griechenland, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien, Slowenien sowie Teile Rumäniens und der Türkei. Laut *Sundhausen* zeichnen sich der Balkan und seine historische Vergangenheit durch acht Merkmale aus: *Erstens* instabile Siedlungsverhältnisse und ethnische Gemengelage durch die Brückenlage zwischen Kleinasien und Mitteleuropa. *Zweitens* eine späte Rezeption des antiken Erbes. *Drittens* das byzantinisch-orthodoxe Erbe durch das große Schisma 1054 – die Abspaltung der byzantinisch-orthodoxen von der römisch-katholischen Kirche. *Viertens* das osmanisch-islamische Erbe durch die osmanische Fremdherrschaft vom 14. bis zum 20. Jahrhundert und die damit verbundene Isolierung vom abendländischen Europa. *Fünftens* eine gesellschaftliche und ökonomische Rückständigkeit in der Neuzeit durch diese Isolierung vom Westen. *Sechstens* Nationalstaats- und Nationsbildung durch die Zerschlagung der Ökumene und die Erfindung nationaler Mythen sowie ethnischer Traditionen. *Siebtens* das Hochhalten von Mentalitäten und Mythen wie dem ‚Türkischen Joch‘ oder der ‚Schlacht auf dem Amselfeld‘. *Achtens* Objekt der Großmächte und eine damit verbundene Opferrolle.⁷ Die *Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien* setzte sich 1946-1992 zusammen aus Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro sowie den autonomen Gebieten Vojvodina und Kosovo. Die Gründe für den Zerfall

⁷ Vgl. Sundhausen, Holm, *Europa balcanica – Der Balkan als historischer Raum Europas*, in: *Geschichte und Gesellschaft: Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft*, 1999, 25, S. 638-653

Jugoslawiens sind außerordentlich vielschichtig. Zum einen entstand durch den Tod Titos 1980 ein machtpolitisches Vakuum und es kam bereits zu diesem Zeitpunkt zu ersten Unruhen im Kosovo. Zum anderen breitete sich in Jugoslawien eine Wirtschaftskrise aus, der die serbisch-jugoslawische Führung nicht entgegen zu wirken vermochte. Darüber hinaus verselbstständigte sich allmählich die serbisch geführte Volksarmee Jugoslawiens. 1989 wird *Slobodan Milošević* neuer Präsident Serbiens und mit ihm kommt es zu einem Wiederaufleben des nationalistischen *Amselfeld-Mythos*. 1991 erklären schließlich Slowenien, Kroatien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina ihre Unabhängigkeit.

Im Juni 1991 stellt *Haris Silajdžić*, der bosnische Minister für internationale Beziehungen bezüglich Ex-Jugoslawien fest: „Wir haben auf dem Balkan mehr Geschichte, als wir bewältigen können!“⁸ Nach der Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens, Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas durch die EG, ist der Zerfall Jugoslawiens nicht mehr aufzuhalten.

1.2. Ethnische Heterogenität, Ethnozentrismus und Amselfeld-Mythos

Laut Hartmut Esser bedeutet Ethnizität, dass

„die Mitglieder der betreffenden Gruppe den subjektiven Glauben an eine gemeinsame Abstammung teilen. Ethnizität ist typischerweise ein *askriptives* Merkmal der Gruppendifferenzierung: Es kann [...] in der subjektiven Vorstellung der Akteure nicht durch eine individuelle Anstrengung erworben oder einfach abgelegt werden [...]. Ethnizität kann insofern eine der wichtigsten Grundlagen der sog. sozialen Identität der Menschen werden.“⁹

Wie bereits zuvor erwähnt, unterlagen die ethnischen Strukturen im Balkanraum in großen Teilen der Region permanenter Fluktuation. „Innerbalkanische Wanderungsbewegungen in der Türkenzeit sind der Grund für das heute so problematische Durcheinandersiedeln verschiedener Ethnien auf kleinem Raum.“¹⁰ „Die Religions- und Kulturgrenze durch den Balkanraum verfestigt[e] sich, sie überdauert[e] die Osmanenherrschaft und die Periode der nationalen Wiedergeburt und erreicht heute wieder ihre alte Virulenz.“¹¹

Laut der *EU-Kommission* leben im Kosovo¹² 2,5 Millionen Menschen. 88% davon sind Albaner, 7% Serben, 1,9% Bosniaken, 1,7% Roma, 1% Türken und 1,4% andere Bevölkerungsgruppen (Goranen, Ashkali, Ägypter).¹³ Die Religionszugehörigkeit verläuft annähernd parallel: 88% Muslime, 7% Orthodoxe und 5% andere Konfessionen. Wie in allen Staaten Südosteuropas herrscht in Serbien und auch im Kosovo ein hohes Maß an *Ethnozentrismus*. Die Parallelität der Zahlen von Bevölkerungs- und Religionszugehörigkeit zeigen, dass die nationale Identität noch heute mit der religiösen

⁸ Weithmann, Michael W., *Der Balkan zwischen Ost und West*, S. 7

⁹ Esser, Hartmut, *Die Mobilisierung ethnischer Konflikte*, in: Bade, Klaus J. (Hrsg.), *Migration – Ethnizität – Konflikt: Systemfragen und Fallstudien*, Osnabrück 1996, S. 5

¹⁰ Weithmann, Michael W., *Der Balkan zwischen Ost und West*, S. 12

¹¹ Ebd., S. 10f.

¹² Stand des Forschungsberichtes der EU-Kommission 2007

¹³ Vgl. Tomić, Caroline, *Interethnische Beziehungen in Südosteuropa*, S. 7

Identität korreliert. Die ethnischen Grenzen verlaufen klar gezogen, es existieren kaum Konversionen oder Mischehen. Prekär ist dabei, dass Ethnozentrismus in Südosteuropa im öffentlichen Diskurs keineswegs problematisiert wird, sondern im Gegenteil immer wieder gelebt und instrumentalisiert wird.

„Als Summe aller historischen Erfahrungen über das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen in Südosteuropa können wir konstatieren: Sie konnten friedlich in engem gesellschaftlichen Verkehr miteinander leben, sofern sich die Politik in ihr Verhältnis nicht eingemischt hat; kam es anders, folgten sofort Mord und Zerstörung.“¹⁴

Besonders einem Mythos kommt bei der politischen Instrumentalisierung von ethnischen Vergangenheitsbildern des kollektiven Gedächtnisses eine zentrale Rolle zu, dem so genannten *Amselfeld-Mythos*. Besagter Mythos kreist um eine verlorene Schlacht der Serben gegen die Osmanen 1389 auf dem *kosovo polje*, dem *Amselfeld*. Geradezu paradigmatisch prägte sich diese Erfahrung in das kollektive Gedächtnis der Serben ein und wurde über die Jahrhunderte hinweg mitgetragen und immer wieder Pate neuer Konflikte zwischen Serben und Muslimen. „Jeder Soldat hörte von klein auf über [...] die Kosovo-Schlacht und die Helden, die auf dem Land des alten serbischen Staates gekämpft hatten. Jeder von ihnen wusste, [...] dass der Kosovo gerächt werden musste.“¹⁵ Anlässlich der 600-Jahrfeier 1989 hält *Milošević* seine berühmte *Amselfeld-Rede*, der Kosovo-Mythos lebt erneut auf und gibt den schwelenden Konflikten neuen Auftrieb. Dass im Juni diesen Jahres, wiederum am Jahrestag der *Schlacht auf dem Amselfeld*, die Serben im Kosovo ihr eigenes Parlament ausgerufen haben¹⁶, zeigt wie tief der *Amselfeld-Mythos* im kollektiven Gedächtnis der Serben verwurzelt ist, so tief, dass er bis heute, 619 Jahre nach seinem Geschehen, Resonanz in der Bevölkerung findet.

1.3. Ethnische Konflikte und Gewalt auf dem Balkan

Für die Entstehung sozialer Bewegungen müssen laut *Hartmut Esser* drei Bedingungen gegeben sein: Erstens muss es zu einem *Konflikt* über die Kontrolle von bedeutenden Ressourcen kommen; Zweitens muss eine *Mobilisierung der Gruppen* stattfinden; Drittens müssen *Anschlussmöglichkeiten* an die begonnene Mobilisierung vorhanden sein, um auf andere Gruppen übergreifen zu können. Ethnische Konflikte zeichnen sich dadurch aus, dass sie zum einen alle drei Bedingungen erfüllen und zum anderen Mobilisierung ‚überleben‘ und über lange Zeit mitgetragen werden.¹⁷

„Krieg ist grausam, aber er war und ist auf dem Balkan immer noch um eine Nuance grausamer, weil archaischer.“¹⁸ Die Gewalt auf dem Balkan lässt sich laut *Wolfgang*

¹⁴ Manousakis, Gregor, zit. nach Zach, Krista, Konfessionelle Pluralität, S. 323

¹⁵ Stanojević, Stanoje, zit. nach: Höpken, Wolfgang, Gewalt auf dem Balkan – Erklärungsversuche zwischen „Struktur“ und „Kultur“, in: Höpken, Wolfgang/Riekenberg, Michael, Politische und ethnische Gewalt in Südosteuropa und Lateinamerika, Köln 2001, S. 80

¹⁶ Vgl. Schütz, Katrin, Kosovo-Serben nun mit eigenem Parlament. Selbstbewusstsein demonstriert. Perspektivische Rückkehr zu Serbien oder nur ein symbolischer Akt?, in: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Serbien/kosovo55.html> (25.08.08)

¹⁷ Vgl. Esser, Hartmut, Die Mobilisierung ethnischer Konflikte, S. 5

¹⁸ Weithmann, Michael W., Der Balkan zwischen Ost und West, S. 9

Höpken in drei Dimensionen erfassen: Erstens *Strukturbezogene Faktoren*, Zweitens *Kulturelle Faktoren* und Drittens *Situative Kontexte*. Die erste Dimension, die *Strukturbezogenen Faktoren* sind bezüglich des Balkans a) *Staat und Nation* im Sinne der Etablierung eines Gewaltmonopols durch die Unterdrückung der Bevölkerung während des Osmanischen Reiches sowie die Ungleichzeitigkeit von Staat- und Nationsbildung im 19. Jahrhundert. Darüber hinaus stellen b) *Modernisierungsdefizite* im Sinne der gebrochenen Modernisierung im 19. Jahrhundert strukturbezogene Faktoren dar. Die zweite Dimension zur Herhausbildung von Gewalt sind die *Kulturellen Faktoren*: a) *Sozial-kulturelle Traditionen* auf dem Balkan wie beispielsweise Patriarchalität, hohe Ehrbegriffe und der familiale Partikularismus. Darüber hinaus spielt b) die *Kulturelle Verarbeitung von Gewalterfahrungen* eine große Rolle. Als markantestes Phänomen ist hierbei der bereits erwähnte *Amselfeld-Mythos* zu nennen. Als dritte Dimension sind *Situative Kontexte* von Bedeutung. Diese können beispielsweise sein: a) *Umbruchssituation und Krisenverläufe*, wie das Ende des Kalten Krieges oder der Zerfall Jugoslawiens oder auch b) *Ökonomische Kalküle* für Krieg sowie c) *Biographische Faktoren*.¹⁹

Kulturell heterogene Gruppen wie sie auf dem Balkan in hohem Maße vorhanden sind, sind oftmals um organisatorische Kerne angelegt, die ursprünglich völlig andere Ziele verfolgten. Solche Organisationen können die Grundlage für die Mobilisierung von Ressourcen und somit ethnischer Konflikte bilden.²⁰ Als solche Organisation und damit auch mobilisatorisches Moment fungierte im Falle des Kosovos in den 1990er Jahren beispielsweise die UÇK, aber auch die serbische Volksarmee. Der seit Jahrhunderten schwelende Konflikt zwischen Orthodoxen und Muslimen hat sich im Kosovo-Konflikt einmal mehr entladen und steigerte seinen Wahn bis hin zu den *ethnischen Säuberungen*. „Terror, Vergewaltigungen und Massaker, die disfunktional wären, wenn es nur um Eroberung und politische Kontrolle, also klassische imperiale Ziele ginge, erweisen sich für ein ethnisch-imperiales Projekt als völlig funktional und werden deshalb ohne jede Hemmung eingesetzt.“²¹

1.4. Ethnisches vs. Politisches Nationalstaatskonzept

„Die ethnische Karte Südosteuropas gleicht einem Leopardenfell. In vernationalen Zeiten spielte dieser Umstand eine noch geringe Rolle. Mit den allmählich erstarkenden nationalen Identitäten jedoch wurde diese ethnische Verwobenheit für die jungen Nationalstaaten ein gravierendes Problem.“²²

„Ethnische Grenzen konstituieren sich mithin in einem Prozess wechselseitiger Fremd- und Selbstzuschreibungen. Als ‚Ergebnis eines reflexiven Selektionsprozesses‘

¹⁹ Vgl. Höpken, Wolfgang, Gewalt auf dem Balkan, S. 58-95

²⁰ Vgl. Esser, Hartmut, Die Mobilisierung ethnischer Konflikte, S. 26

²¹ Schmierer, Joscha, Der Kosovo-Krieg 1999, in: Melčić, Dunja (Hrsg.), Der Jugoslawien-Krieg, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 536

²² Kaser, Karl, Das ethnische „engineering“, S. 408

formieren sich ethnische Einheiten immer nur ‚in Opposition zu anderen, ähnlich strukturierten Gruppen‘.²³

„Unsicherheiten in der ethnischen Identifizierung einerseits und die ethnische Verzahnung andererseits hätten die Durchsetzung eines Staatskonzepts erforderlich gemacht, welches der Staatsbürgerschaft [...] höhere Bedeutung beimisst als der nationalen Zuschreibung.“²⁴

Nationalstaatskonzepte lassen sich in zwei Arten gliedern. Das *Politische Nationalstaatskonzept* der *citizenship* steht dem *ethnischen Nationalstaatskonzept* der *nationhood* gegenüber. *Citizenship* meint die Staatszugehörigkeit als Bürger, wohingegen *nationhood* Staatszugehörigkeit durch gemeinsame Abstammung abhängig von Religion und Ethnie beschreibt.

Nach der Französischen Revolution wirkt der Nationalismus im Westen als konstruktive und emanzipatorische Kraft. Nur durch den Nationalismus können Demokratie, Volkssouveränität, Bürgerrechte und Verfassung verwirklicht werden. Im Südosten hingegen wird Nationalismus in den herrschenden vor-neuzeitlichen Verhältnissen als Ideologie-Import aus dem Westen betrachtet. Er sprengt zwar das habsburgische und osmanische Vielvölkerreich, mutiert jedoch zu einem *Abgrenzungs- und Feindbildnationalismus*.²⁵

„In allen [jugoslawischen] Staaten wurde die nationale Frage mit einem großen doktrinären Tabu belegt. Für die marxistische Theorie ist der Nationalismus eine überholte ‚bürgerliche‘ politische Triebkraft. [...] Die Balkan-Nationalismen werden daher ignoriert und in den Untergrund der Volkspsyche gedrängt. Dort schwären sie unbehandelt 40 Jahre lang weiter und vergiften unter dem brüchigen Verband des aufoktroierten Sozialismus die Beziehungen der Balkanvölker untereinander.“²⁶

In Südosteuropa konnte sich bisher kein überethnisches Nationalstaatskonzept etablieren, zu sehr sind die ethnischen Differenzen in den Köpfen der Menschen verankert und zu schnell steht ein solches Konzept unter Jugoslawismus-Verdacht.²⁷

2. Der Kosovo-Konflikt

2.1. Konflikt und Eskalation (1981-1999)

Der Beginn des Kosovo-Konfliktes ist bereits einige Jahre vor *Milošević's* Amselfeld-Rede zu verorten. Nachdem die Region Kosovo 1974 weitgehende Autonomie von der *Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien* und eine formale Gleichstellung mit den anderen sechs Teilrepubliken erhalten hat, kommt es 1981, einem Jahr nach Titos Tod, zu Studentenunruhen in *Priština*. Aus den Unruhen heraus entsteht schließlich eine Protestbewegung der Kosovo-Albaner. Die zentralen Themen der Bewegung sind die Kritik der schlechten Lebensbedingungen sowie erste Forderungen nach einer

²³ Kohl, Karl-Heinz, *Ethnizität und Tradition*, S. 272

²⁴ Kaser, Karl, *Das ethnische „engineering“*, S. 408f.

²⁵ Vgl. Weithmann, Michael W., *Der Balkan zwischen Ost und West*, S. 14

²⁶ Weithmann, Michael W., *Der Balkan zwischen Ost und West*, S. 33f.

²⁷ Vgl. Tomić, Caroline, *Interethnische Beziehungen in Südosteuropa*, S. 2

Unabhängigkeit des Kosovos. Serbien unter *Milosévič* versucht diese Bewegung zu unterdrücken, aus Angst davor, Serben könnten unter albanische Herrschaft gelangen. 1989 hält *Milosévič* schließlich seine Amselfeld-Rede und kündigt an, was bald darauf Realität werden soll: „Abschaffung der Autonomie, Diskriminierung und Entrechtung, um das Herr-Knecht-Verhältnis wiederherzustellen“²⁸. Als Reaktion darauf deklarieren die Albaner im Kosovo 1991 die Unabhängigkeit. 1992 wird *Ibrahim Rugova*, ein albanischer Akademiker, „zum Präsidenten der selbst ernannten Republik gewählt. Er glaubt an eine friedliche Formel des Protests gegen Belgrad“²⁹. Zur gleichen Zeit formiert sich die *Albanische Befreiungsarmee Kosovo* – UÇK. Es kommt zu ersten Anschlägen auf serbische Repräsentanten.

Am 1. Nov. 1995 treffen sich die Präsidenten Bosniens, Kroatiens und Serbiens – *Alija Izetbegović*, *Franjo Tuđman* und *Slobodan Milošević* – zu Friedensverhandlungen auf dem Luftwaffenstützpunkt Wright Patterson in Dayton. Das *Friedensabkommen von Dayton* beendet zwar den Krieg in Jugoslawien, liefert jedoch noch keine Lösung der *Kosovo-Frage*.

1998 verlagern sich die Proteste weg vom friedlichen Ansatz *Ibrahim Rugovas* hin zur neu formierten *Kosovo Liberation Army* – *KLA*. Es kommt zu offenen Konflikten zwischen der separatistischen *KLA* und der serbischen Polizei. Die Repressionen durch Serbien führen zu Vertreibungen und Flüchtlingswellen von tausenden von Albanern nach Montenegro, Mazedonien und Albanien.³⁰

2.2. Der Kosovo-Krieg (März - Juni 1999)

Am 6. Februar 1999 beginnen im Schloss Rambouillet in Paris Verhandlungen zwischen Vertretern der Kosovo-Albaner, einschließlich der UÇK, auf der einen und Serbien auf der anderen Seite. Die Kosovo-Albaner geben sich nicht zufrieden mit einem reinen Autonomie-Status und die serbischen Vertreter wehren sich gegen die Präsenz einer internationalen Streitmacht. Noch während des Verhandlungszeitraumes gehen an der serbischen Grenze zum Kosovo 65.000 serbische Soldaten mit 90 Artilleriegeschützen und 250 Panzern in Stellung. *Milan Milutinović* damaliger serbischer Präsident und serbischer Verhandlungsführer in Rambouillet prophezeit die aktive ‚Bekämpfung der albanischen Terroristen mit allen Mitteln‘.³¹

Die systematische Unterdrückung der Albaner im Kosovo schlägt damit in einen offenen Krieg um. Ziel der serbisch-jugoslawischen Truppen ist zum einen, die ethnische Säuberung des Kosovo und zum anderen die Destabilisierung der Nachbarstaaten Albanien und Mazedonien durch Flüchtlingswellen. Die jugoslawische Führung setzt massiv Sonderpolizei und Militär ein, um den potenziellen bewaffneten Befreiungskampf im Keim zu ersticken. Die Kosovaren schwenken fortan von gewaltfreiem Widerstand zu einer aktiven Unterstützung der UÇK um.³²

²⁸ Tomić, Caroline, *Interethnische Beziehungen in Südosteuropa*, S. 20

²⁹ Europäisches Parlament, Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, in: http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/552/552162/552162de.pdf (30.07.08)

³⁰ Vgl. Europäisches Parlament, Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten

³¹ Vgl. Vetter, Matthias, *Vom Kosovo zum Kosovo: Chronik von Krise und Krieg 1986-1999*, in: Melčić, Dunja (Hrsg.), *Der Jugoslawien-Krieg*, Wiesbaden 1999, S. 566

³² Vgl. Schmierer, Joscha, *Der Kosovo-Krieg 1999*, S. 354

Die westlichen Staaten zeigen zwar mittels der NATO Präsenz im Kosovo, dennoch sind sie überrascht von der systematischen Vertreibungs- und Vernichtungskampagne der Serben, was zeigt, dass das großserbische Projekt *Miloševićs* lange Zeit unterschätzt wurde. Am 24. März 1999 greift die NATO schließlich in den Konflikt ein. Im Mai 1999 behauptete *Milošević* in einem Interview, die albanische Bevölkerung im Kosovo sei wesentlich geringer als gedacht und beliefe sich auf kaum eine Million. Zur gleichen Zeit hatten seine Truppen bereits 800.000 Albaner aus dem Kosovo vertrieben. Bereits in den ersten Tagen ihres Einmarsches entdeckt die NATO Massengräber, die Schätzungen von bis zu zehntausend Toten zuließen.³³

Am 9. Juni 1999 kommt es zum Waffenstillstand. Der Abzug der serbisch-jugoslawischen Einheiten aus dem Kosovo sowie die Übernahme der Kontrolle durch die KFOR werden festgelegt. Einen Tag darauf, am 10. Juni, wird die *UN-Resolution 1244* erlassen, in der die Lage im Kosovo als Gefährdung des Weltfriedens gewertet wird. Diese legt die Entwaffnung der Albaner fest und richtet eine zivile Übergangsregierung im Kosovo ein, die so genannte *UNMIK – United Nation Interim Administration Mission in Kosovo*. Die Zuständigkeit für den Kosovo wird damit wieder von den KFOR-Truppen an die UNO überführt.

2.3. Der Weg in die Unabhängigkeit

Im November 2002 errichtet die EU für den Kosovo den *SAP Tracking Mechanism STM* als eine Art virtuelle Vorbereitung auf ein *Stabilisierungs- und Assoziierungs-Abkommen* mit der EU.³⁴

2001 werden Parlamentswahlen abgehalten, bei denen *Ibrahim Rugova* mit der LDK gewinnt und 2002 wird er schließlich zum kosovarischen Präsidenten gewählt. 2003 kommt es zu ersten Verhandlungen zwischen Serben und Albanern und die UN setzt die Bedingungen über Status-Verhandlungen für 2005 fest.³⁵

2004 brechen in *Mitrovica* jedoch erneut Unruhen aus und entladen sich gegen die UN-Mission im Kosovo sowie die serbische Minderheit und die Minderheit der Roma. 21 Menschen kommen ums Leben, mehrere hundert Häuser werden zerstört und einige orthodoxe Klöster werden in Brand gesetzt. Die UNO fühlte sich gezwungen sofort zu handeln und setzte den sofortigen Beginn von Statusverhandlungen an. *Martti Ahtisaari*, ein finnischer Diplomat, wird mit der Verhandlungsleitung zwischen Serben und Albanern beauftragt. Ohne eine Einigung zwischen den Konfliktparteien erzielt zu haben legt Ahtisaari einen Plan zu einer *überwachten Unabhängigkeit* des Kosovo vor.

„Der bildet nun die Grundlage für den Aufbau eines multiethnischen, demokratischen Rechtsstaats, der höchsten Menschenrechtsstandards verpflichtet und nach Europa hin orientiert sein soll.“³⁶ Anstelle der UNMIK soll die EU treten. Russland jedoch macht

³³ Vgl. Schmierer, Joscha, *Der Kosovo-Krieg 1999*, S. 534ff.

³⁴ Vgl. Europäische Kommission, *Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess*, in: http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accession_process/how_does_a_country_join_the_eu/sap/index_de.htm (25.08.08)

³⁵ Vgl. Europäisches Parlament, *Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten*

³⁶ Tomić, Caroline, *Interethnische Beziehungen in Südosteuropa*, S. 24

als Ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats von seinem Veto-Recht Gebrauch, stellt sich hinter Serbien und blockiert das Vorhaben.³⁷

2007 kommt es nach den Parlamentswahlen zu einer Koalition von PDK und LDK. PDK-Mitglied *Hashim Thaçi* – ehemaliger UÇK-Chef – wird Premierminister und *Fatmir Sejdiu*, Mitglied der LDK – der auch *Ibrahim Rugova* angehört – wird Staatspräsident des Kosovo. Am 17. Februar 2008 ruft schließlich das kosovarische Parlament in Priština die Unabhängigkeit des Kosovo aus. Premierminister *Hashim Thaçi* betont die Integration der Minderheiten als oberste Priorität.

Überwacht wird die kosovarische Unabhängigkeit seither von der Polizei- und Rechtsstaatsmission der EU – EULEX und der Internationalen Verwaltungsbehörde – ICO. Gemeinsam übernehmen EULEX und ICO die zivilen Aufgaben, während die NATO noch immer für die militärische Präsenz zuständig ist.³⁸

3. Fazit: Quo Vadis Kosovo?

Es zeigt sich, dass die Gründe für den Kosovo-Konflikt und die noch immer bestehende Fragilität des Staats äußerst vielschichtig sind. Beim Kosovo-Konflikt handelt es sich primär um einen ethnischen Konflikt. Dennoch sind die vorhandenen „Eigen-, Fremd- und Feindbilder [...] geschaffene nationalistische Konstrukte und politisch motivierte Geschichtsverfälschungen. Sie wurden [...] propagiert, um [...] expansive Herrschaft, Vertreibungspolitik und ethnische Hegemonie zu legitimieren.“³⁹ Die ethnischen Spannungsverhältnisse und Implementierungen sind folglich nicht einfach das trojanische Pferd machtpolitischer Interessen, dennoch reicht die Dimension des ethnischen Konfliktes allein nicht aus, um die Kosovo-Problematik zu erklären. Ausgehend von den vorangegangenen Erläuterungen lassen sich sechs Thesen für die Entstehung des Kosovo-Konflikts formulieren.

1. *Die machtpolitischen Interessen Serbiens nach dem Zerfall Jugoslawiens:* Nachdem Jugoslawien nach Ende des Kalten Krieges dem Zerfall unterlag, verlor Serbien fünf ehemals jugoslawische Staaten und damit auch seinen Status als regionale Großmacht. Der Kosovo wurde zur letzten Möglichkeit für Serbien, die eigene Macht zu demonstrieren.

2. *Die Unterdrückung der albanischen Minderheit durch die serbische Bevölkerung:* Zunächst erließ die jugoslawische Regierung ein Verbot der albanischen Sprache in der Öffentlichkeit und entließ alle Albaner aus dem öffentlichen Dienst. Ihren grausamen Höhepunkt fand die Feindschaft gegenüber den Albanern schließlich in den ethnischen Säuberungen. „Serbische Armee, Polizei [...] und Paramilitärs griffen Dörfer und Städte an und dabei wurden massenhaft Menschen ermordet, Frauen vergewaltigt, Wohnorte

³⁷ Vgl. Dembinski, Matthias/Schoch, Bruno, Wider eine einseitige Anerkennung des Kosovo, in: Standpunkte, Beiträge zum demokratischen Frieden, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Nr. 4 (2007), Frankfurt, S. 2f.

³⁸ Vgl. Tomić, Caroline, Interethnische Beziehungen in Südosteuropa, S. 22f.

³⁹ Hoxhaj, Enver, Die Politik der Bewältigung des ethnischen Konflikts in Kosovo im 20. Jahrhundert, in: Solomon, Flavius u.a. (Hrsg.), Südosteuropa im 20. Jahrhundert. Ethnostrukturen, Identitäten, Konflikte, Konstanz 2004, S. 205

dem Boden gleichgemacht und Menschen aller Generationen und sozialen Schichten vertrieben.“⁴⁰

3. *Ethnischer Konflikt:*

„Das Entstehen der Gewalt ist eben nicht nur durch Interessen, nicht nur durch politische Machtverhältnisse und soziale Problemlagen beeinflusst. Es sind immer auch die Weltbilder, die religiösen Überzeugungen und Deutungssysteme einer Gesellschaft, welche darüber mitentscheiden, ob es zur Gewalt kommt oder nicht und welche Formen sie annimmt.“⁴¹

Die Anfänge der interethnischen Spannungen auf dem Balkan liegen historisch weit zurück. Die Selbst- und Fremdzuschreibungen der verschiedenen Ethnien und Religionen sind jedoch tief im kollektiven Gedächtnis verwurzelt und entladen sich immer wieder in ethnischen Konflikten.

4. *Die Instrumentalisierung und Mobilisierung der Ethnischen Spannungsverhältnisse:* Das Vorhandensein der interethnischen Spannungen zwischen Muslimen und Orthodoxen wurde immer wieder instrumentalisiert und mobilisiert, um machtpolitische oder geopolitische Ziele erreichen zu können.

5. *Das Fehlen eines Politischen Nationalstaatskonzeptes:* Die Staatsbildung ging in den jugoslawischen Staaten nahezu immer der Nationsbildung voraus. Dies hatte zur Folge, dass sich kein politisches Nationalstaatskonzept und damit keine überethnische Bürgeridentität bilden konnte, die notwendig ist, um die ethnischen Differenzen zu überwinden.

6. *Der Kosovo als Spiegel internationaler Machtkonstellationen:* Bei den Interventionen der UNO im Kosovo wurde diese selbst mit inneren Spannungen der transatlantischen Machtinteressen konfrontiert. Während der Westen sich auf die Seite der Kosovo-Albaner stellt und die Unabhängigkeit des Kosovos anerkennt, hat Russland Serbien unterstützt, immer wieder UN-Maßnahmen blockiert und verweigert noch immer die Anerkennung des Kosovo.

Es zeigt sich also, dass der Kosovo-Konflikt zwar primär ein ethnischer Konflikt ist, in den sich jedoch zahlreiche Fäden machtpolitischer Interessen mit eingewoben haben. Er ist nicht nur ein letztes Aufbäumen Serbiens, sondern vielleicht auch die letzte Zerreißprobe für den Balkan. Für alle beteiligten kriegs- und friedensstiftenden Parteien wird der Kosovo in Zukunft Herausforderung und Spiegel der eigenen Handlungsfähigkeit bleiben.

Die *Bevölkerung des Kosovo* wird maßgeblich mitentscheiden über die Zukunft des jungen Staates und seine Integration in Europa. „Die Arbeitslosenrate wird auf ca. 40 bis 50% geschätzt [...]. Ein Drittel der [...] Einwohner ist unter 14 Jahre alt, das Durchschnittsalter liegt bei 25 Jahren. Die Geburtenrate ist die höchste in Europa.“⁴²

Das bedeutet, dass keiner der Kosovaren je eine Zeit ohne gewaltvolle Konflikte oder gar Krieg erlebt hat. Auf der andern Seite jedoch könnte die Jugend nicht nur des Staates, sondern auch seiner Bevölkerung seine Chance sein.

⁴⁰ Hoxhaj, Enver, Die Politik der Bewältigung des ethnischen Konflikts in Kosovo, S. 210

⁴¹ Höpken, Wolfgang, Gewalt auf dem Balkan, S. 73

⁴² Tomić, Caroline, Interethnische Beziehungen in Südosteuropa, S. 32

Serbien ist gezwungen, über einen langfristigen Zeitraum mit dem Kosovo und Albanien zu kooperieren und den Kosovo anzuerkennen. Für Serbien würde „eine konstruktive Beteiligung Belgrads im Kosovo-Statusprozess [...] den Weg zu EU- und NATO-Mitgliedschaft freimachen“⁴³.

Die *UNO* muss sich damit auseinandersetzen, dass sie in der Vergangenheit aus den Ereignissen im Kosovo nicht immer die richtigen Konsequenzen gezogen hat und muss für die Zukunft eine Einigung mit Russland finden. Darüber hinaus muss die UNO einem ethnisch begründeten Zerfall von Staatsordnungen Einhalt gebieten, um die Friedensordnung der Staatenwelt zu sichern und Dominoeffekte auf andere Konflikte, wie beispielsweise den Baskenland-Konflikt oder den Bosnien-Konflikt, zu vermeiden.

Die *Europäische Union* hat nach dem Kosovo-Krieg zwangsläufig Veränderungen ihrer Verteidigungspolitik durchlaufen und steht darüber hinaus mit EULEX als der bisher größten zivilen Operation vor einer großen Herausforderung. Das EP [Europäische Parlament] vertritt die Auffassung, dass die EU ihre Glaubwürdigkeit in dem Maße steigern wird, wie sie in der Lage sein wird, autonom Einsätze [wie im Kosovo] auszuführen⁴⁴. Angesichts der EU-Verfassungskrise durch die Ablehnung des Lissabon-Vertrages wird dies in der Zukunft jedoch stark erschwert werden.

Der Kosovo-Konflikt ist entstanden als ethnopolitischer Konflikt auf dem Balkan, inzwischen jedoch ist er auch Kaleidoskop weltpolitischer Interessen.

⁴³ Burns, Nicolas, zit. nach Meurs, Wim van, Europäische Integration als Allheilmittel, in: Brunnbauer, Ulf/Voss, Christian (Hrsg.), Inklusion und Exklusion auf dem Westbalkan, Südosteuropa-Jahrbuch, Band 33, München 2008, S. 32

⁴⁴ Sakellariou, Jannis, Der Entstehungsprozess einer Europäische Verteidigungspolitik nach dem Kosovokrieg, in: Axt, Heinz-Jürgen/Rohloff, Christoph (Hrsg.), Frieden und Sicherheit in (Südost-) Europa. EU-Beitritt, Stabilitätspakt und Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Südosteuropa-Studien, Band 70, München 2001, S. 330

Simone Engel¹

Das politische System in der Ukraine

1. Einleitung

In der Literatur finden sich viele Umschreibungen des politischen Systems der Ukraine:

- „Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie“,
- „Die Ukraine auf dem Weg zu einer autoritären Präsidialherrschaft?“,
- „Ukraine between Proto-democracy and ‚Soft‘ Authoritarianism“,
- „Delegative Democracy“,
- „[D]ie Ukraine vom Trend des wachsenden Autoritarismus (...) erfasst“,
- „Präsidialdemokratie“ und „Fassadendemokratie“.²

Eines haben alle Bezeichnungen in dieser kleinen Sammlung gemeinsam. Weder will man die Ukraine als vollständige Demokratie anerkennen, noch sie ausschließlich und eindeutig der Autokratie zuordnen. Die Ukraine scheint wie eine hybride Form in dieser ‚Grauzone‘ zwischen Demokratie und Autokratie“ zu schweben.³ Doch wenn die Ukraine weder das eine noch das andere ist, was ist sie dann? Wie kann man in diesem begrifflichen Durcheinander das politische System der Ukraine genauer klassifizieren und sie dabei zwischen den klassischen Paradigmen Demokratie – Autokratie – Totalitarismus verorten? Diese Frage zu beantworten ist die Zielsetzung der vorliegenden Arbeit.

Die Motivation dieser Fragestellung ist die Überlegung, dass eine klare Beschreibung auf der Grundlage klarer Konzepte und Definitionen notwendig ist für ein besseres Verständnis der kausalen Zusammenhänge in einem Transformationsprozess.⁴ Somit lässt sich diese Arbeit als ein erster Schritt auffassen in der vollständigen Erfassung des politischen Systems der Ukraine. Ein zweiter Schritt wäre dann, die Ursachen für die spezifischen Entwicklungen des ukrainischen Transformationsprozesses zu untersuchen. Als theoretische Grundlage und zugleich als Analysemuster soll hier das Konzept der „Defekten Demokratie“ von *Wolfgang Merkel* et al. dienen.⁵ Dieses wurde ausgewählt, da es zwei wichtige Ziele erfüllt⁶: Einerseits bemüht sich das Konzept, mit einer präzisen Definition von Demokratie zu arbeiten, und ermöglicht andererseits, Regime analytisch genau zu unterscheiden, indem es verschiedene reduzierte Subtypen von Demokratie erstellt. Solche „diminished subtypes“ sind unvollständige (in der Begrifflichkeit Merkmals „defekte“) Demokratien, denen ein oder mehrere Merkmale fehlen. Durch die Schaffung dieser neuen Kategorien ist es möglich, ein politisches System einerseits von einer vollständigen Demokratie abzugrenzen, es aber auch andererseits von anderen unvollständigen Demokratien typologisch zu unterscheiden. Dabei bleibt die präzise Definition von Demokratie an sich bestehen und wird nicht

¹ Die Autorin ist Studentin der Politikwissenschaft an der Universität Freiburg

² In der Reihenfolge der Nennung: Helmerich (2000); Prizel (1997); Kubiček (1994); Bos (2002), S. 448; Boeckh/Völkl (2007), S. 215

³ Merkel et al. (2003), S. 30

⁴ Collier/Levitsky (1997), S. 432

⁵ Merkel et al. (2003).

⁶ Vgl.: Collier/Levitsky (1997), S. 430-432

durch die Unterordnung der verschiedensten Regime unter diesen Begriff zu stark erweitert und überdehnt.⁷

Als konkretere Fragestellung dieser Arbeit lässt sich also formulieren: Kann die Ukraine als eine defekte Demokratie im Sinne Merkels beschrieben werden und wenn ja, als welcher Typ?

Die Arbeit beginnt mit der Erläuterung des Konzeptes der „defekten Demokratie“ (Kapitel 2), um danach anhand der von diesem Konzept vorgegebenen Systematik, das politische System der Ukraine zu analysieren (Kapitel 3). Die Analyse bezieht sich dabei auf das aktuelle System, d.h. auf die Gegebenheiten nach der Orangen Revolution 2004, da diese allgemein als Wendepunkt in der politischen Entwicklung der Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit gelten kann. Die oben genannten Beschreibungen beziehen sich alle auf die Ukraine vor der Orangen Revolution. Das Ergebnis dieser Analyse wird zeigen, ob die Ukraine sich immer noch in der Grauzone zwischen Autokratie und Demokratie befindet.

2. Theoretische Grundlage: Das Konzept der defekten Demokratie

Der Ausgangspunkt des hier zu erläuternden Konzeptes ist die als „dritte Demokratisierungswelle“ bezeichnete⁸, weltweit zu beobachtende Ausbreitung der Demokratie seit ca. 1975. Es scheint keine realistische Alternative mehr zur demokratischen Herrschaftsform zu geben.⁹ Jedoch stellt das Konzept der defekten Demokratie diese Annahme in Frage und soll den scheinbaren Siegeszug der Demokratie im Rahmen der dritten Welle differenzierter betrachten. Denn viele der heutigen Demokratien seien keine liberalen, rechtsstaatlichen Demokratien, sondern sogenannte ‚defekte Demokratien‘. Sie wiesen zwar das zentrale Merkmal der freien und fairen Wahlen auf,¹⁰ aber in anderen Bereichen entsprächen sie nicht dem, was in der Demokratietheorie meist zur Demokratie hinzugezählt wird (z.B. horizontale Gewaltenteilung, Partizipationsrechte). Damit unterschieden sie sich von den konsolidierten Demokratien der ersten und zweiten Welle.¹¹

So entstand in der Transformations- und Konsolidierungsforschung das Bild der „grauen Zone“ von Regimen, die weder rein demokratisch noch rein autokratisch sind.¹² Trotz vieler Ansätze, diese Grauzone genauer zu erfassen, sei es bislang nicht gelungen, zu klaren Differenzierungen für diese auch als „Regimehybride“ bezeichneten Systeme zu kommen.¹³ Dies äußert sich dann auch in einem solchen, wie in der Einleitung angedeuteten, begrifflichen Durcheinander. Als maßgebliches Problem identifizieren die Autoren des Konzeptes der defekten Demokratie die fehlende, klar operationalisierte Demokratiedefinition. Ihr Konzept soll nun leisten, die Regime der Grauzone systematisch sowohl von Autokratien aber vor allem auch von liberalen,

⁷ Zum Konzept der „diminished subtypes“ siehe: Collier/Levitsky (1997), S. 437-438

⁸ Vgl.: Huntington (1991)

⁹ Vgl. hierzu auch die viel zitierte Aussage Fukuyamas (1989; 1992) vom Ende der Geschichte

¹⁰ Vgl. hierzu auch die minimalistische Demokratie Definition von Schumpeter (1947), S. 269. Vgl. auch: Huntington (1991), S. 7, der sich ebenfalls für Schumpeters Definition ausspricht

¹¹ Vgl. hierzu: Merkel et. al. (2003), S. 10-12

¹² Vgl.: Croissant/Thiery (2000)

¹³ Siehe hierzu: Karl (1995) und Rüb (2002)

rechtsstaatlichen Demokratien (also „vollständigen“) zu trennen und danach typologisch zu erfassen.¹⁴

Die Strategie des Konzeptes beruht dabei auf dem von *David Collier* und *Steven Levitsky* formulierten Ansatz eines *root concept* und der *diminished subtypes*,¹⁵ die bereits in der Einleitung erläutert wurden. Das *root concept* soll eben jene fehlende, analytisch präzise Demokratiedefinition liefern, die als Grundlage für eine sinnvolle Ausarbeitung des Konzeptes dienen soll. Dafür wird der Begriff der *embedded democracy* entwickelt. In einer ideengeschichtlichen Herleitung werden die Begriffe Gleichheit, Freiheit und Volkssouveränität (bzw. Herrschaftskontrolle) schließlich mit der unbedingten Sicherung dieser Prinzipien durch die Rechtsstaatlichkeit verknüpft und führen so zu einer komplexen Definition.¹⁶ Die *embedded democracy* versteht sich als ein Gesamtgefüge miteinander verknüpfter Funktionsregeln, sog. Teilregime, die zwar voneinander abhängig sind, sich aber auch nicht überlagern dürfen. Sie alle sind eingebettet (embedded) in das Gesamtgefüge Demokratie. Es werden 5 Teilregime eingeteilt: das universelle und freie Wahlrecht (Teilregime A), die politischen Teilhaberechte (B), die bürgerlichen Freiheitsrechte (C), die horizontale Gewaltenkontrolle (D) und die effektive Regierungsgewalt (E). Diese Einteilung ergibt sich aus der Sicht, dass demokratische Herrschaft drei Dimensionen der Kontrolle verlangt, um Freiheit, Gleichheit und Volkssouveränität zu garantieren: die *vertikale* Kontrolle der Macht durch das Volk (Teilregime A und B), die *horizontale* Kontrolle der Macht durch Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit (C und D) und schließlich zusätzlich die *transversale* Dimension der tatsächlichen Ausübung der Macht durch die demokratisch gewählten Herrschenden (E).¹⁷

Defekte Demokratien sind dem gemäß:

„Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik eines oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind.“¹⁸

D.h. einerseits, dass defekte Demokratien solche sind, die in einem der fünf oben genannten Teilregime beschädigt sind, also einen ‚Defekt‘ haben. Das kann z. B. zutreffen, wenn aufgrund abhängiger und korrupter Gerichte die horizontale Gewaltenkontrolle nicht mehr funktioniert und daher Teilregime D gestört ist. Andererseits impliziert diese Definition auch, dass Teilregime A, das Wahlregime, „weitgehend“ funktionieren muss, um überhaupt von einer (wenn auch defekten) Demokratie zu sprechen. Ist dies nicht der Fall, ist die Grenze zum Autoritarismus überschritten. Das Wahlregime (Teilregime A) ist also das zentrale, definierende

¹⁴ Vgl. hierzu: Merkel et. al. (2003), S. 12-13 und S. 30-36

¹⁵ Collier/Levitsky (1997)

¹⁶ Siehe: Merkel et. al. (2003), S. 40-48. Innerhalb der Demokratietheorie steht diese Definition damit zwischen der klassischen Definition von Robert Dahl und weiten Definitionen wie z.B. dem deliberativen Demokratiebegriff von Jürgen Habermas. Durch die Rechtsstaatsdimension geht die *embedded democracy* zwar über Dahl hinaus, bleibt jedoch durch den begrenzten Blickwinkel auf Institutionen und Verfahren eine Definition „mittlerer Reichweite“, Merkel et al. (2003), S. 47

¹⁷ Vgl.: Ebd., S. 48-56

¹⁸ Merkel et. al. (2003), S. 66.

Merkmal einer Demokratie, das diese von der Autokratie unterscheidet. Gibt es keine wirklichen Wahlalternativen und ist der Herrschaftszugang nicht in einem Mindestmaß kompetitiv und offen, besteht auch keine Demokratie.¹⁹

Je nachdem welches Teilregime beschädigt ist, wird von 4 verschiedenen defekten Subtypen gesprochen: **exklusive** Demokratie (Teilregime A und/oder B sind beschädigt), **illiberale** Demokratie (C ist beschädigt), **delegative** Demokratie (D) und **Enklavendemokratie** (E).²⁰

Um dieses Modell der Teilregime zum praktisch anwendbaren Analyseinstrument zu machen, müssen schließlich noch Kriterien operationalisiert werden, anhand derer über einen eventuellen Defekt entschieden werden kann. Für das Wahlregime A sind dies drei Kriterien: erstens aktives und passives universelles Wahlrecht, zweitens freie und faire Wahlen und drittens gewählte Mandatsträger. Zu erstens: Stehen diese Rechte allen volljährigen, männlichen und weiblichen Staatsbürgern oder Bewohnern zu? Dabei müssen sowohl die (verfassungs-)rechtlichen Bestimmungen als auch die reale Situation überprüft werden. Bei den freien und fairen Wahlen muss untersucht werden, ob Wahlen ein tatsächlicher offener Wettbewerb mit reeller Möglichkeit des Machtwechsels sind und ob der Wahlprozess korrekt verläuft, also nach den festgelegten Regeln, und nicht manipuliert wird. Das Kriterium der gewählten Mandatsträger beinhaltet die Frage, ob zu viele Mitglieder der Exekutive und Legislative ernannt werden, anstatt korrekt demokratisch gewählt zu werden. Zudem muss bedacht werden, durch wen solche Mandatsträger ernannt werden. Werden Teile der Bevölkerung willkürlich vom Wahlrecht ausgeschlossen, Wahlen massiv manipuliert oder eine mehrheitsrelevante Anzahl der Mandatsträger ernannt statt gewählt, liegt ein Defekt des Wahlregimes vor oder je nach Schwere des Defekts gar eine Autokratie.²¹

Bei den politischen Teilhaberechten (B) werden zwei Kriterien unterschieden: Assoziationsfreiheit einerseits und Meinungs- und Pressefreiheit andererseits. Bei der ersten handelt es sich um die Freiheit, sich in politischen Parteien oder funktionalen, zivilgesellschaftlichen Interessenverbänden zu organisieren und des weiteren um das Versammlungs- und Demonstrationsrecht. Besonders wichtig erscheinen hier die politischen Parteien als zentrales Element des demokratischen Systems und daher die Frage nach Parteienverboten und -behinderungen. Meinungs- und Pressefreiheit fragt danach, ob das Recht auf freie Meinungsäußerung in allen Bereichen der Öffentlichkeit besteht. Von zentraler Bedeutung sind hier die Pressefreiheit und unabhängige Massenmedien. Dabei müssen drei Aspekte bedacht werden: die rechtlichen Bestimmungen, mögliche ökonomische Einflussnahme auf die Medien und schließlich repressive Maßnahmen zur Kontrolle der Medien.²²

Die bürgerlichen Freiheitsrechte (C) bestehen einerseits aus individuellen Schutzrechten, also Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum. Auch hier müssen

¹⁹ Vgl.: Ebd., S. 66-68

²⁰ Vgl.: Ebd., S. 68-73

²¹ Vgl. hierzu: Ebd., S. 76-80. Etwas problematisch ist hier, nach Meinung der Verfasserin anzumerken, dass die Schwelle zwischen defekter Demokratie und Autokratie, trotz Bemühungen diese zu konkretisieren (Merkel et al. (2003), S. 79-80, 85, 87, 91), letztendlich immer noch stark von der Einschätzung und Gewichtung des Betrachters abhängt. Daher werden hier keine konkreten Maßstäbe angegeben. Wo nötig, wird dies in der unten folgenden Fallanalyse genauer diskutiert.

²² Vgl.: Merkel et. al. (2003), S. 81-85

sowohl rechtliche Bestimmungen als auch die faktische Umsetzung dieser untersucht werden. Andererseits sind sogenannte Justizrechte ein zweites Kriterium dieses Teilregimes. Das soll heißen, dass allen Bürgern gleicher Zugang zum Recht sowie die Gleichbehandlung vor diesem garantiert werden muss.²³

Das Teilregime D, horizontale Gewaltenkontrolle, ist beschädigt, wenn das für eine Demokratie konstitutive *checks-and-balances*-System zwischen den drei Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative ausgehebelt ist. Insbesondere spielt hier die Verhinderung einer übermäßigen Machtkonzentration bei der Exekutive eine Rolle und die Unabhängigkeit der Gerichte, damit diese ihre Funktion der *judicial review* ausfüllen können. Ein zweites Kriterium ist die Wirkung von Korruption auf die Gewaltenkontrolle. Wenn so massive Korruption auftritt, dass dadurch politische Entscheidungen maßgeblich bestimmt werden, liegt ein Defekt vor.²⁴

Die effektive Regierungsgewalt kann durch verschiedene Gruppierungen gefährdet werden, die zwar Macht haben, aber nicht demokratisch legitimiert sind, z.B. religiöse Autoritäten oder mafiöse Organisationen. Ihr Machteinfluss kann institutionell und konstitutionell verankert sein, jedoch auch auf informellen Strukturen basieren. Besonderes Augenmerk muss auf die Rolle der Streitkräfte gelegt werden²⁵, da diese aus ihrer Funktion heraus ja gewaltsame Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen zur Verfügung stehen haben.²⁶

Eine genauere und systematische Zusammenstellung dieser Kriterien findet sich in den Tabellen 1-5 des Anhangs, die nun im Folgenden als Grundlage der Analyse des politischen Systems der Ukraine dienen sollen.

3. Analyse des politischen Systems der Ukraine

3.1. Wahlregime A

Das Wahlregime erscheint im Falle der Ukraine besonders interessant zu untersuchen, da es durch die Geschehnisse der „Orangen Revolution“ 2004 in den Mittelpunkt rückte. Der versuchte Wahlbetrug bei der Präsidentenwahl durch das Lager des Wunschnachfolgers des damaligen Präsidenten *Kutschma*, *Viktor Janukowitsch*, wurde aufgedeckt und durch massive Proteste der Bevölkerung und der „orangen“ Opposition eine Annullierung und Wiederholung der Wahl erwirkt.²⁷ So fand ein für die politische Entwicklung des Landes bedeutsamer Machtwechsel statt, der nach 10 Jahren das semi-autoritäre Regime unter *Leonid Kutschma* ablöste.²⁸

Hier ist nun festzuhalten, ob und welche Veränderungen diese Ereignisse für die seitdem erfolgten Wahlen bewirkt haben. Hierfür können 3 Wahlgänge in Betracht gezogen werden: Erstens ist dies die Wiederholung der 2. Runde der Präsidentschaftswahlen

²³ Vgl.: Ebd., S. 85-87

²⁴ Vgl. hierzu: Ebd., S. 87-91

²⁵ Diese Überlegung resultiert aus den Erfahrungen mit ehemaligen Militärdiktaturen in Lateinamerika und Ostasien, vgl. hierzu: Merkel et al. (2003), S. 94

²⁶ Vgl.: Ebd., S. 91-95

²⁷ Darstellungen der Geschehnisse sind zu finden bei Kloka (2005); Boeckh (2007), S. 242-256; Wilson (2005).

²⁸ Für einen Überblick dieser Zeit siehe: Boeckh (2007), S. 214-234 ; Helmerich (2003); Prizel (1997).

2004, dann die Parlamentswahlen 2006 und schließlich die vorgezogenen Parlamentswahlen 2007.

Insgesamt gesehen bewertet die Wahlbeobachtungskommission der OSZE alle drei Wahlgänge positiv. So sagt sie in ihrem abschließenden Bericht zu den Parlamentswahlen 2006 beispielsweise:

The 26 March parliamentary elections were conducted largely in line with OSCE Commitments, Council of Europe commitments and other international standards for democratic elections. Overall, civil and political rights were respected, including the fundamental freedoms of expression, association and assembly.²⁹

Das Wahlregime teilt sich wie oben erwähnt in drei Indikatorenbündel. Erstens bezieht sich das auf das aktive und passive universelle Wahlrecht. In der Ukraine haben laut der Verfassung von 1996³⁰, alle ukrainischen Staatsbürger ab dem vollendeten 18. Lebensjahr das aktive Wahlrecht (Art. 70). In das Parlament darf jeder (nicht vorbestrafte) Staatsbürger gewählt werden, der das 21. Lebensjahr vollendet hat (Art. 76). Keine Bevölkerungsgruppe wird dabei ausgeschlossen. Faktisch wurde diese Bestimmung bei den Wahlen seit 2004 generell auch korrekt umgesetzt. Es gab jedoch Probleme mit den Wählerlisten und der Wählerregistrierung, die sich negativ auf die Universalität der Wahlen auswirkten. Dadurch war es manchen Personen nicht möglich, ihr Wahlrecht auszuüben, da sie irrtümlicherweise nicht in Wählerlisten aufgeführt wurden.³¹ Einerseits lag dies an technischen und administrativen Mängeln, wie fehlendem Informationsaustausch zwischen Behörden, aber andererseits auch an einer Neuregelung des Wahlgesetzes seit 2007. Dieses beinhaltete, dass Personen, die sich im Zeitraum vor dem Wahltermin nicht in ukrainischen Territorium befanden und bis zu einem bestimmten Stichtag dieses nicht wieder betreten hatten, von den Wählerlisten gestrichen werden sollten. Durch diese Regelung wurde bei den Parlamentswahlen 2007 angewiesen, 570.000 Personen von den Wählerlisten zu entfernen.³² Besonders betroffen waren Personen in den westlichen Regionen und somit möglicherweise besonders Personen der ungarischen, rumänischen und polnischen Minderheiten.³³ Frauen waren lediglich in Hinsicht auf das passive Wahlrecht unterrepräsentiert: nur ca. 17,8 % der Kandidaten für die Parlamentswahlen 2007 waren Frauen und nur ca. 8% der davon gewählten Abgeordneten. Es gibt jedoch einen entsprechenden nationalen Aktionsplan und auch aktive Frauenorganisationen.³⁴

Da die Einschränkung des universellen Charakters der Wahlen durch technische Mängel nicht systematisch auf eine bestimmte Bevölkerungsgruppe bezogen und auch nicht durch politisches Kalkül gesteuert war, muss dies nicht als grundlegende Beschädigung des Wahlregimes gewertet werden. In Bezug auf die Regelung zur Abwesenheit aus ukrainischem Staatsgebiet direkt vor der Wahl sind schon eher Bedenken anzumelden, sodass die OSZE auch Entsprechendes in ihre Verbesserungsempfehlungen einschloss.³⁵

²⁹ OSCE (2006), S. 1

³⁰ Alle in dieser Arbeit erwähnten Verfassungsartikel beziehen sich auf die in Schneider (2005) abgedruckte Übersetzung der Verfassung.

³¹ Vgl.: Harter (2007) und OSCE (2004), S. 13-14

³² Vgl.: OSCE (2007), S. 5 und S. 11

³³ Vgl.: Ebd., S. 18-19

³⁴ Vgl.: Ebd., S. 18

³⁵ Vgl.: Ebd., S. 28

Da die Neuregelung jedoch erst bei einer Wahl gültig war, bleibt abzuwarten, ob diese neue Regelung beibehalten wird und falls ja, wie sie sich mittelfristig auswirkt.

Beim Aspekt der Freiheit und Fairness der Wahlen sind die Kommentare zu den seit 2004 stattgefundenen Wahlen einhellig und übernehmen auch die jeweiligen OSZE-Einschätzungen: seit der Orangen Revolution finden in der Ukraine freie und faire Wahlen statt.³⁶ So liest sich auch der OSZE-Bericht zur jüngsten Wahl 2007 sehr positiv, sowohl in Bezug auf den Wahlkampf als auch auf den technischen Ablauf.³⁷ Die Kandidatenzulassung wird als offen und transparent beschrieben und die ausgeglichene Berichterstattung der Medien gelobt.³⁸ Als Problem mit der Zentralen Wahlkommission erscheint jedoch deren Zusammensetzung aus von Parteien nominierten Mitgliedern. 2007 führte dies zu Diskussionen und Entscheidungsverhalten, die nicht ganz frei von politischen Einstellungen waren.³⁹ Bei den Wahlen waren bis auf geringfügige Ausnahmen keine Manipulationen bekannt.⁴⁰

Der Indikator „gewählte Mandatsträger“ wird vom ukrainischen Wahlsystem erfüllt: alle Volksvertretungen werden vollständig in direkten Volkswahlen gewählt. Als Einschränkung könnten die zahlreichen Ernennungen von wichtigen Posten durch den Präsidenten angeführt werden (z.B. ein Drittel der Verfassungsrichter, Außen- und Verteidigungsminister, VerfArt. 106). Jedoch wurde dies durch die Verfassungsreform von 2004 stark reduziert⁴¹ und zudem wirken sich diese Machtbefugnisse des Präsidenten vielmehr auf die Gewaltenteilung, also Teilbereich D, als auf das Wahlregime aus.

Insgesamt kann das Wahlregime somit als genügend erfüllt erachtet werden, da keine der genannten Einschränkungen die Wahlergebnisse signifikant verzerren können. Somit ist eine realitätsgetreue Abbildung des Wählerwillens möglich und damit ein wichtiges demokratisches Prinzip umgesetzt, die Volkssouveränität.

3.2. Teilregime B: Politische Teilhaberechte

Zum Aspekt der Assoziationsfreiheit ist zuerst festzuhalten, dass die freie Bildung von Parteien in der Verfassung durch Artikel 36 und auch 15 („ideologische Vielfalt“) gewährleistet wird. Eingeschränkt wird dies nur durch Art. 37, der Verbotsmöglichkeiten unter wenigen bestimmten Bedingungen zulässt, dies jedoch an ein Gerichtsverfahren koppelt. Ein spezielles Parteiengesetz gibt es erst seit 2001. Dieses beinhaltet aber hauptsächlich (schwierige) Registrierungsverfahren mit dem damaligen Ziel, die Anzahl der Parteien zu verringern, um so das schwache und fragmentierte Parteiensystem zu stabilisieren.⁴² Fälle von unrechtmäßigen Verboten oder Einschränkungen sind nicht bekannt. Das Problem in diesem Bereich ist vielmehr die Schwäche der Parteien, die nur als Machtmittel der Wirtschaftsoligarchen und der Führungspersonlichkeiten dienen anstatt wirkliche Volks- und Programmparteien zu

³⁶ Vgl. unter anderen: Wachsmuth (2006), S. 29; Kuzio (2006), S. 28; Schneider-Deters (2006), S. 59

³⁷ Vgl. hierzu: OSCE (2007), S. 12 und S. 22-24

³⁸ Vgl.: Ebd., S. 12 und S. 15-16

³⁹ Vgl.: Ebd., S. 7.

⁴⁰ Siehe hierzu: Pleines (2007b), S. 5

⁴¹ Siehe hierzu: Strasser-Gackenheim (2006), S. 182

⁴² Vgl.: Bos (2002), S. 473

sein. Diese Einschätzung wird auch heute noch geteilt,⁴³ wenn auch eine gewisse Stabilisierung des Parteiensystems und eine Stärkung der Parteien als politische Akteure und als Interessenvertretung seit der Verfassungsreform vom 8. Dezember 2004 festgestellt werden kann.⁴⁴

Für die Interessenverbände gilt ebenso, dass das Problem eher bei der mangelhaften Entwicklung liegt als bei Behinderungen durch staatliche oder sonstige Akteure. Es scheint keine massive Einschränkungen zu geben.⁴⁵

Zur Assoziationsfreiheit gehören außerdem das Versammlungs- und Demonstrationsrecht. Die Verfassungsbestimmungen in Art. 39 versprechen die freie Ausübung dieser Rechte. Als Indiz für deren tatsächliche Gewährung können die friedlichen Massenproteste während der Orangen Revolution dienen. Es fand keine gewalttätige Unterdrückung der Proteste durch Ordnungskräfte statt, mag es auch Pläne dazu und entsprechende Spekulationen gegeben haben.⁴⁶ Teilweise konnte sogar eine Solidarisierung der Polizei und der Armee mit den Demonstrierenden beobachtet werden.⁴⁷ Es sind keine dauerhaften Repressionen oder Ausnahmezustände bekannt.

Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass in Bezug auf die Assoziationsfreiheit keine schwerwiegenden Einschränkungen vorliegen.

Der zweite Bereich der politischen Teilhaberechte sind Meinungs- und Pressefreiheit. Hierbei ist besonders die Pressefreiheit ein zentraler Indikator. Die grundrechtlichen Bestimmungen (Art.34) und Pressegesetze sind insgesamt einem demokratischen Standard angemessen.⁴⁸ Dies ist auch die Einschätzung von Freedom House.⁴⁹ Jegliche Zensur wird in Art. 15 verboten. Jedoch wurde die formal gegebene Pressefreiheit noch bis 2004 in der Praxis äußerst eingeschränkt: Unterdrucksetzung von Seiten des Staates mit den verschiedensten Taktiken führte meist zur Selbstzensur der Journalisten. Des Weiteren gab es in den Jahren vor 2004 eine indirekte staatliche Zensur, da Themenvorgaben in Form von „Empfehlungen“, sog. „temnyky“, von der Präsidialverwaltung an die größten und wichtigsten Massenmedien geschickt wurde.⁵⁰ Die eingeschränkte Pressefreiheit bemängelte auch Amnesty International in ihren Berichten bis 2004: Dort ist die Sprache von übermäßig vielen Verleumdungsklagen, willkürlichen Kontrollen, schwierigen Lizenzvergaben bis hin zu tätlichen Angriffen auf Journalisten.⁵¹ So wurde beispielsweise kurz vor der Präsidentschaftswahl 2004 dem (damalig) oppositionellen Fernsehsender Kanal 5 fragwürdiger Weise kurzzeitig die Sendelizenz entzogen.⁵² Insgesamt wurden die Medien als von Präsident *Kutschma* und den mit ihm verbündeten Oligarchen kontrolliert eingeschätzt.⁵³

⁴³ Siehe: Segert (2007) S. 4; Wachsmuth (2007), S. 33-34; Schneider-Deters (2006), S. 71-72

⁴⁴ Vgl.: Pleines (2007), S. 5 und Lindner (2007), S. 3

⁴⁵ Vgl. hierzu: Bos (2002), S. 476

⁴⁶ Vgl. hierzu: Wilson (2005), S. 134-138

⁴⁷ Siehe: Kloka (2005), S. 165

⁴⁸ Eine Auflistung der Pressegesetze findet sich bei Schneider (2005), S. 119-120

⁴⁹ Vgl. hierzu: Freedom House (2006)

⁵⁰ Siehe: Schneider (2005), S. 121-123; Freedom House (2003, 2004, 2005)

⁵¹ Siehe hierzu: Amnesty International Deutschland (2002) und (2004). In diesem Kontext ist vor allem die Ermordung des Journalisten Georgi Gongadse zu beachten.

⁵² Vgl.: Freedom House (2005)

⁵³ Siehe: Bos (2002), S. 479-480

Seit 2004 ist jedoch eine deutliche Verbesserung festzustellen.⁵⁴ Beispielsweise konnte die Opposition sich einen eigenen Fernsehkanal, den oben erwähnten Kanal 5, schaffen und damit (trotz vorübergehendem Lizenzentzug) ein Stück Freiheit von der zensierten, staatlich kontrollierten Presse erlangen. Dies trug zudem zum Erfolg der Orangen Revolution bei.⁵⁵ Des Weiteren wurden die sog. „temnyky“ seit der Wiederholungsrunde der Wahlen 2004 laut Aussagen von Journalisten nicht mehr befolgt und schienen auch 2006 nicht mehr die Berichterstattung zu beeinflussen.⁵⁶ Als weiteres Indiz kann die deutliche Verbesserung der Bewertung der Ukraine im Freedom House Ranking gelten. Ihr Wert sank von 68 im Jahr 2004 auf 53 2007.⁵⁷ Es sind aber immer noch Probleme zu registrieren. Tätliche Angriffe auf kritisch berichtende Journalisten hören nicht auf, ebenso wenig politisch motivierte Verleumdungsklagen. Letztere waren so auffällig, dass sie als Mittel der Unterdrückung „unbequemer“ Journalisten bewertet werden.⁵⁸ Außerdem beeinflusst die Besitzstruktur der Medien immer noch deren Inhalte. So sind die größten Medieneinrichtungen staatlich oder in den Händen von regierungsnahen Oligarchen und Personen, deren wirtschaftliche und sonstige Interessen die Berichterstattung formen.⁵⁹

So sind zwar wichtige Verbesserungen eingetreten, aber es bestehen immer noch bedeutsame Mängel in allen drei Bereichen der Meinungs- und Pressefreiheit (s. Kap 2, S. 5): rechtliche Mittel werden zur Einschüchterung und Behinderung der Pressearbeit genutzt, große Teile der Medien stehen unter dem Einfluss von Regierung oder Wirtschaftsmagnaten und auch Repression von kritischem Journalismus durch physische Angriffe hört nicht auf. Die Entwicklungen lassen jedoch vermuten, dass diese Vorkommnisse nicht mehr auf einem dauerhaft systematischen Eingriff der Regierung zur Monopolisierung der Deutungsmacht beruhen. Hierbei ist vor allem auf das Ende der staatlichen „temnyky“ hinzuweisen. Da außerdem seit 2004 die Presselandschaft insgesamt deutlich neutraler und unabhängiger geworden ist und die Hoffnung besteht, dass sich diese ja erst kurz andauernde Entwicklung fortsetzen könnte, muss hier noch nicht von einer Beschädigung des Teilregimes B gesprochen werden. Die weitere Entwicklung ist abzuwarten.

3.3. Teilregime C: Bürgerliche Freiheitsrechte

Der erste Bereich dieses Teilregimes, die individuellen Schutzrechte auf Leben, Freiheit und Eigentum, ist mit den Grundrechten im 47 Artikel umfassenden Abschnitt II der Verfassung abgedeckt. Zum Beispiel beinhaltet Art. 27 das Recht auf Leben und Art. 41 das Recht auf Eigentum. Ein umfassendes Diskriminierungsverbot ist in Art. 24 der Verfassung verankert. Des Weiteren hält Art. 53 fest, dass nationale Minderheiten das Recht auf Erlernen ihrer Muttersprache haben. Jedoch ist nur Ukrainisch Staatssprache. Insgesamt lässt sich aber sagen, dass das Verhältnis zwischen den Ukrainern und der

⁵⁴ Vgl.: Durkot (2005), S. 165

⁵⁵ Siehe hierzu: Dyczok (2005)

⁵⁶ Siehe hierzu: OSCE (2004), S. 5 und S. 34, sowie OSCE (2006) S. 15

⁵⁷ Für eine genaue Erläuterung der Methode dieser sehr angesehenen Rankings vgl.:

http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=350&ana_page=339&year=2007 (Stand: 03.03.2008)

⁵⁸ Vgl.: Freedom House (2005) und (2007)

⁵⁹ Siehe hierzu: Freedom House (2005, 2006, 2007)

größten nationalen Minderheit, den Russen, im Wesentlichen entspannt und konfliktfrei ist.⁶⁰

Die Umsetzung der Schutzrechte in der Praxis lässt sich am besten anhand von Berichten über die Menschenrechtssituation ermitteln: Trotz des in der Verfassung verankerten Rechtes auf Leben wurde die Todesstrafe in der Ukraine noch bis ins Jahr 2000 verhängt. Sie wurde zwar seit 1997, als die Ukraine dem Europarat beitrug, nicht mehr vollzogen, jedoch erst 2000 als verfassungswidrig beurteilt und auch formal abgeschafft.⁶¹ Ein massives und konstantes Problem in diesem Bereich sind v.a. Folterungen und Misshandlungen in Polizeigewahrsam. Trotz der 2001 verabschiedeten Reformgesetze gab es keine merklichen Verbesserungen.⁶² Das Problem ist hierbei die mangelnde Ausbildung und Ausstattung der Beamten, wodurch sie sich bei ihren Ermittlungen auf Geständnisse angewiesen sehen. Zudem kommt es selten zur Verfolgung oder gar Wiedergutmachung dieser Straftaten. Im Jahr 2005 gab es allein 1000 Beschwerden, aber nur 226 Verfahren, darunter noch die aus den Vorjahren, waren am Laufen. So ist auch erst seit 2005 gesetzlich festgehalten, dass Staatsbeamtete wegen Folter vor Gericht belangt werden können.⁶³ In diesen Zusammenhängen brachte amnesty international 2005 sogar einen Sonderbericht über Polizeigewalt heraus.⁶⁴ Ebenso hat sich der Menschenhandel in der Ukraine zu einem Problem entwickelt. Auch hier wurden zwar Gesetze und Initiativen zur Verbesserung der Situation gestartet, aber sie wurden entweder nicht umgesetzt oder blieben ohne Auswirkung.⁶⁵

Der zweite Aspekt der bürgerlichen Freiheitsrechte sind die Justizrechte. In die Verfassung wurden solche zwar ausreichend eingeschlossen (Art. 55-63); in der Praxis bestehen jedoch Mängel. Eine lange geforderte und geplante Justizreform fehlt weiterhin, auch nach der Orangen Revolution. Eine Gehaltserhöhung der Richter geht zwar in die richtige Richtung, reicht alleine aber nicht aus, um für deren Unabhängigkeit zu garantieren.⁶⁶ Auch die relativ ausgeprägte Korruption im Gerichtswesen⁶⁷ spricht deutlich gegen die Unabhängigkeit der Richter und die Gleichbehandlung vor dem Gesetz. Für genügend Geld kann man sogar grundlos freigesprochen werden, was natürlich wohlhabendere Menschen bevorzugt.⁶⁸ Damit ist dies zugleich eine Verletzung der Gleichheitsgarantie des Verfassungsartikels 24.⁶⁹ Die Justizreform ist außerdem ein Teil des EU - Ukraine-Aktionsplans von 2005 und somit auch eine der Prioritäten des Nationalen Richtprogramms 2007-2010 für die Ukraine im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsabkommens. Hier wird die Unabhängigkeit und Wirksamkeit des ukrainischen Justizwesens als Ziel gesetzt. Konkret wird genannt, dass die Zahl der in Berufung gehenden Rechtssachen sinken muss, als Indikator für die

⁶⁰ Vgl. hierzu: Simon (2007a), S. 10

⁶¹ Vgl.: Schneider (2005), S. 38

⁶² Vgl. hierzu: Amnesty International Deutschland (2002, 2004, 2006)

⁶³ Siehe hierzu: Amnesty International Deutschland (2006)

⁶⁴ Vgl. hierzu: Amnesty International (2005)

⁶⁵ Siehe: Amnesty International Deutschland (2006)

⁶⁶ Vgl.: Durkot (2005), S. 165-166

⁶⁷ 50% der Anwälte sind davon überzeugt, dass Korruption im Gerichtswesen weit verbreitet ist. Vgl. dazu: Lukyanova (2006), S. 9-10

⁶⁸ Siehe: Morozenko (2005), S. 173

⁶⁹ Abs. 1 „Die Staatsbürger (...) sind vor dem Gesetz gleich.“ Abs. 2 „Es darf keine Bevorzugung bzw. Benachteiligung auf Grund (...) der Vermögenslage, (...) geben.“

Leistungsfähigkeit der Gerichte.⁷⁰ Hier bestehen also ebenfalls noch zu behebende Mängel.

Für das Teilregime C können somit in allen Bereichen kleinere und größere Einschränkungen festgestellt werden. Zusammengenommen ergibt dies das Bild eines durchaus illiberalen Systems. Ob dies jedoch bereits als Defekt im Sinne Merkels gewertet werden kann, soll im Fazit im Vergleich mit den anderen Teilregimen entschieden werden.

3.4. Teilregime D: Horizontale Gewaltenteilung

Die Gewaltenteilung wird in Art.6 der Verfassung als grundlegendes Prinzip des ukrainischen Staates festgeschrieben. Die Kontrolle der Exekutive durch das Parlament ist formal durch das Interpellationsrecht, die Fragestunde, die Billigung des Arbeitsprogramm und des Haushaltsentwurf der Regierung und die Möglichkeit des Misstrauensvotums gegeben.⁷¹ Das ukrainische System weist eine schwierige Konstellation auf, allein durch die doppelte Exekutive aus Präsident und Ministerkabinet. Auch darüber hinaus hat sie sehr komplexe Strukturen.⁷² Seit der Verabschiedung der Verfassung 1996 sah die reale Machtverteilung so aus, dass der Präsident sehr stark und Ministerkabinet und Parlament sehr schwach waren, obwohl letzteres der Verfassung nach eigentlich relativ stark gestellt ist.⁷³ Mithilfe der Präsidialadministration, die Präsident *Kutschma* 1994-2004 als „Schattenkabinet“ nutzte, dem Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats und seinem Dekretrecht schaffte er es, seine verfassungsgemäß eher schwache Position stark auszubauen. Die Regierung war ihm faktisch untergeordnet.⁷⁴ Die real wirkende Exekutive war so praktisch den institutionellen Kontrollmechanismen entzogen. Ein ständig währender Machtkampf zwischen Präsident und Parlament verhinderte eine bessere Klärung des Verhältnisses zwischen Exekutive und Legislative.⁷⁵ Insgesamt zeichnete sich das *Kutschma*-Regime jedoch durch eine gewisse Stabilität aus.

Das Problem des Kompetenzgerangels besteht weiterhin; ob nach den Parlamentswahlen 2006 über Ernennungen und Entlassungen der Minister⁷⁶ oder beim Konflikt um die Parlamentsauflösung 2007.⁷⁷ Das Parlament wurde zwar durch die Verfassungsreform vom 8. Dezember 2004 deutlich gestärkt, v.a. da die Ernennung der Regierung nicht mehr durch den Präsidenten geschieht.⁷⁸ Jedoch besteht wegen der Machtinteressen der führenden Politiker auch die Gefahr des Rückfalls in eine Präsidialrepublik; denkbar im Orangen Lager ebenso wie bei *Viktor Janukowitsch*.⁷⁹ Zudem ist die Verfassungsreform handwerklich schlecht gemacht, was die ohnehin ungeklärte Lage

⁷⁰ Vgl.: EU-Ukraine-Aktionsplan (2005), Abschnitt 2.1 und Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (2007), S. 6

⁷¹ Siehe: Bos (2002), S. 461-463

⁷² Vgl.: Vorndran (2000), S. 231

⁷³ Siehe: Helmerich (2003), S. 215-217. Die in der Verfassung vorgesehene Machtbalance bezeichnet Helmerich als „eine faktische Schiefelage zugunsten des Präsidenten“ (216)

⁷⁴ Siehe: Bos (2002), S. 458-460

⁷⁵ Vgl.: Ott (2000), S. 5-6

⁷⁶ Siehe hierzu: Whitmore (2007), S. 2-5

⁷⁷ Vgl.: Simon (2007b), S. 11-12

⁷⁸ Siehe: Segert (2007a), sowie Strasser-Gackenheimer (2006), S. 181-182

⁷⁹ Vgl.: Rahr (2007), S. 9, sowie Simon (2007b), S. 12

verschlimmert und weiteren Machtkämpfen Vorschub leistet.⁸⁰ Generell sind Zweifel an der Integrität der Parlamentarier angebracht: die Regierung brachte 2007 17 oppositionelle Abgeordnete (mit dubiosen Mitteln) dazu, trotz Fraktionswechselverbots in die Regierungskoalition zu wechseln.⁸¹ So kann jedoch keine Kontrolle der Regierungskoalition im Sinne der Gewaltenteilung ausgeübt werden.

Ein Problem für Gewaltenteilung sind weiterhin die legislativen Kompetenzen des Präsidenten: das Dekretrecht und das suspensive Veto im Gesetzgebungsprozess. Durch die Verfassungsreform von 2004 wurde jedoch beides eingeschränkt.⁸²

Ein weiterer Aspekt der horizontalen Gewaltenkontrolle, die Kontrolle der Exekutive durch die Judikative, wird durch Art. 150 der Verfassung und die Institution des Verfassungsgerichtes gewährleistet. Jedoch lässt sich ein ausgeprägter Rechtsnihilismus der politischen Elite feststellen.⁸³ Dazu trägt auch eine sehr weite Immunität der Parlamentarier bei, die die Möglichkeiten der *judicial review* stark einschränkt. Die Abgeordnetenimmunität wurde im Rahmen eines Abkommens zwischen Juschtschenko und Janukowitsch 2005 sogar noch ausgeweitet. Außerdem gab Juschtschenko das Versprechen, die Opposition nicht zu verfolgen, was praktisch einer Straffreiheit für die Wahlfälscher der Präsidentschaftswahl 2004 gleichkommt.⁸⁴ Generell wird keine neutrale *judicial review* ausgeübt, was zur Frage nach der Unabhängigkeit der Judikative führt.

Die Unabhängigkeit und Kompetenz der Gerichtsbarkeit wird in der Verfassung (Art. 126) garantiert. Jedoch war die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichtes schon immer fragwürdig aufgrund seiner Entscheidungen, die meist im Sinne des Präsidenten *Kutschma* gefällt wurden.⁸⁵ Auch im Allgemeinen ist die Unabhängigkeit der Richter fraglich, da sie durch Parlamente gewählt werden und somit eine mögliche politische Einflussnahme zu befürchten ist.⁸⁶ Das Verfassungsgericht gilt auch heute noch als diskreditiert. So gab es beim Konflikt um die Parlamentsauflösung im April 2007 Korruptionsvorwürfe gegen eine Verfassungsrichterin und die Opposition zog die Unabhängigkeit des Gerichtes in Zweifel.⁸⁷ Zuvor war es vom Parlament nach der Präsidentschaftswahl 2004 durch die Nichternennung der Richter blockiert worden, um zu verhindern, dass *Juschtschenko* die Rücknahme der Verfassungsreform erwirken kann. Während des Konflikts um die Parlamentsauflösung 2007 entließ der Präsident außerdem drei Richter. Zudem ging das Gericht nicht gegen das verfassungswidrige Gesetz vor, das ihm verbietet die Verfassungsreform von 2004 zu revidieren. Es machte sich somit auch selbst zum „Spielball der politischen Konfliktparteien“.⁸⁸

Der letzte Aspekt der horizontalen Gewaltenkontrolle ist der Einfluss der Korruption. Diese wurde sogar als Herrschaftselement des ukrainischen Systems bezeichnet aufgrund der oligarchischen Verflechtungen und des daraus folgenden Einflusses der oft

⁸⁰ Siehe: Strasser-Gackenheim (2006), S. 183

⁸¹ Vgl.: Simon (2007b), S. 11

⁸² Siehe hierzu: Schneider (2005), S. 68 und Strasser-Gackenheim (2006), S. 182

⁸³ Vgl.: Segert (2007a), S. 10

⁸⁴ Siehe hierzu: Durkot (2005), S. 157-158

⁸⁵ Vgl.: Ott (2000), S. 20; Bos (2002), S. 482, sowie Helmerich (2003), S. 75

⁸⁶ Siehe: Wydra (2001), S. 792

⁸⁷ Vgl.: Lange (2007), S. 2

⁸⁸ Siehe: Pleines (2007a), S. 7-8., Zitat S. 8

kriminell agierenden Wirtschaftsc clans auf die Politik.⁸⁹ Korruption findet sich in der Ukraine auf allen Ebenen und auch nach der Orangen Revolution wurde keine Verbesserung erwartet, da die neue politische Elite ebenso mit den Wirtschafts oligarchen verstrickt ist.⁹⁰ So ist auch die Partei des neuen Präsidenten *Juschtschenko* finanziell abhängig von einem Wirtschaftsmagnaten, *Petro Poroschenko*. Trotz Versuchen dies einzudämmen besteht das Problem fort aufgrund der mangelnden staatlichen Finanzierung der Parteien.⁹¹ Auch die Partei des momentanen Oppositionsführers Viktor Janukowitsch, die Partei der Regionen, wird beeinflusst durch die Montan- und Erdgasindustrie, was ihre außenpolitische Ausrichtung zugunsten Russlands maßgeblich begründet.⁹² Darüber hinaus erlaubt der oben erwähnte Fraktionswechsel einiger Abgeordneter zur Regierungskoalition Zweifel an der Unbestechlichkeit der Parlamentarier.

Die hier für alle Bereiche der horizontalen Gewaltenkontrolle genannten Einschränkungen sind so massiv, dass dieses Teilregime als defekt bezeichnet werden muss. Zwar handelt es sich nicht mehr wie während des Kutschma-Regimes um eine eindeutige Machtkonzentration in der Exekutive. Die Kompetenzverteilung ist jedoch ungeklärt und instabil und darüber hinaus wird die Rechtsstaatlichkeit durch ein nicht funktionierendes Verfassungsgericht und massive Korruption verletzt. Unter diesen Umständen ist es schlichtweg nicht möglich horizontale Gewaltenkontrolle auszuüben.

3.5. Teilregime E: Effektive Regierungsgewalt

Wie soeben angedeutet wurde, spielen die Wirtschafts oligarchen in der Ukraine in der Politik eine wichtige Rolle (siehe auch 3.2 zu Parteien und Medien). Daher sollte es sich bei der Frage nach der effektiven Regierungsgewalt in der Ukraine um jene Oligarchen drehen.⁹³ In der Ukraine kann man ohne Einschränkungen von einer Clanwirtschaft sprechen. Drei Clans kontrollieren die gesamte Wirtschaft der Ukraine: der Dnipropetrowsker, der Donezker und der Kiewer Clan.⁹⁴

Diese Clans üben einen immensen Einfluss auf die Politik aus: Erstens kommen viele ehemalige und heutige Politiker aus der Wirtschaft und gehören einem der drei Clans an. So wie Kutschma dies tat, kommt auch Julia Timoschenko aus dem Dnipropetrowsker Clan. 1995-1997 war sie Leiterin der „Vereinigten Ukrainischen Energiesysteme“ (JeESU), woher auch ihr Spitzname „Gasprinzessin“ rührt. Damit war sie Nachfolgerin des von 1996-1997 amtierenden Regierungschefs *Pawlo Lasarenko*, der 2004 in den USA u.a. wegen Geldwäsche, Erpressung und Veruntreuung schuldig gesprochen wurde.⁹⁵ Dass derlei Verbindungen zur Wirtschaft sich auf politische Ausrichtungen und Entscheidungen auswirken müssen, erklärt sich von selbst. Bereits erwähnt wurde der Zusammenhang zwischen der außenpolitischen Position der Partei der Regionen und den ihr angehörenden Lobbyisten der Metallurgie- und Energieindustrie. Es ist auch

⁸⁹ Vgl.: Boeckh (2007), S. 223-226

⁹⁰ Vgl. hierzu: Morozenko (2005), S. 173-174 und S. 176

⁹¹ Siehe: Wachsmuth (2007), S. 33-35

⁹² Vgl.: Schneider-Deters (2006), S. 71-72

⁹³ Merkel et. al. (2003), S. 92-95 betont im Gegensatz hierzu vor allem die Bedeutung der Streitkräfte – jedoch vor allem vor dem Hintergrund lateinamerikanischer Transformationsprozesse

⁹⁴ Vgl. hierzu: Morozenko (2005), S. 175 und Schneider (2005), S. 132-133

⁹⁵ Vgl.: Schneider (2005), S. 129

anzunehmen, dass solche Verbindungen eine ernsthafte Bekämpfung der Korruption weiterhin schwierig machen werden.⁹⁶

Zweitens gehen Vertreter der Wirtschaft auch gezielt in die Politik, um ihre Interessen durchsetzen zu können. Als Beispiel hierfür kann Rinat Achmetow gelten. Achmetow ist die führende Persönlichkeit des Donezker Clans und hatte sich bis 2005 aus der Politik ferngehalten. Als er jedoch mit dem Gesetz in Konflikt geriet und vor Gericht geladen wurde, entschied er sich, für die Partei der Regionen bei den Parlamentswahlen 2006 zu kandidieren, um so an die sichere Immunität eines Abgeordneten zu gelangen.⁹⁷

Auch in der Partei des Präsidenten, „Nascha Ukraina“, sind solche Verflechtungen zu finden und zwar in Gestalt von *Petro Poroschenko*. Der Unternehmer gelangte in den unterschiedlichsten Wirtschaftsbranchen zu einem auf 350 Millionen US-Dollar geschätzten Vermögen, mit dem er den Wahlkampf *Juschtschenkos* 2004 finanzierte. Dies brachte ihm den Posten des Sekretärs des Nationalen Sicherheit- und Verteidigungsrates ein. Gegen diesen Rat wurden in der folgenden Zeit Vorwürfe laut, Richter unter Druck gesetzt zu haben.⁹⁸ Noch immer ist die Partei finanziell von *Poroschenko* abhängig, auch wenn dieser es auf dem Parteitag 2006 nicht mehr in den Vorstand schaffte.⁹⁹ Auch kleinere Parteien wie die „Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine“ können als von Unternehmern gekauft gelten.¹⁰⁰

Die hier genannten Beispiele sind nicht erschöpfend. Man kann vielmehr davon ausgehen, dass der Einfluss der Wirtschaftsklans ein generelles Phänomen der ukrainischen Politik ist.¹⁰¹ Zudem haben die wichtigsten Spitzenpolitiker Verbindungen zu oder sind Teil eines der drei genannten Clans¹⁰². Aufgrund dieser Feststellung muss die Ukraine als Enklavendemokratie bezeichnet werden, denn auf solchen Zusammenhängen basierend kann keine unbeeinflusste, unabhängige Politik geführt werden.

4. Fazit

Es bleibt Folgendes festzuhalten: Erstens kann die Ukraine insofern als Demokratie gelten, als sie das Minimalkriterium der demokratischen Wahlen (Teilregime A) erfüllt. In den restlichen vier Teilregimen wurden in der Analyse jedoch mehr oder minder schwere Beschädigungen festgestellt. Zwar sind in der Verfassung grundsätzlich angemessene Bestimmungen enthalten (m. E. in Bezug auf die Gewaltenteilung), aber die Umsetzung in der Praxis ist oft nicht zufriedenstellend gegeben. Die massivsten Probleme liegen vor allem in den Bereichen der effektiven Regierungsgewalt (E) und der horizontalen Gewaltenkontrolle (D). Die Macht der Wirtschaftsoligarchen kann als ein gesamtstrukturelles Defizit des politischen Systems der Ukraine gesehen werden. Dieses wirkt sich auf alle anderen Bereiche aus und ist somit auch für dortige Mängel verantwortlich: abhängige Parteien, unfreie Medien und eine eingeschränkte

⁹⁶ Vgl.: Simon (2007c), S. 6

⁹⁷ Vgl.: Zimmer (2007), S. 9-10

⁹⁸ Siehe: Durkot (2005), S. 154

⁹⁹ Siehe: Wachsmuth (2007), S. 33 und S. 35

¹⁰⁰ Siehe: Schneider (2005), S. 117 und S. 126

¹⁰¹ Für mehr Beispiele vgl.: Ebd., S. 127-132

¹⁰² Timoschenko als Premierministerin ist wie gesagt dem Dnipropetrowsker Clan zuzurechnen, Viktor Janukowitsch als Oppositionsführer dem Donezker Clan. Vgl. hierzu: Schneider (2005), S. 131

Gewaltkontrolle. Durch die beständigen Machtkämpfe um die Kompetenzverteilung innerhalb der Exekutive und zwischen der Exekutive und der Legislative ist das gesamte System tendenziell instabil. Dadurch ist es auch nicht möglich schon lange anstehende Reformen, wie z.B. in der Justiz, konsequent durchzuführen, worauf wiederum Mängel im Teilbereich C basieren. Da also die Defekte in den Teilbereichen D und E schwerwiegenden Einfluss auf die politische Gesamtlage haben, ist bei einer Typologisierung nach Merkels Schema hier der Schwerpunkt zu legen. Als Ergebnis der vorliegenden Analyse kann also gesagt werden, dass die Ukraine eine delegative Enklavendemokratie mit illiberalen Tendenzen ist. Sie hat somit zwar den wichtigsten Schritt, die Erfüllung des Wahlregimes, geschafft, aber kann noch nicht als vollständige Demokratie im Sinne Merkels gelten.

5. Literatur

Amnesty international (2005): Ukraine. Time for Action. Torture and Ill-Treatment in Police Detention. Online:

<http://www.amnesty.org/en/library/asset/EUR50/004/2005/en/e71222f6-a30d-11dc-8d74-6f45f39984e5/eur500042005en.pdf> (Stand: 07.03.2008).

Amnesty international Deutschland (2002): Jahresbericht 2002. Ukraine. Online:

<http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/51a43250d61caccfc1256aa1003d7d38/c9430df8067a9017c1256bc60032759d?OpenDocument> (Stand: 07.03.2008).

Amnesty international Deutschland (2004): Jahresbericht 2004. Ukraine. Online:

<http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/51a43250d61caccfc1256aa1003d7d38/778ca1c33352eb4ec1256e9e0042a84b?OpenDocument> (Stand: 07.03.2008).

Amnesty international Deutschland (2006): Jahresbericht 2006. Ukraine. Online:

<http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/74306e77ccabf47cc12565cb003dc377/eb420d1033e4317c12571ab0046a804?OpenDocument> (Stand: 07.03.2008).

Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine. Von der Roten zur Orangen Revolution, Regensburg.

Bos, Ellen (2002): Das politische System der Ukraine, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen, S. 447-488.

Collier, David/Levitsky, Steven (1997): Democracy with Adjectives. Conceptual Innovation in Comparative Research, in: World Politics, Vol. 49, No. 3, S. 430-451.

Croissant, Aurel/Thiery, Peter (2000): Defekte Demokratie. Konzept, Operationalisierung, Messung, in: Lauth, Hans-Joachim/Liebert, Ulrike/Pickel, Gert (Hrsg.): Demokratiemessung, Opladen, S. 89-112.

Durkot, Juri (2005): Ukraine. Die durchwachsene Bilanz für „Orange“, in KAS-Auslandsinformationen, Jg. 21, Nr. 12, S. 151-167.

Dyczok, Marta (2005): Breaking Through the Information Blockade. Election and Revolution in Ukraine 2004, in: Canadian Slavonic Papers, Band XLVII, Heft 3-4, S. 241-264.

Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsabkommen (2007): Ukraine. Nationales Richtprogramm 2007-2010. Online:

http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_nip_ukraine_de.pdf (Stand: 07.03.2008).

EU – Ukraine-Aktionsplan (2005): Online:

http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/ukraine_enp_ap_final_en.pdf (Stand: 07.03.2008).

Freedom House (2003): Freedom of the Press. Ukraine 2003.

Online: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=251&year=2003> (Stand: 06.03.2007).

Freedom House (2004): Freedom of the Press. Ukraine 2004.

Online: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=251&year=2004> (Stand: 03.03.2007).

Freedom House (2005): Freedom of the Press. Ukraine 2005.

Online: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=251&year=2005> (Stand: 06.03.2007).

Freedom House (2006): Freedom of the Press. Ukraine 2006.

Online: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=251&year=2006> (Stand: 01.03.2008).

Freedom House (2007): Freedom of the Press. Ukraine 2007.

Online: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=251&year=2007> (Stand: 07.03.2008).

Fukuyama, Francis (1989): The End of History?, in: The National Interest, Vol. 16, S. 3-18.

Fukuyama, Francis (1992): The End of History and the Last Man, New York.

Harter, Stefanie (2007): Verdienen ukrainische Eliten ein solches Wahlvolk?, in: Ukraine-Analysen, Nr. 29, S. 2-3. Online: <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/2007/UkraineAnalysen29.pdf> (Stand: 07.03.2008).

Helmerich, Martina (2003): Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie. Institutionen und Akteure, Berlin.

Huntington, Samuel (1991): The Third Wave, Norman.

Karl, Terry (1995): The Hybrid Regimes of Central America, in: Journal of Democracy, Vol. 6, Nr. 3, S. 72-86.

Kloka, Marzena (2005): Die „Orangene Revolution“. Ein Überblick, in: Frech, Siegfried/ Lüdemann, Ernst (Hrsg.): Nach der „Orangenen Revolution“, Stuttgart (= Der Bürger im Staat Jg. 55, Heft 4), S. 164-167.

Kubiček, Paul (1994): Delegative Democracy in Russia and Ukraine, in: Communist and Post-Communist Studies, No. 27, S. 423-441.

Kuzio, Taras (2006): Die freien Wahlen in der Ukraine und der Kamikaze-Präsident, in: Pleines, Heiko (Hrsg.): Die Ukraine unter Präsident Juschtschenko. Auf der Suche nach politischer Stabilität (=Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Bremen, Nr. 75), S. 28-30. Online: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP75.pdf> (Stand: 07.03.2008).

Lange, Nico (2007): Krisenbewältigung auf ukrainisch. Einigung ohne Kompromiss?, in: Ukraine-Analysen, Nr. 24, S. 2-5. Online: <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/2007/UkraineAnalysen24.pdf> (Stand: 07.03.2008).

Lindner, Rainer (2007): Zentrale Trends der politischen Entwicklung, in: Ukraine-Analysen, Nr. 29, S. 3-4. Online: <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/2007/UkraineAnalysen29.pdf> (Stand: 07.03.2008).

Lukyanova, Mariya (2006): Korruption im Gerichtswesen, in: Ukraine-Analysen, Nr. 16, S. 9-10. Online: <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/2006/UkraineAnalysen16.pdf> (Stand: 07.03.2008).

- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen et al. (2003):** Defekte Demokratie. Band 1: Theorie, Opladen.
- Morozenko, Serhij V. (2005):** Die Ukraine unter Kutschma, in: Frech, Siegfried/Lüdemann, Ernst (Hrsg.): Nach der „Orangen Revolution“, Stuttgart (= Der Bürger im Staat Jg. 55, Heft 4), S. 171-177.
- Organization for Security and Co-operation in Europe (2004):** Ukraine. Presidential Election. 31 October, 21 November and 26 December. OSCE/ODIHR Election Observation Mission Report. Online: http://www.osce.org/documents/odihr/2005/05/14224_en.pdf (Stand: 29.02.2008).
- Organization for Security and Co-operation in Europe (2006):** Ukraine. Parliamentary Elections 26 March 2006. OSCE/ODIHR Election Observation Mission Report. Online: http://www.osce.org/documents/odihr/2006/06/19631_en.pdf (Stand: 29.02.2008).
- Organization for Security and Co-operation in Europe (2007):** Ukraine. Pre-Term Parliamentary Elections 30 September 2007. OSCE/ODIHR Election Observation Mission Report. Online: http://www.osce.org/documents/odihr/2007/12/29054_en.pdf (Stand: 29.02.2008).
- Ott, Alexander (2000):** Die Ukraine auf dem Weg zu einer autoritären Präsidialherrschaft?, Köln (= Berichte des BIOst, Nr. 17).
- Pleines, Heiko (2007a):** Das ukrainische Verfassungsgericht. Einleitung, in: Ukraine-Analysen, Nr. 26, S. 7-8. Online: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/2007/UkraineAnalysen26.pdf> (Stand: 07.03.2008).
- Pleines, Heiko (2007b):** Ein Sieg für die Demokratie – hoffentlich mal wieder, in: Ukraine-Analysen, Nr. 28, S. 5-6. Online: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/2007/UkraineAnalysen28.pdf> (Stand: 07.03.2008).
- Prizel, Ilya (1997):** Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism, in: Dawisha, Karen/Parrott, Bruce (Hrsg.): Democratic changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus, and Moldova, Cambridge, S. 330-369.
- Rahr, Alexander (2007):** Zurück zur Präsidialrepublik?, in: Ukraine-Analysen, Nr. 22, S. 8-9. Online: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/2007/UkraineAnalysen22.pdf> (Stand: 07.03.2008).
- Rüb, Friedbert W. (2002):** Hybride Regime – Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus? Demokratietheoretische Überlegungen zum neuen Pessimismus in der Transitologie, in: Bendel, Petra/Croissant, Aurel/Rüb, Friedbert W. (Hg.): Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen, S. 99-118.
- Schneider, Eberhard (2005):** Das politische System der Ukraine. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Schneider-Deters, Winfried (2006):** Freie Wahl, große Qual. Pyrrhussieg in der Ukraine?, in: Osteuropa, Band 56, Nr. 5, S. 59-75.
- Schumpeter, Joseph (1947):** Capitalism, Socialism and Democracy, New York.
- Segert, Dieter (2007a):** Rechtsnihilismus und Entfremdung der politischen Klasse von der Gesellschaft als Quelle politischer Turbulenzen, in: Ukraine-Analysen, Nr. 22, S. 9-10. Online: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/2007/UkraineAnalysen22.pdf> (Stand: 07.03.2008).

- Segert, Dieter (2007b):** Stabiles Parteiensystem, stabile Demokratie?, in: Ukraine-Analysen, Nr. 29, S. 4-5. Online: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/2007/UkraineAnalysen29.pdf> (Stand: 07.03.2008).
- Simon, Gerhard (2007a):** Ukrainisch – Russisch. Sprachen, Sprachgebrauch, Sprachkonflikte in der Ukraine, in: Ukraine-Analysen, Nr. 19, S. 6-11. Online: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/2007/UkraineAnalysen19.pdf> (Stand: 07.03.2008).
- Simon, Gerhard (2007b):** Kampf um die Macht oder die Demokratie in der Ukraine?, in: Ukraine-Analysen, Nr. 22, S. 11-12. Online: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/2007/UkraineAnalysen22.pdf> (Stand: 07.03.2008).
- Simon, Gerhard (2007c):** Die Demokratie siegt. Die Unsicherheit über die Zukunft bleibt, in: Ukraine-Analysen, Nr. 29, S. 5-6. Online: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/2007/UkraineAnalysen29.pdf> (Stand: 07.03.2008).
- Strasser-Gackenhaimer, Christian (2006):** Von der ‚schweren‘ Geburt bis zur ‚orangenen‘ Revolution. Zehn Jahre ukrainische Verfassung, in: Jahrbuch für Ostrecht, Band 47, Nr. 2, S. 171-185.
- Vorndran, Oliver (2000):** Die Entstehung der ukrainischen Verfassung, Berlin.
- Wachsmuth, Ralf/Drewelowsky, André (2006):** Parlamentswahl 2006 in der Ukraine. Die Wähler geben den orangenen Kräften eine letzte Chance, in: KAS-Auslandsinformationen, Jg. 22, Nr. 6, S. 28-56.
- Wachsmuth, Ralf (2007):** Ist Nascha Ukraina noch zu retten? Der schleichende Niedergang der Partei des Präsidenten, in: Pleines, Heiko (Hrsg.): Das Comeback von Viktor Janukowitsch. Die innenpolitische Entwicklung in der Ukraine 2006 (=Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Bremen, Nr. 81), S. 32-35. Online: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP81.pdf> (Stand: 07.03.2008).
- Whitmore, Sarah (2007):** Man spielt mit den Regeln und nicht nach den Regeln. Politische Ungewissheit in der Ukraine, in: Ukraine-Analysen, Nr. 19, S. 2-5. Online: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/2007/UkraineAnalysen19.pdf> (Stand: 07.03.2008).
- Wilson, Andrew (2005):** Ukraine's Orange Revolution, New Haven/London.
- Wydra, Doris (2001):** Verfassung und Rechtsstaatlichkeit der Ukraine seit der Unabhängigkeit, in: Jordan, Peter et al. (Hrsg.): Ukraine. Geographie – Ethnische Struktur - Geschichte - Sprache und Literatur - Kultur - Politik - Wirtschaft – Recht, Frankfurt am Main, S. 783-805.
- Zimmer, Kerstin (2007):** Eine Region und ihre Partei. Die Partei der Regionen als Donezker Elitenprojekt, in: Pleines, Heiko (Hrsg.): Das Comeback von Viktor Janukowitsch. Die innenpolitische Entwicklung in der Ukraine 2006 (=Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Bremen, Nr. 81), S. 7-10. Online: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP81.pdf> (Stand: 07.03.2008).

Franziska Boneberg¹

Zentralasien: Zwischen Kooperation und Konfrontation

Mit dem Zerfall der Sowjetunion erlangten 1991 die fünf zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan ihre Unabhängigkeit. Die Machthaber dieser Staaten standen der nationalen Souveränität zunächst skeptisch gegenüber, wussten sie doch, welche immensen Aufgaben diese mit sich bringen würde: die Schaffung einer nationalen Einheit sowie den wirtschaftlichen Neuanfang. In der Folgezeit mussten sie eine Staatsform finden, die den Herausforderungen der eigenen Unabhängigkeit gewachsen war, die aber auch der Festigung der Macht der Eliten dienen würde. An welchen Ländern sollten sie sich orientieren, am Osten, am Westen oder gar am sowjetischen Modell?²

Aus mannigfachen Gründen kam es bereits kurz nach der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten zu inner- und zwischenstaatlichen Konflikten. Diese resultierten einerseits aus der geographischen Lage sowie dem wachsenden Interesse der internationalen Politik am zentralasiatischen Raum und dem Rohstoffreichtum der Länder. Zum Zweiten entwickelten sich innerhalb der Staaten zahlreiche politische, wirtschaftliche und interethnische Konflikte.

Probleme und Konflikte in Zentralasien seit 1991

In den Ländern Zentralasiens charakterisierten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vorsowjetische, sowjetische und postsowjetische Strukturen Gesellschaft und Staat. Internationalen Organisationen gegenüber hatten sich die Länder zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung verpflichtet, weshalb eigene Parlamente, Verfassungen und Formen von Parteienpluralismus geschaffen wurden. Zweifellos wussten die politischen Eliten in Zentralasien ihre Macht dennoch zu sichern. Insbesondere in Usbekistan und Tadschikistan, wo die Bürger- und Menschenrechte bereits einen Teil der nationalen Verfassungen bildeten, vereinnahmten die Präsidenten ihr Amt absolut. Bis heute bestimmen „Personalismus, Klientelismus und regionaler Faktionalismus“³ die zentralasiatischen Länder.⁴ Weder die Regime noch die jeweilige Opposition setzen sich für die Bildung von Institutionen ein, Forderungen nach mehr Unabhängigkeit der Politiker werden selbst von politischen Kontrahenten nicht geäußert. Die Transformation zu Demokratien, wie sie zunächst in Aussicht gestellt wurde, konnte trotz unterschiedlicher Ansätze und Entwicklungen in keinem der zentralasiatischen Länder erreicht werden: Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pluralismus von Informationsquellen, freie und gerechte Wahlen- diese Minimalanforderungen an eine Demokratie entfalteten sich in den zentralasiatischen Ländern - wenn überhaupt- nur ansatzweise.⁵

¹ Die Autorin studiert Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Leuphan Universität Lüneburg.

² Vgl. Hayat Khan (1999): 73

³ Halbach (2006a): 14

⁴ Vgl. ebd.: 13 f.

⁵ Vgl. Halbach (2006a): 13

In der Folge der Souveränität entstanden in Zentralasien neopatrimoniale Herrschaftsstrukturen.⁶ In den stark personalisierten Ländern griffen die Machthaber „im angeblichen Dienst an der Stabilitätswahrung“⁷ vermehrt zu Repressalien gegen die eigene Bevölkerung. Bis heute reagieren die Regime auf tatsächliche oder aber vermutete Sicherheitsrisiken mit der Mobilisierung der staatlichen Sicherheitsorgane und „Gewaltstrukturen“⁸. Daraus resultiert eine zunehmende Entfremdung der jeweiligen Landesbevölkerung von ihrer Regierung, aber auch Destabilisierung. Am härtesten greift Usbekistan durch, das zu Maßnahmen greift, „die unausweichlich die Assoziation mit dem sowjetischen Zwangsapparat stützen“⁹. Dazu zählen Straflager, das Fingieren von Straftatbeständen und die Zwangseinweisung in psychiatrische Anstalten. Obwohl in den zentralasiatischen Ländern Staat und Religion getrennt sind, kam es nach dem Erreichen der nationalen Souveränität aus verschiedenen Gründen zu einer verstärkten Hinwendung zum Islam. Von islamistischen Massenbewegungen kann zwar keine Rede sein, gleichwohl gilt, dass das Konfliktpotenzial zwischen den Staatenkernen und den geistlichen Führern wächst. Die Religion wird zunehmend politisiert: So verstecken sich nicht selten unter dem Deckmantel der „islamischen Wiedergeburt“¹⁰ politische oder sogar militant-islamistische Gruppen. Die politischen Regime dagegen benutzen den Islam als „historisch-kulturelle Ressource für Nationalbewusstsein“¹¹.

In den Jahren vor dem Zerfall der Sowjetunion wurden in Moskau 165 innersowjetische Territorialdispute gezählt. Davon lagen mehr als dreißig allein in Zentralasien. Erstaunen mag deshalb, dass der kaspische Raum nach der Auflösung nicht zu den Regionen zählte, in denen sich nach 1991 die Konflikte um die postsowjetische Grenzziehung verschärften.¹² Dennoch verursachte auch in Zentralasien die Tatsache Probleme, dass sowjetische Verwaltungsgrenzen zu Staatsgrenzen wurden: Die von den sowjetischen Machthabern im Laufe der Zeit oftmals geänderten Grenzverläufe¹³ in Zentralasien führen heute dazu, dass sich nationalistische Bewegungen in ihren Territorialansprüchen bei den Nachbarländern auf unterschiedliche Grenzdokumente beziehen. Teilweise schalten sich ganze Staaten in diesen Revisionismus ein, so geschehen in Usbekistan, das ohne Beachtung der Nachbarstaaten und regionaler Kooperation seit 1999 seine Grenzen zu Tadschikistan und Kirgistan vermint hat.¹⁴ Zentralasien befindet sich in einem Dilemma zwischen Grenzsicherheit und -offenheit: Einerseits demonstrieren häufige Konflikte zwischen Staatsgewalt und islamistischen Oppositionsgruppen sowie ein verworrener Grenzverlauf zwischen drei Ländern die Notwendigkeit einer effektiven Grenzsicherung und die Ergreifung besonderer

⁶ Vgl. Halbach: 210, in: Fragner/ Kappeler (2006b)

Heinemann-Grüder und Haberstock bezeichnen die Regime in Zentralasien als sultanistisch, wobei der Sultanismus eine Extremform des Patrimonialismus darstellt. In einem sultanistischen System präsentieren der Herrscher und seine Verwandten/ Verbündeten weniger korporative Interessen, sondern vorrangig sich selbst. Sie besitzen das Machtmonopol, der Staatsapparat verfügt über keine Autonomie. Vgl. Heinemann-Grüder/ Haberstock, in: Osteuropa (2007): 124 f.

⁷ Halbach (2006a): 13

⁸ Vgl. Halbach (2001): 23

⁹ Ebd.

¹⁰ Halbach (2006a): 9

¹¹ Halbach (2001): 26

¹² Vgl. Halbach (2006a): 7

¹³ Gemeint ist hier die Zeit zwischen 1924 und 1936.

¹⁴ Vgl. Halbach (2006a): 7

Sicherheitsmaßnahmen. Zusätzlich soll dem Transit illegal bewaffneter Banden und dem Drogenhandel aus Afghanistan Einhalt geboten werden.¹⁵ Andererseits braucht der zentralasiatische Raum für eine erfolgreiche Weiterentwicklung „regionale Integration, Rehabilitation von und friedliche Interaktion in grenzübergreifenden Verkehrsräumen“¹⁶. Insbesondere im Ferganatal, das historisch, kulturell, wirtschaftlich, ökologisch und geographisch eine Einheit bildet, wird die wichtige Bedeutung offener Grenzen und einer landesübergreifenden Kommunikation offensichtlich; Die Menschen sind den freien Transit aus Sowjetzeiten gewöhnt. In den letzten Jahren wurden die auch in den ersten Jahren der Unabhängigkeit weiter existierenden offenen Grenzen von den Machteliten jedoch als Sicherheitsrisiko betrachtet, weshalb sie die Einführung neuer und strikterer Visaregelungen und schärfere Grenzkontrollen verfügten.¹⁷

Auch wirtschaftlich sahen sich die zentralasiatischen Länder mit großen Problemen konfrontiert: So litten die sich im Aufbau befindenden zentralasiatischen Nationalökonomien in den ersten Jahren der Unabhängigkeit unter schrumpfender Wirtschaftsleistung, steigenden Inflationsraten, Einkommenseinbußen und dem Wegfall vormaliger Handelspartner.¹⁸ In Erwartung dieser Entwicklung hatten die zentralasiatischen Machteliten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion deshalb weniger optimistisch in die Zukunft geblickt als beispielsweise die baltischen oder andere mittel-osteuropäische Staaten: Aufgrund der vormaligen starken Abhängigkeit war es für keine der Volkswirtschaften der ehemaligen Sowjetunion ein leichter Start in die Souveränität, aber insbesondere für Zentralasien war die Loslösung mit großen Schwierigkeiten verbunden: Sie bedeutete, dass von nun an keine Subventionen mehr aus Moskau fließen würden, auf denen die Wirtschaft der zentralasiatischen Länder jedoch aufbaute.¹⁹ Aufgrund der in der Sowjetzeit existierenden kolonialen Strukturen standen die Staaten 1991 vor der Aufgabe, ihre unterentwickelte Wirtschaft auf ein höheres Niveau zu bringen. Die Ökonomien, die sich bisher stark auf den Baumwollanbau konzentriert hatten und deshalb insbesondere von Getreideimporten abhängig waren, mussten diversifiziert werden.²⁰

Konfliktmanagement in Zentralasien: Regionale Kooperation und Integration?

Die Schwere der Probleme und Konflikte sowie deren Verbreitung im zentralasiatischen Raum legen ein gemeinsames Konfliktmanagement der Staaten nahe. Doch bis heute ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den zentralasiatischen Staaten Seltenheit. Erläutert werden soll deshalb, welche Faktoren die regionale Kooperation und Integration der zentralasiatischen Staaten untereinander nach der Unabhängigkeit behinderten. Warum gelang es nicht, den historischen Wendepunkt von 1991 zur Gründung einer gemeinsamen Föderation zu nutzen? Warum kommt auch heute der regionale Kooperationsprozess nur schleppend voran? Schon 1990 war die Schaffung eines gemeinschaftlichen Wirtschaftsraumes erörtert worden, so dass die Voraussetzungen für eine künftige enge Zusammenarbeit gegeben waren. Dafür gab es auch 1991 Ansätze, da

¹⁵ Vgl. ebd.: 7 f.

¹⁶ Halbach (2001): 31

¹⁷ Vgl. ebd.: 31 f.

¹⁸ Vgl. Stein (2004): 170

¹⁹ Vgl. Halbach (2006a): 4

²⁰ Vgl. Stein (2004): 169

sich die Führer der Länder ihrer historischen und kulturellen Nähe bewusst waren und aufgrund der gemeinsamen Sowjetvergangenheit bereits enge Verknüpfungen zwischen den Staaten bestanden. Allerdings führte die bald folgende Erlangung der Souveränität dazu, dass die staatlichen Führungen vorrangig mit der Festigung der nationalen Unabhängigkeit und der Schaffung einer eigenen Identität beschäftigt waren. Während die fünf Länder „rhetorisch und auf dem Papier“²¹ die regionale Kooperation und Integration weiterhin proklamierten, fehlt es bis heute am politischen Willen einen gemeinsamen Kurs in Zentralasien zu verfolgen. Trotz öffentlicher Bekundungen, Deklarationen und Abkommen bestimmt vorrangig Misstrauen das Verhältnis untereinander, sobald es zur Zusammenarbeit und Umsetzung kommen soll.²²

Voraussetzungen für eine enge Kooperation bestehen in den zentralasiatischen Staaten: So kann die Region auf eine Tradition der engen Kooperation zurückschauen, kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Staaten fanden nicht statt. Ungezählte Zusammenschlüsse und Verträge weisen auch heute noch auf die gemeinsame Verfolgung von Zielen hin. Trotz der zahlreichen ethnischen Gruppierungen sind die zentralasiatischen Gesellschaften untereinander den engen Austausch und gemeinsame Kooperation über die Grenzen hinweg gewöhnt. Die Tatsache, dass es in diesen Ländern keinen chauvinistischen und militärischen Nationalismus gab, unterstützt zusätzlich eine regionale Zusammenarbeit.²³ Für den Kooperations- und Integrationsprozess entscheidend ist außerdem, dass nach dem Zerfall der Sowjetunion in allen ehemaligen Teilrepubliken Russisch als Verkehrssprache neben den nationalen Sprachen erhalten blieb.²⁴

Der europäische Integrationsprozess hat aufgezeigt, dass regionale und überregionale (nationale) Identitäten und Strukturen sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern im Gegenteil zu größerer politischer Akzeptanz führen. Zusätzlich bringen nationale und supranationale Strukturen ökonomische, politische und friedenssichernde Vorteile mit sich. Voraussetzung dafür ist allerdings die Existenz eines verlässlichen und nachhaltigen politischen Willens hierzu.²⁵ Zahlreiche Zentralasien-Experten stimmen jedoch überein, dass der Hauptgrund für die mangelnde zentralasiatische Kooperation der fehlende politische Wille ist.²⁶

Die zentralasiatischen Präsidenten bekunden zwar häufig die Priorität der gemeinsamen Zusammenarbeit, aber nur selten folgen den Worten Taten. „Es gab zwar Versuche multilateraler Zusammenarbeit und regionaler Integration, aber die von ihnen produzierten Institutionen wie die Zentralasiatische Wirtschaftsunion von 1994 brachten ähnlich wie die GUS vor allem Dokumente hervor.“²⁷ In der Tradition verankerte Rivalitäten wie die zwischen Kasachen und Usbeken, wirtschaftliches Konkurrenzdenken wie im Falle des Rohstoffexportes und paternalistische Machthaber in den einzelnen Ländern erschweren eine effektive Zusammenarbeit.²⁸ Dennoch

²¹ Vgl. List (2004): 72 f.

²² Vgl. ebd.: 125

²³ Vgl. Seidelmann, in: Seidelmann und Giese (2004): 8

²⁴ Vgl. List (2004): 122

²⁵ Vgl. Seidelmann, in: Seidelmann und Giese (2004): 7 f.

²⁶ Vgl. List (2004): 125

²⁷ Halbach (2001): 29

²⁸ Vgl. ebd.: 29.

existieren in der Region ökologische und regionale Herausforderungen, die dringender Kooperation und Integration bedürfen.²⁹

In allen Ländern der ehemaligen Sowjetunion entstanden nach dem Zerfall nationale Volksfronten und informelle Bewegungen. In Zentralasien hatte diese Entwicklung bereits nach dem Ende der Stalin-Ära begonnen. Sie verstärkte sich noch als aus sowjetischen Verwaltungsgrenzen nationale Grenzen wurden.³⁰ Nach Erlangung der staatlichen Souveränität wurde in den einzelnen Ländern damit begonnen, die eigene nationale Geschichte abzugrenzen und eigenständig zu deuten. Regionen, die erst in der Sowjetunion dem nationalen Verwaltungsgebiet zugeteilt worden waren, wurden plötzlich „nationalstaatlich okkupiert“³¹. Bei dem Versuch eine eigene Nation zu bilden, also eine „Ethnisierung der Eigenstaatlichkeit“³² zu erreichen, gerieten die Länder allerdings bald aneinander: Insbesondere die nationalstaatliche Okkupation der Vergangenheit sowie die Vereinnahmung zentralasiatischer ethnischer Kultursymbole stellten Gegenstände der Konfrontation dar.³³

Ein weiteres Problem besteht darin, dass die in den Bündnissen und Interessengemeinschaften beschlossenen Maßnahmen allein auf regionale Akteure gestützt sind und deshalb als unzureichend eingestuft werden müssen.³⁴ Zusätzlich ist das Verhältnis durch politisches, kulturelles und wirtschaftliches Konkurrenzverhalten und Argwohn gezeichnet. So verschärften die Länder, allen voran Usbekistan, ihre Grenzregime. Auf diese Weise schufen sie u.a. zusätzliche Handelsbarrieren statt gemeinsame Geschäfte zu treiben, was die logische Konsequenz der unterschiedlichen Rohstoffvorkommen in den Ländern wäre.³⁵ Ein weiteres die Kooperation behinderndes Problem ist die Tatsache, dass sich die Staaten misstrauisch gegenüber stehen und in den jeweiligen Ländern Gefahren für die eigene nationale Sicherheit sehen.³⁶ Ein Beispiel hierfür sind die nationalen ethnischen und religiösen Minderheiten. Diese wurden in der post-sowjetischen Zeit systematisch von den jeweiligen Regimen unterdrückt, was zu zwischenstaatlichen Konflikten führte.³⁷

Aufgrund der gemeinsamen Geschichte, Wirtschaft, Geographie, Infrastruktur und Ökologie sind die zentralasiatischen Länder wie kaum eine andere Region auf gegenseitige Kooperation angewiesen. Insbesondere die Probleme der Wasser- und Bodennutzung der von Bewässerung stark abhängigen Region erfordern nach dem Ausfall der sowjetischen zentralen Regelungsmechanismen eine verstärkte Zusammenarbeit. Die Wasserfrage bleibt jedoch weiterhin ungelöst, was eine Belastung für den gesamten zentralasiatischen Raum darstellt. Wenn es um das zentralasiatische Wassermanagement geht, muss die Leistung der Staaten betont werden, zwischenstaatliche Konflikte um die Ressource vermieden zu haben. Dennoch wurde

²⁹ Vgl. ebd.

Erinnert sei an dieser Stelle an das Problem der Minderheiten im Fergana-Tal, die ökologische Krise in der Umgebung des Aralsees oder die überlebenswichtige regionale Wasserbewirtschaftung. All diese Fragen sind nur in Kooperation lösbar.

³⁰ Vgl. Halbach (2006a): 8

³¹ Halbach (2001): 28

³² Halbach (2006a): 8

³³ Vgl. ebd.

³⁴ Vgl. Halbach (2001): 9

³⁵ Vgl. List (2004): 123

³⁶ Vgl. Halbach (2000): 4

³⁷ Vgl. Halbach (2001): 38

auch in diesem Bereich die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens egoistischem und unilateralem Verhalten untergeordnet. „Die Verträge und Abkommen der zentralasiatischen Staaten scheiterten, da für alle fünf Vertragspartner der kurzfristige, unilaterale Profit und Nutzen im Vordergrund stand, und die Mechanismen zur Umsetzung und Kontrolle der Übereinkünfte zu schwach waren.“³⁸ Die Wasserrechte zwischen den Staaten bleiben folglich ungeklärt und führen zu Konflikten: Zwischen Usbekistan und Kirgistan werden die Ressourcen und Rohstoffe inzwischen als Drohmittel in Grenzstreitigkeiten benutzt: Kirgistan, das an den Wasserquellen sitzt, droht mit einem Lieferstopp gegenüber Usbekistan, letzteres mit einem Rohstoffembargo gegenüber Kirgistan.³⁹

Die Sowjetunion hinterließ auf dem Territorium der fünf zentralasiatischen Staaten gravierende ökologische Probleme und Umweltschäden. So wurden beispielsweise die südlichen Gebiete durch einseitigen Baumwollanbau ausgebeutet, die kasachische Steppenregion als Testgelände für atomare und biologische Waffen missbraucht.⁴⁰ Vom sowjetischen Erbe besonders schwer betroffen ist bis dato der Aralsee: Als ursprünglich viertgrößtes Binnengewässer der Erde schwand er seit den sechziger Jahren auf ein Zehntel der einstigen Wassermenge und ein Viertel seiner Oberfläche. Während sich das verbliebene Seegebiet inzwischen in einen nördlichen und einen südlichen Abschnitt teilt, verwandelte sich das Seebett in eine Wüste, die toxische Salzmengen aufwirbelt und an die Umwelt abgibt.⁴¹ 1993 schlossen die fünf Stans das „Aral-Abkommen“, in dem sie sich zur Zusammenarbeit mit dem Ziel verpflichteten, eine nachhaltige und umweltfreundliche Nutzung des Sees zu praktizieren. Außerdem gründeten sie den „Internationalen Fonds zur Rettung des Aral-Sees“, der die Umsetzung der Ziele und Programme ermöglichen sollte.⁴² Allerdings kamen die Länder ihren Beitragszahlungen, die ein Prozent des Staatshaushaltes betragen sollten, nicht nach, weshalb der Anteil bald darauf gesenkt wurde. Insgesamt sieht es so aus, als seien die Abkommen und Institutionen zur Regelung der Wasserfrage eher zur Beruhigung internationaler Geber als aus Eigeninteresse entstanden.⁴³

Auch auf dem Gebiet der Grenzsicherung wäre eine enge Kooperation der zentralasiatischen Staaten erforderlich. Insbesondere der Afghanistankonflikt führt zu diversen Gefahren in den zentralasiatischen Nachbarländern: So versuchen zahlreiche Flüchtlinge in den Anrainerstaaten Unterschlupf zu finden. Zudem sollen islamistische Gruppierungen wie die IBU⁴⁴ ihre Ausbildungen in Terrorcamps bei den afghanischen Taliban erhalten. Schließlich fungieren Tadschikistan und Kirgistan als Hauptumschlagplätze für afghanisches Opium. Die Grenzsicherung und Unterbindung des Schmuggels über eigenes Staatsgebiet ist jedoch für ein Land wie Kirgistan ohne internationale Hilfe eine unlösbare Aufgabe. Hinzu kommt, dass aufgrund der sozioökonomischen Situation in Kirgistan und Tadschikistan die Bevölkerung der südlichen Grenzregionen notgedrungen selbst in den Drogenhandel verwickelt ist.⁴⁵

³⁸ List (2004): 206

³⁹ Vgl. Halbach (2001): 39

⁴⁰ Vgl. Halbach (2006a): 9

⁴¹ Vgl. ebd.: 10f.

⁴² Vgl. ebd.: 10

⁴³ Vgl. List (2004): 202 ff.

⁴⁴ Bisher konnten nur dieser Gruppierung Verbindungen nach Afghanistan nachgewiesen werden.

⁴⁵ Vgl. Schmidt (2003): 2

Keines der Länder kann die genannten Probleme alleine bewältigen, vielmehr müssen die nationalen Streitkräfte kooperieren. Aber wiederum verhindern Argwohn und Misstrauen der Länder untereinander eine Lösung.

Das Gefüge an regionalen Organisationen und zwischenstaatlichen Kooperationen in Zentralasien ist wenig eindeutig und verwirrend. Ein ständiger Wechsel des Formats, Namens, Status ist bezeichnend für Bündnisse in dieser Region.⁴⁶ Die Anwesenheit internationaler Akteure, insbesondere der USA, Russlands und Chinas, behindert die Zusammenarbeit der zentralasiatischen Staaten zusätzlich. Oberflächlich eint alle Staaten die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und die Stabilisierung der Region. Da die drei externen Länder aber auch nationale Interessen verfolgen, erscheint die Region „als „Spielfeld“ der großen Mächte.“⁴⁷ In den vergangenen Jahren nutzte Moskau verstärkt die Unsicherheit der regionalen zentralasiatischen Mächteliten, um sich als „politische Anlehnungsmacht“⁴⁸ anzubieten. Die zentralasiatischen Staaten wissen, dass sie Unterstützung für ihre Politik eher in Russland und China als in den USA finden. Das lässt sie die Zusammenarbeit mit den beiden großen Nachbarn Russland und China suchen, weshalb die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) vermehrt an Bedeutung gewinnt.

Als weiteres Beispiel dient die 2001 geschaffene gemeinsame schnelle regionale Eingreiftruppe im Kampf gegen den Terrorismus, mit der Armenien, Russland, Weißrussland, Kirgistan, Kasachstan und Tadschikistan ihre Zusammenarbeit zu festigen wünschten. Insgesamt darf der Erfolg der Eingreiftruppe angezweifelt werden: Die Ausstattung der zentralasiatischen Armeen mit Kapital und Personal ist notdürftig. Daher kann davon ausgegangen werden, dass die geplante kollektive Eingreiftruppe mit einem alleinigen Engagement Russlands enden wird.⁴⁹

Die Führungseliten in Zentralasien versuchen ihre neuerdings wichtige geostrategische Lage zu nutzen, um mit einzelnen oder allen Seiten und Partnern zu koalieren. Allerdings verfolgen sie dabei unterschiedliche Strategien. Dadurch sind sie einer unterschiedlichen Intensität gegensätzlicher internationaler Einflüsse ausgesetzt. Auch aufgrund dieser Tatsache entfernen sich die Staaten politisch voneinander: Die Vorteile einer gemeinsamen Kooperation stehen hinter den Verlockungen einer Zusammenarbeit insbesondere mit Amerika zurück, denn letzteres bietet militärischen Schutz, Stabilität und vor allem finanzielle Unterstützung.⁵⁰

Schlussbetrachtung

Nach dem Zerfall der Sowjetunion standen die zentralasiatischen Staaten vor der Herausforderung sich wirtschaftlich und politisch neu zu organisieren. Es galt eine nationale Identität, staatliche Integrität und innere Souveränität zu entwickeln und zu festigen, bildet doch der Nationalstaat die Voraussetzung für eine erfolgreiche Demokratisierung.⁵¹ Sicherlich ist dieser Prozess mit diversen Schwierigkeiten verbunden. Dennoch verdeutlicht die vorliegende Arbeit, dass insgesamt strittig bleibt,

⁴⁶ Vgl. Halbach (2006a): 11 f.

⁴⁷ List (2004): 115

⁴⁸ Halbach (2006a): 3

⁴⁹ Vgl. Halbach (2001): 12

⁵⁰ Vgl. List (2004): 115 f.

⁵¹ Vgl. ebd.: 42

inwieweit bei den zentralasiatischen Machthabern eine echte Transformationsabsicht überhaupt vorlag, oder ob nicht „allein Auflagen, die an Kreditzusagen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds geknüpft sind, zu verbalen Zugeständnissen“⁵² zwangen.

Obwohl der gemeinsame Kampf gegen Sicherheitsrisiken immer wieder betont wird, lässt die regionale Zusammenarbeit der zentralasiatischen Staaten in wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Angelegenheiten sowie bei der Infrastruktur zu wünschen übrig. Usbekistan mit der größten Bevölkerung, Militärmacht und den intensivsten Beziehungen zu den USA müsste seine Stellung nutzen, um die regionale Kooperation und Integration voran zu treiben. Aber es fehlen diesem Land eine eindeutige außenpolitische Strategie sowie die Vision einer gemeinsamen Zusammenarbeit. Vielmehr behinderte es in der Vergangenheit vermehrt Kooperationsversuche.⁵³ Aber auch für die Machteliten der anderen zentralasiatischen Staaten steht eine intensive Zusammenarbeit hinter eigenen Interessen, Vorurteilen und Misstrauen zurück. „Der potentielle Nutzen, der allen Akteuren gleichermaßen zugute kommen würde, wird eher als Bedrohung der eigenen nationalen Interessen, und als unrechtmäßige Bevorteilung des Nachbarn wahrgenommen.“⁵⁴ Zusätzlich wird in einer zu engen Kooperation eine Bedrohung für die eigene Vormachtstellung gesehen.

Auch wenn das in der Arbeit gezeichnete Bild Zentralasiens eher negativ ausfällt, verfügt die Region über großes Potential, das sich jedoch in der Zukunft weiter entwickeln und vor allem finanziert werden muss. Dabei sind ernst zu nehmende Reformen die Voraussetzung für dringend benötigte Investitionen aus dem Ausland.⁵⁵ Halbach ist der Auffassung, dass die Geopolitik die eigentlichen Problemfelder der Region verdeckt. Er hat zweifellos Recht, wenn er konstatiert, dass eine verbesserte endogene Entwicklung - also das Lernen des Umgangs der Regierenden mit Verantwortung - weit wichtiger wäre.⁵⁶ Schmidt (2003) erklärt, dass es zur Stabilisierung der Region zwar der Hilfe von außen bedarf, die Länder sich dennoch auch und zuerst im inneren neu ordnen müssen.⁵⁷ Im Ganzen bleibt festzuhalten, dass trotz diverser Schwierigkeiten und Probleme die Lage nicht aussichtslos ist. Im Rahmen dieses Aufsatzes konnte gezeigt werden, dass die Voraussetzungen für eine enge Kooperation zwischen den zentralasiatischen Staaten gegeben sind. Allerdings bedarf es dazu des Willens der Machthaber.

Literaturverzeichnis

Fragner, Bert/ Kappeler, Andreas (Hrsg.) (2006): Zentralasien. 13. bis 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft. Edition Weltregionen, Wien, S. 205- 220.

Halbach, Uwe (2006a): „Neue Seidenstraße“ und „New Great Game“- Zentralasien nach dem Zerfall der Sowjetunion. Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin.

⁵² Stadelbauer (1996): 570

⁵³ Vgl. List (2004): 125

⁵⁴ Ebd.: 124

⁵⁵ Vgl. Hayat Khan (1999): 82

⁵⁶ Vgl. Halbach (2006a): 3

⁵⁷ Vgl. Schmidt (2003): 6

- Halbach, Uwe*: Zentralasien nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. In: *Fragner, Bert/ Kappeler, Andreas* (Hrsg.) (2006b): Zentralasien. 13. bis 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft. Edition Weltregionen, Wien, S. 205- 220.
- Halbach, Uwe* (2001): Zentralasien in der Krise. Problematische Reaktionen auf regionale Sicherheitskrisen. Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 35, Berlin.
- Halbach, Uwe* (2000): Sicherheit in Zentralasien. Teil I: Sicherheitsstrukturen und – politik auf nationaler und regionaler Ebene. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 24-2000, Köln.
- Hayat Khan, Azmat*: Gegenwärtige sozio-politische und wirtschaftliche Trends in Zentralasien, S. 73- 91. In: *Lange, Klaus* (Hrsg.) (1999): Sicherheit in Zentral- und Südasiens. Determinanten eines Krisenherdes. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 9, Hanns Seidel Stiftung.
- Heinemann-Grüder, Andreas/ Haberstock, Holger*: Sultan, Klan und Patronage. Regimedilemmata in Zentralasien. In: *Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens: Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen. Vol. 8-9, August- September 2007, S. 121-138.*
- List, Dörte* (2004): Regionale Kooperation in Zentralasien- Hindernisse und Möglichkeiten. Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades, Justus-Liebig-Universität Giessen.
- Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens: Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen. Vol. 8-9, August- September 2007.*
- Schmidt, Jürgen*: Security challenges in the Caucasus and Central Asia- A German and European perspective. Vortrag auf der deutsch-amerikanischen Konferenz „Conflicts in the Greater Middle East and the Transatlantic relationship, Jena Febr. 2003.
- Schmitz, Andrea* (2003): Elitenwandel und politische Dynamik in Kasachstan. Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie S 39, Berlin.
- Seidelmann, Reimund*: Regional Peace, Security and Conflict management: The European Experience. In: *Seidelmann, Reimund/ Giese Ernst* (Hrsg.) (2004): Cooperation and Conflict Management in Central Asia. Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main, S. 1-10.
- Seidelmann, Reimund/ Giese, Ernst* (Hrsg.) (2004): Cooperation and Conflict Management in Central Asia. Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main.
- Stadelbauer, Jörg* (1996): Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Großraum zwischen Dauer und Wandel. Wissenschaftliche Länderkunden Band 41, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt.
- Stein, Claudia* (2004): Raumstrukturelle Wirkungen von Transformation. Mittelasien und das Fergana-Tal. Europäischer Verlag der Wissenschaften Peter Lang, Frankfurt am Main.

O-Ton

Interview mit dem Institutsratsleiter des GESW, Dr. Zbigniew Wilkiewicz **Das Gesamteuropäische Studienwerk e. V. (Vlotho) und seine Bedeutung für deutsch-polnische Jugendprojekte**

Das Interview wurde im Kontext der Diplomarbeit von Petra Neu im Jahre 2007 durchgeführt

Petra Neu (P.N.): Wann und warum wurde das GESW gegründet?

Zbigniew Wilkiewicz (Z.W.) Das Institut wurde 1954 gegründet. Der Name *GESW* geht darauf zurück, dass man die Teilung Europas bzw. die Teilung Deutschlands zu überwinden suchte. Die deutsch-deutsche Problematik und die Auseinandersetzung mit der DDR war von den 1950er bis 1980er Jahren ein starkes Standbein des Instituts.

Gleichzeitig war aber auch klar, dass Europa nicht an der Elbe endet, sondern sämtliche ostmitteleuropäischen Staaten auch zu Europa dazu gehören. Politisches Ziel war die Überwindung der Trennung und der Teilung.

Von daher war das Institut darauf ausgelegt, das westliche Modell von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft zu vertreten. Demokratie und Partizipation sollten vermittelt und gelebt werden. Gefördert wurde und wird das Institut vom Bundesjugendministerium.

Politische Bildung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD besonders groß geschrieben und auch stark bezuschusst. Das ist heute anders, die politische Bildung ist in einer schwierigen Situation. Damals aber war das kein Problem, weil es um die Überwindung der deutschen Teilung ging. Da war man von Seiten des Bundes und der Länder sehr stark daran interessiert entsprechende Programme aufzulegen.

P.N.: Wann und warum sind Sie eigentlich zum GESW nach Vlotho gekommen?

Z.W.: Ich habe in *Mainz* Osteuropäische Geschichte, Slawistik und Philosophie studiert und nach dem Magister in Geschichte in Slawistik promoviert. Während und nach dem Studium war ich aufgrund meiner Sprachkenntnisse beim *Internationalen Bund* in *Frankfurt am Main* zuerst ganz praktisch und dann konzeptionell mit Fragen der Integration von Aussiedler/innen aus Polen und der UdSSR beschäftigt. 1993 habe ich mich dann auf die Dozentenstelle des GESW mit dem Schwerpunkt für Ostmittel- und Osteuropa, wo entsprechende pädagogische und historische Qualifikationen sowie Sprachkenntnisse (Polnisch, Russisch) erwünscht waren, beworben.

P.N.: Sie sind also als Dozent für politische Bildung eingestellt worden. Ihr Aufgabenbereich hat sich aber offensichtlich erweitert. Welche Aufgaben haben Sie denn heute ?

Z.W.: Ich arbeite seit vierzehn Jahren als Dozent, bin seit neun Jahren Institutsratsleiter des GESW und seit vierzehn Redakteur unserer Zeitschrift „aktuelle ostinformationen“. Seit sich unser Institut im Zertifizierungsprozess befindet, habe ich auch die Aufgabe des Qualitätsbeauftragten übernommen.

P.N.: Wie war das nach der deutschen Einheit und dem Zusammenbruch des Ostblocks? Da musste das GESW seine Arbeit wohl grundlegend umstellen?

Z.W.: Richtig, das ist Anfang der 1990 Jahre im Prinzip vom Ministerium eingefordert worden. Wir mussten uns inhaltlich neu aufstellen, nicht mehr die *Deutsche Frage* stand im Vordergrund, sondern der *Einigungsprozess Europas* und die Zukunft der EU. Damit haben wir uns dann vor allen Dingen beschäftigt, also mit der Frage der EU-Osterweiterung und in diesem Kontext natürlich auch mit dem deutsch-polnischen Verhältnis. Das war und ist weiterhin unser zentrales Thema, ebenso wie die politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse in den ostmitteleuropäischen Ländern.

P.N.: Welche Rolle übernimmt das Institut heute für die deutsch-polnische Verständigung? In welchem Umfang findet da Austausch statt?

Z.W.: Dieses Thema taucht immer wieder in Seminaren im Zusammenhang mit der Transformation der polnischen Gesellschaft auf. In erster Linie in Form von Begegnungsseminaren zwischen jungen Menschen. Da kooperieren wir mit Schulen und andern Partnern und organisieren deutsch-polnische Begegnungen, bei denen dann in der Regel die europäische Thematik im Vordergrund steht.

P.N. Warum interessieren sich deutsche und polnische Jugendliche überhaupt für das jeweilige Nachbarland?

Z.W.: Das Interesse kam ursprünglich vielleicht nicht ganz so stark von den Jugendlichen selbst. Innerhalb der Schulen hat es allerdings zu Beginn der 1970er in der Bundesrepublik einen regelrechten Aufbruch gegeben. Es wurde auch eine ganze Reihe *Deutsch-Polnischer Gesellschaften* in unterschiedlichen Städten gegründet. Und gleichzeitig gab es an vielen Schulen die Überlegung, *Schulpartnerschaften* zu initiieren. Nach der Wende, als es enorme Reiseerleichterungen gab, hat sich das Ganze noch verstärkt. Die Initiative kam zu Beginn also eher von institutioneller Seite, nicht so stark von denjenigen, die den Austausch dann aktiv als Schülerinnen und Schüler betrieben.

P.N.: Hat sich diese Austauscharbeit im Laufe der Jahre weiterentwickelt?

Z.W.: Es wurde immer häufiger überlegt, den traditionellen Austausch, bei dem man die Partnerschule und den Unterricht besucht, die Stadt kennen lernt usw., inhaltlich zu bereichern. Und deshalb wurde stärker auf Projektarbeit abgehoben. Das war auch die Zeit, in der wir als Träger der außerschulischen Bildung dieses Konzept mit entwickelten und ausbauten. Wir sagten uns, dass es bei diesen Begegnungsseminaren erstens wichtig sei, die Begegnungen in ein Projekt einzubinden, um die Beteiligten auch inhaltlich stärker zu motivieren, zweitens bestimmte Produkte erstellen zu lassen, um Nachhaltigkeit zu fördern und drittens das Ganze so zu gestalten, dass es die Jugendlichen anspricht und ihnen auch Spaß macht. Es methodisch so aufzubauen, dass die Jugendlichen sich entsprechend intensiv einbringen können, wo sie letztlich Themen selbst entwickeln und in gemischten Workshops arbeiten können. Und das ist nicht ganz leicht. Denn immer, wenn man mit Gruppen aus zwei oder mehr Ländern arbeitet, taucht das Sprachproblem auf. Da hat man Berührungsängste, vor allen Dingen ist es auch schwierig, sich in einer Drittsprache präzise auszudrücken. Deshalb haben wir damals ein Konzept entwickelt, bei dem die Begegnungsseminare zweisprachig durchgeführt

werden. Auf Deutsch und auf Polnisch, um sicher zu stellen, dass die Informationen und Redebeiträge mittels Sprachmittlung auch von allen verstanden werden. Das gleiche Prinzip gilt für die gemischt besetzten deutsch-polnischen Workshops.

P.N.: Es geht Ihnen also um eine Intensivierung des gemeinsamen Arbeitens und die Stärkung der gegenseitigen kulturellen Wertschätzung?

Z.W.: Unbedingt!

P.N.: Wie werden die Jugendlichen denn auf die Begegnungen vorbereitet?

Z.W.: Das geschieht schon zuvor in der Schule und wird unsererseits inhaltlich im Rahmen der Vorbereitungen mit den beteiligten Partnern geplant und vereinbart. Wir stellen uns dabei grundsätzlich auf die thematischen Wünsche unserer Partner ein und bereiten die Seminare entsprechend vor. Zum Standardrepertoire vor Ort gehören Ice-breaking-activities, weil die Jugendlichen sich in der Regel nicht kennen. Dadurch kommt man sich dann ein wenig näher. Und danach wird inhaltlich gearbeitet.

P.N.: Gibt es da Unterschiede, wie deutsche und polnische Jugendliche auf so einen Austausch vorbereitet sind?

Z.W.: Es gibt bestimmte Unterschiede. Wenn es etwa um die Informationsstände geht, dann herrscht diesbezüglich eine starke Asymmetrie. Die polnischen Jugendlichen wissen über Deutschland weit mehr als die deutschen Jugendlichen über Polen. Polen spielt im Bewusstsein deutscher Jugendlicher eher eine untergeordnete Rolle, während die Bundesrepublik im Bewusstsein polnischer Jugendliche sehr präsent ist, auch auf Grund der Tatsache, dass Deutsch an polnischen Schulen unterrichtet wird, während in Deutschland eine ganz andere Situation vorherrscht. Da gibt es ja nur ganz wenige Schulen, die Polnisch unterrichten und es zum Beispiel im deutsch-polnischen Grenzgebiet als dritte Fremdsprache fakultativ anbieten.

Das bedeutet auch, dass das, was beim traditionellen Schulaustausch eine große Rolle spielt, nämlich das Land und vor allem auch die Sprache kennen zu lernen, im deutsch-polnischen Kontext nicht in dem Maße vorhanden bzw. nur einseitig gegeben ist. Das ist im deutsch-englischen oder deutsch-französischen Kontext ganz anders, weil bei Lehrenden und Lernenden ein klares Verwertungsinteresse besteht, da man durch den Austausch sein Deutsch, Englisch oder Französisch verbessern kann.

P.N.: Heißt das, dass das Interesse an einem Austausch auf polnischer Seite viel größer ist?

Z.W.: Auf jeden Fall. Das sehen Sie auch daran, dass es viel mehr polnische Schulen gibt, die deutsche Partner suchen, als umgekehrt deutsche Schulen, die polnische Partner suchen. Es gibt da immer einen deutlichen Überhang an polnischen Schulen.

P.N.: Noch mal kurz zurück zur konkreten Arbeit bei den Begegnungsseminaren. Werden da auch Vorurteile formuliert?

Z.W.: Das ist eine komplizierte Angelegenheit, weil Vorurteile in der Regel nicht offen ausgesprochen werden. Es gibt da auch auseinander gehende Ansichten darüber, wie man damit umgehen soll. Die einen sagen, man sollte diese Thematik explizit bearbeiten, die anderen meinen, die Thematik ist implizit sowieso gegeben. Deswegen

mache es wenig Sinn darauf einzugehen, weil innerhalb eines Seminars sich implizite Sachverhalte verstärken könnten. Letztere meinen auch, dass es im Prinzip nur ganz wenig Unterschiede zwischen den Jugendlichen gebe. Das beginnt bei der Kleidung, bei der man feststellt, dass da kaum noch Unterschiede sind. Allerdings besteht auch weiterhin eine materielle Asymmetrie im deutsch-polnischen Verhältnis, das ist ganz eindeutig.

Auch ist es sicherlich so, dass an diesen Austauschmaßnahmen polnische Jugendliche teilnehmen, die sich das eher leisten können. Es gilt ja auch Eigenbeiträge zu entrichten, denn so eine Woche muss finanziert werden. Diese Eigenbeiträge sind für deutsche Verhältnisse zwar nicht so hoch, weil die Maßnahmen bezuschusst werden, aber für etliche Familien in Polen stellen sie ein Problem dar. Insofern werden dann letztendlich die kommen, deren Eltern in der Lage sind, so etwas zu bezahlen.

P.N.: Inwieweit arbeiten Sie mit anderen Institutionen zusammen?

Z.W.: Da gibt es zum Beispiel die Möglichkeit, im gemeinsamen Verbund der Ost-West-Institute etwas zu tun. Das machen wir dann in der Form, dass es gemeinsame Studienfahrten nach Polen gibt. Und dann gibt es Bildungsstätten in Polen selbst, mit denen wir kooperieren. Das heißt, da kann man mit der Gruppe übernachten und vor Ort mit den pädagogischen Mitarbeitern ein Programm abstimmen. Oder man arbeitet mit der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz zusammen und verabredet dort ein Programm.

P.N.: Wie würden Sie die Verständigungsarbeit im anderen Land beurteilen? Ist man da in Polen entsprechend weit vorangekommen?

Z.W.: Wenn Sie das unter dem Aspekt der Jugendbildung betrachten, dann ist natürlich die Dichte und die Organisation, wie sie in der Bundesrepublik gegeben ist, nicht vorhanden. Die Infrastruktur ist schwächer, es gibt auch nicht die Dichte an Bildungsstätten, wie das in der BRD der Fall ist. Allerdings haben sich in den 15 Jahren der Existenz des *Deutsch-Polnischen Jugendwerks* inzwischen auch hier erhebliche Verbesserungen ergeben. Auch bestehen in Polen Bildungsstätten wie die in *Kreisau*, in denen für die deutsch-polnische Verständigung viel getan wird. Aber das hängt sicherlich auch von der politischen Großwetterlage ab. Die deutsch-polnischen Beziehungen sind zur Zeit ja nicht die besten. Es gibt außer den angesprochenen strukturellen und materiellen Schwierigkeiten Probleme, die sich aus der politischen Lage ergeben.

P.N.: Was für Schwierigkeiten entstehen dadurch für die Verständigungsarbeit?

Z.W.: Es gibt Themen, die aufgrund der unterschiedlichen Wahrnehmung in beiden Ländern schwierig sind. Zum Beispiel die Europa-Idee und die Integrationstiefe Europas oder die These, dass Europa nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern eine politische Gemeinschaft ist, die sich eventuell in Richtung einer Föderation entwickeln könnte. Diese Diskussion wird in Polen ganz anders geführt als in Deutschland. Einflussreiche polnische Politiker meinen zum Beispiel, dass der eigene Staat, also der Nationalstaat, im Vordergrund zu stehen habe und sich der EU nicht so stark unterordnen solle. Da gibt es auch sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Rolle der eigenen nationalen Geschichte. Man stellt fest, dass unabhängig von der Schulform

der Grad an Wissen und Information sehr unterschiedlich ist. Bei deutschen Jugendlichen habe ich mitunter das Gefühl, dass sie absolut geschichtslos sind. Und bei den polnischen Jugendlichen ist es so, dass Geschichte viel mehr gelernt wird und viel Wissen präsent und abrufbar ist. Bestimmte Sachverhalte und Zusammenhänge können von polnischen Jugendlichen leichter eingeordnet werden, allerdings mangelt es häufig an Problembewusstsein. Das hängt wohl auch mit der traumatischen polnischen Geschichte zusammen, mit den Teilungen und dem Verschwinden des polnischen Staates, besonders nach 1939. Es gibt in Polen offenkundig einen Nachholbedarf, sich der eigenen leidvollen Geschichte zu versichern. Dieses Zurückblicken hat Vor- und Nachteile, scheint bei den deutschen Jugendlichen aber weit weniger vorhanden zu sein. Insgesamt muss man sagen, dass sowohl die polnischen als auch die deutschen Jugendlichen zukunftsorientiert sind und bei der Aufarbeitung der tragischen deutsch-polnischen Beziehungen, etwa hinsichtlich der deutschen Besatzungspolitik während des Zweiten Weltkriegs, Probleme haben. Und das sind Dinge, die den deutschen Jugendlichen zum Teil gar nicht bekannt oder bewusst sind. Ich nehme in diesem Kontext den Holocaust an der jüdischen Bevölkerung in Polen explizit aus. Aber was von deutscher Seite im Einzelnen in Polen und an den Polen verbrochen wurde, das ist zumeist unbekannt. Und da bin ich natürlich bestrebt, den deutschen Jugendlichen gegenüber ein paar Fakten und Zusammenhänge zu verdeutlichen. Andererseits möchte ich auch den polnischen Jugendlichen bestimmte Sachverhalte näher bringen, zum Beispiel die Problematik der Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten.

P.N.: Ist die Vertreibung ein Problem, das den polnischen Jugendlichen präsent ist?

Z.W.: Das ist eine interessante Frage. Da stellt man fest, dass es zwar einen breiten wissenschaftlichen Diskurs gibt, der zum Teil auch in die Lehrbücher und den Unterricht Eingang gefunden hat, aber im Bewusstsein der Jugendlichen nicht besonders präsent ist. Oder zumindest eine Sache ist, die weiterhin sehr unterschiedlich interpretiert und bewertet wird. Man spricht dann auf der einen Seite von *Vertreibung* auf der anderen von *Aussiedlung* oder *Bevölkerungstransfer*. Das sind differenzierende Begriffe, auf die sich die *Deutsch-Polnische Schulbuchkonferenz* vor vielen Jahren verständigte, weil man sich festgebissen hatte und einfach nicht weiter kam. Dabei handelt es sich um eine Thematik, die bis heute noch recht delikater ist, etwa hinsichtlich der Rechtmäßigkeit dieser Maßnahmen nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch ist dies ein Thema, das in der Zeit des Sozialismus in Polen kaum differenziert behandelt wurde, und das jetzt natürlich eine größere Rolle spielt.

Auf die deutsche Diskussion bezüglich des geplanten *Zentrums gegen Vertreibungen* in Berlin und die Rolle von Frau *Steinbach* als Vorsitzende der Vertriebenenverbände wurde in Polen heftig reagiert. Und das hat natürlich auch auf unsere Seminare einen Einfluss. Auch wenn - wie gesagt - bei den Jugendlichen historische Fragestellungen eine eher untergeordnete Rolle spielen.

P.N.: Kommt es vor, dass solche Fragestellungen in den Projekten einfach nicht angenommen und bearbeitet werden?

Z.W.: Wir machen nach den Seminaren immer eine Auswertung. Da können Sie grundsätzlich feststellen, dass das, was immer als sehr gut bewertet wird, die Begegnung

ist. Auf deutscher wie auf polnischer Seite wird zumeist positiv festgestellt, dass es mit Hilfe der Sprachmittler, aber auch mit Hilfe „von Händen und Füßen“ möglich war, sich zu verständigen. Gelobt werden die gemeinsame Arbeit in den Arbeitsgruppen und die Tatsache, dass man sich in dieser einen Woche intensiv kennen lernen konnte. Und dann wird auch das, was über einen spielerischen Ansatz vermittelt oder in Workshops erarbeitet wurde, positiv bewertet.

Negativer werden in der Regel Einheiten beurteilt, die mit dem Input der Seminarleitung zu tun haben.

P.N.: Was verstehen Sie in diesem Zusammenhang eigentlich unter Input?

Z.W.: Input heißt in unserem Sprachgebrauch, dass den Jugendlichen seitens der Seminarleitung in interaktiver Form mit Hilfe von Kurzreferaten oder PowerPoint-Präsentationen notwendige Grundsatzinformationen vermittelt werden, die sie für ihre spätere Arbeit in den Workshops brauchen. In den Workshops arbeiten die Jugendlichen dann weitgehend selbstständig. Wichtig ist allerdings, dass bei der Präsentation und Seminauswertung entsprechende Ergebnisse vorgestellt werden. In welcher Form die Jugendlichen ihre Präsentation darbieten, bleibt ihnen überlassen. Wenn sie diesbezüglich Fragen haben und Hilfe brauchen, werden sie natürlich von der Seminarleitung unterstützt. Allerdings drängen wir uns nicht auf. Wir möchten auch nicht, dass bestimmte Inhalte einfach übernommen werden, im Gegenteil, es sollen eigene Ansichten formuliert werden. Und letztlich halten wir es nicht für angemessen, wenn die mitgereisten Betreuer versuchen, Einfluss auf die Produkte der Jugendlichen zu nehmen. Das geschieht auf polnischer Seite noch immer recht häufig, beginnt bei korrekter Rechtschreibung und reicht bis hin zum Versuch, die Seminarbeurteilung durch die Jugendlichen (positiv) zu beeinflussen. Obwohl sich da auch einiges verändert hat. Früher hinterließen die polnischen Teilnehmenden auch hinsichtlich kontroverser Inhalte und Haltungen häufig einen braven, angepassten und auf Harmonie ausgerichteten Eindruck. Heute ist das so nicht mehr der Fall, heute wird auch von polnischer Seite deutlich Kritik geübt, zum Beispiel an Dr. *Wilkiewicz*, der einen zu langen Vortrag über die deutsch-polnischen Beziehungen gehalten hat.

P.N. Was meinen Sie, wie bekannt ist das GESW überhaupt in Deutschland?

Z.W.: Ich glaube, dass wir international betrachtet wahrscheinlich bekannter sind als national. Denn es gab schon lange internationale Kontakte, und da sie in den letzten Jahren erheblich ausgebaut wurden, dürfte dies für einen recht hohen Bekanntheitsgrad sorgen. In Nordrhein-Westfalen, gerade hier in Ostwestfalen, dürften wir ebenfalls eine Größe sein. So haben zum Beispiel viele Landespolitiker/innen und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in ihrer Jugend an einem Seminar im GESW teilgenommen; sie bringen uns auch heute noch ihre Wertschätzung zum Ausdruck.

Also insgesamt denke ich, dass der Bekanntheitsgrad ganz gut ist. Dazu tragen wohl auch unsere Internet-Präsenz und die Zeitschrift bei, die regelmäßig an die fördernden Institutionen und an die Abonent/innen verschickt wird, und in der wir über unsere Aktivitäten berichten.

P.N.: Welcher Schwerpunkt des *GESW* sollte Ihrer Auffassung nach in der Öffentlichkeit am deutlichsten hervorgehoben werden?

Z.W.: Unsere Stärke lag und liegt in unserer Profilierung, dass wir uns auf den Schwerpunkt europäische Integration und Ostmitteleuropa konzentrieren, der bei vergleichbaren Einrichtungen zumeist nicht existiert oder nicht so intensiv ausgebaut wurde. Hinzu kommt, dass wir inzwischen die unterschiedlichsten Gruppen im Haus haben, von geistig behinderten Schüler/innen über Förderschüler/innen und Gymnasiasten/innen bis hin zu Studenten/innen und Hochschullehrern/innen. Wir verfügen demnach über ein breites und überzeugendes didaktisches Angebot. Denn es ist ein Unterschied, ob man mit eingeschränkt Lernfähigen oder mit Super-Intellektuellen ein Seminar durchführt. Das ist das eine: die methodisch-didaktische Passung im Hinblick auf unterschiedliche Zielgruppen ist uns also in den letzten Jahren offenbar ganz gut gelungen.

Das zweite Moment, das unser Überleben gesichert hat, war die Tatsache, dass wir im Team interdisziplinär arbeiten. Neben einem Politologen und einem Medienfachmann verfügt das GESW auch über einen Volkswirt und einen Historiker. Wenn also ein größeres Seminar konzipiert wird, so sind in der Regel alle wissenschaftlich-pädagogischen Mitarbeiter beteiligt. Das sind dann mindestens vier unterschiedliche Personen, die etwas anzubieten haben. Jeder hat seinen Ansatz, vertritt seine Disziplin und verkörpert auch seine subjektive Haltung. So kann ein Thema differenziert und abwechslungsreich behandelt werden: wirtschaftliche, historische, kulturelle, politische und soziale Aspekte kommen zur Geltung. Mit einer solchen Seminarbesetzung kann man sowohl für Erwachsene als auch für Jugendliche ein attraktives Angebot machen, ohne auf Referent/innen von außen angewiesen zu sein.

Interdisziplinär zu arbeiten und ein wahrnehmbares Profil zu haben, ist im Bildungsbereich außerordentlich wichtig. Unser Profil konnten wir uns erwerben und erhalten, da wir uns thematisch vor allem auf Ostmitteleuropa, Südosteuropa und auch Osteuropa einstellten und entsprechende Angebote machten. Wir sind gut beraten, an unserem Profil festzuhalten, was nicht heißt, dass man keine Zusatzprofile entwickeln sollte.

P.N.: Was meinen Sie, welche Rolle wird das Studienwerk in Zukunft für die deutsch-polnische Verständigung einnehmen?

Z.W.: Was wir hier nicht machen oder nur ganz selten, das sind den reinen Intellekt ansprechende Seminare mit Vertretern/innen politischer oder gesellschaftlicher Eliten. Wir vertreten vielmehr eine Bildungsarbeit, die an den Graswurzeln ansetzt. Das ergibt sich zum einen daraus, dass wir den Kernauftrag haben, mit (zum Teil bildungsfernen) Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu arbeiten, die mit allzu kopflastigen theoretischen und abstrakten Inhalten nicht so viel anfangen können. Und was wir zum anderen außer Informationsvermittlung und Erfahrungsaustausch ansprechen und wofür wir die jungen Leuten sensibilisieren wollen, ist Einfühlungsvermögen, Empathie. Sich mit einer fremden Person oder einer fremden Position so auseinander zu setzen, dass man sich in sie hineinversetzen kann und sie versteht. Und diese Fähigkeit ist eben nicht nur eine intellektuelle. Um sie zu entwickeln, müssen elementare soziale Fertigkeiten und Fähigkeiten eingeübt werden: sein Gegenüber aussprechen lassen, angemessen diskutieren lernen, Inhalte so präsentieren, dass sie anderen zugänglich sind, Wertschätzung entwickeln.

Deshalb ist besonders wichtig, dass auch für diejenigen, die bildungsfern sind und aufgrund fehlender Mittel nur unter Schwierigkeiten an unseren Seminaren teilnehmen können, diese Form des Lernens weiterhin offen bleibt. Das würde ich mir sehr wünschen, denn dafür haben wir im *GESW* gute Voraussetzungen geschaffen. Dies gilt natürlich in vollem Umfang auch für die deutsch-polnischen Begegnungsseminare.

P.N.: Kann es denn überhaupt zu einer gänzlichen Normalisierung in den deutsch-polnischen Beziehung kommen? Und wenn ja, was würde das für den Arbeitsschwerpunkt Ostmitteleuropa innerhalb des *GESW* bedeuten?

Z.W.: Es wird im deutsch-polnischen Kontext immer wieder Missverständnisse und Konflikte geben. Wenn Sie das deutsch-jüdische oder das deutsch-israelische Verhältnis nehmen, gehe ich davon aus, dass es wohl niemals zu einer „gänzlichen Normalisierung“ kommen wird. Es wird vielleicht zu einer Abschwächung und Überwindung bestimmter Tendenzen kommen. Die werden dann aber in bestimmten Augenblicken immer wieder aufbrechen und womöglich politisch instrumentalisiert. Es wird wohl immer so ein Auf und Ab geben. Die Tragödie des Holocaust übersteigt das historische Trauma der deutsch-polnischen Beziehungen bei weitem, aber die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich in den letzten 15 Jahren in vielerlei Hinsicht verbessert haben, bedürfen weiterhin der intensiven Pflege. Es hat schon seinen Grund, dass es neben dem *Deutsch-Französischen* auch ein *Deutsch-Polnisches Jugendwerk* gibt. Und damit komme ich noch mal auf die Vorurteile zurück.

Denn manchmal mache ich das schon, dass ich die Jugendlichen direkt nach ihren Vorurteilen frage. Und dann taucht im Bezug auf Polen ganz oft das Wort *Auto* auf. Das ist also schon fest gefügt bei den deutschen Jugendlichen: *Autoklau*. Andere Dinge spielen da eine weitaus geringere Rolle. Aber alles, was mit Diebstahl und Auto verbunden ist, bleibt in den Köpfen drin. Das ist das eine. Das zweite, was offenbar da ist, aber aufgrund politischer Correctness nur indirekt ausgesprochen wird, ist die Vorstellung, dass man den polnischen Jugendlichen überlegen ist. So ein *Überlegenheitsgefühl*, das sich auch zu einem *Überheblichkeitsgefühl* entwickeln kann und manchmal zum Ausdruck kommt.

Im Prinzip sind das Dinge, die damit korrespondieren, was auch auf polnischer Seite geschieht. Interessanterweise sind die Vorurteile gegenüber den Deutschen überwiegend positiv besetzt. Deutsche sind in der polnischen Vorstellung *ordentlich, sauber und gut organisiert, aber auch humorlos und verkrampft*. Und interessanterweise sind das Zuschreibungen, die mit der Realität nur bedingt übereinstimmen. Die Deutschen haben durchaus Humor und die junge Generation gibt sich locker. Aber da passiert irgend etwas seltsames, da erfolgt eine Übernahme von Stereotypen, die aus anderen Quellen stammen, zum Beispiel in der Familie gepflegt werden. Da wird mündlich tradiert, dass die Deutschen organisiert, sauber und ordentlich, andererseits aber auch herzlos und irgendwie unterkühlt sind.

P.N.: Bitte geben Sie zum Schluss noch mal eine kurze Einschätzung darüber, wie sich das deutsch-polnische Verhältnis bis heute entwickelt hat. Und vor allem, wie präsent das Thema der deutsch-polnischen Verständigung überhaupt ist.

Z.W.: Ich glaube, dass die Frage der deutsch-polnischen Verständigung in Polen eine wesentlich größere Rolle spielt als in Deutschland. Das ergibt sich zwangsläufig aus den

unterschiedlichen Potenzialen beider Länder, Deutschland hat ein erheblich größeres wirtschaftliches und politisches Gewicht. Deutschland ist und bleibt für Polen somit wichtiger als umgekehrt.

Auf der anderen Seite ist Polen für Deutschland ein durchaus wichtiger Handelspartner. Außerdem ist Polen auch innerhalb der EU und der NATO von strategischer Bedeutung, schon allein deshalb, weil es die undankbare Rolle des unmittelbaren Schutzes der Außengrenze der EU übernommen hat. Ich denke, auf beiden Seiten sind Fundamente geschaffen worden, um die zeitweilig aufgegebene Interessengemeinschaft neu zu beleben. Und außerdem gibt es auch in beiden Gesellschaften ein Bewusstsein dafür, dass man eine Verantwortung für den Frieden und ein friedliches Europa hat. Den Hintergrund dafür bilden die Katastrophen des 20. Jahrhunderts und die Konsequenzen, die man im Westen durch die Gründung der *EWG* daraus gezogen hat. Der gemeinsame politische Horizont bleibt deshalb weiterhin das vereinigte Europa. Gleichwohl ist das eine schwierige Aufgabe, denn ein gesamteuropäisches Bewusstsein wird sich, wenn überhaupt, nur sehr langsam herausbilden. Es gibt ja auch immer gegenläufige Interessen wirtschaftlicher, sozialer, politischer Art, die da nicht hineinpassen. Und es gibt natürlich auch eine Verdrossenheit bezüglich der EU, sonst hätte es nicht die negativen Referenden zum Verfassungsprojekt in Frankreich und den Niederlanden gegeben.

Aber trotz dieser Rückschläge sehe ich als Zeithistoriker keine überzeugende Alternative. Auch die deutsch-polnische Verständigung ist längst keine bilaterale Angelegenheit mehr, sie kann sich nur im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses vollziehen. Andererseits wird es ohne die deutsch-polnische Verständigung keinen europäischen Einigungsprozess geben.

Berichte

Zbigniew Wilkiewicz

Deutschland und Polen im 21. Jahrhundert Spannungen und ihre Überwindung

Tagung mit deutschen und polnischen MultiplikatorInnen im Gesamteuropäischen Studienwerk (GESW) in Kooperation mit dem Deutsch Polnischen Jugendwerk (DPJW) und der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)

An der vom GESW in Kooperation mit dem DPJW und der BpB durchgeführten Tagung (10. bis 12. 04. 2008) nahmen dreißig deutsche und polnische Multiplikatoren teil, die sich mit deutsch-polnischen Städte- und Schulpartnerschaften beschäftigen, in der Regel Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Repräsentanten von kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften.

Den Teilnehmenden (TN) sollte die Möglichkeit geboten werden, sich über die jüngsten politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im deutsch-polnischen Verhältnis zu informieren. Angestrebt wurde ein intensiver Informations- und Meinungsaustausch im Hinblick auf deutsch-polnische partnerschaftliche Projekte. Hierzu dienten zwei größere Workshopeinheiten, in denen Probleme des interkulturellen Lernens, der adäquaten Organisation von binationalen Jugendbegegnungen, der Umgang mit unterschiedlichen Geschichtsbildern und auftretenden Konflikten behandelt wurden.

Das Seminar fand wie beantragt statt, allerdings wurde Frau *Natalia Hoffmann* vom DPJW aus Warschau durch die für das DPJW arbeitende Trainerin Frau *Natalia Krasowska* aus Dresden ersetzt. Frau *Hoffmann* war wegen der Neustrukturierung des DPJW in Warschau unabhkömmlich und musste sich kurzfristig um Ersatz kümmern.

Im ersten von *Zbigniew Wilkiewicz* und *Gerhard Schüsselbauer* präsentierten Seminarteil stellten die Referenten die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen dar. Es wurde deutlich, dass nach den letztjährigen Parlamentswahlen in Polen, die einen Sieg von *Donald Tusk* und die Abwahl *Jarostaw Kaczyńskis* brachten, die Chance besteht, dass sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern erheblich verbessern können. Allerdings gibt es weiterhin noch offene Fragen: Konzeption des Zentrums gegen Vertreibungen, Rückgabe von Kulturgütern, Forderungen der „Preußischen Treuhand“.

Die wirtschaftlichen Beziehungen (Handel und deutsche Direktinvestitionen) haben sich trotz politischer Spannungen weiterhin gut entwickelt, so dass es auch hier zukünftig erfreuliche Perspektiven gibt. Beide Vorträge wurden rege diskutiert, den TN wurden die entsprechenden Power-Point-Präsentationen zur Verfügung gestellt.

In einer weiteren abendlichen Einheit referierten *Gerhard Schüsselbauer* und *Jörg Stemmer* über die Umsetzung deutsch-polnischer Begegnungsseminare, wobei didaktische Fragestellungen interkulturellen Lernens und gemeinsam im Internet entwickelte Projekte (Homepages, Blogs) im Vordergrund standen. Dabei konnte auf zahlreiche vom GESW entwickelte Projekte hingewiesen werden.

Jacek Jeremicz, Deutschland- und Europabeauftragter der Stadt Gorzów Wielkopolski, stellte am nächsten Morgen am Beispiel der Städtepatenschaft Landsberg a. d. Warthe – Herford und der Städtepartnerschaft Gorzów Wielkopolski – Herford das Beispiel einer gelungen, lebendigen Städtepartnerschaft vor, in die die ehemaligen Landsberger von Beginn an einbezogen wurden. Neben gemeinsamen Austauschmaßnahmen und Projekten (Wiederaufbau des zerstörten Pauksch-Brunnens) präsentierte der Referent den in deutscher und polnischer Sprache gehaltenen Dokumentarfilm „Friedensglocke“, der in Kooperation zwischen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landsberger und der Stadt Gorzów erstellt wurde, und in dem unter anderem deutsche und polnische Zeitzeugen zu Worte kommen. Den eindrucksvoll dokumentierten Höhepunkt deutsch-polnischer Versöhnung stellen die darin dokumentierte ökumenische Messe und die Einweihung der „Friedensglocke“ dar.

Nach intensiver Diskussion, in der es um den Umgang mit weiterhin schwierigen Themen ging (Vertreibung, deutsche Okkupation in Polen) referierte *Hubert Luszczyński*, Koordinator für interregionale Zusammenarbeit im Bildungsbereich mit den Mittel- und Osteuropäischen Staaten in Rheinland-Pfalz, über die politische Bedeutung von deutsch-polnischen Schulpartnerschaften. Dabei wurde auf die unterschiedlichen politischen Kulturen und Kompetenzen der involvierten Ministerien und Behörden sowie die Rolle des DPJW hingewiesen. Probleme ergeben sich zum Beispiel aus der Tatsache, dass das polnische Bildungs- und Schulsystem weitgehend zentralisiert ist, während es in Deutschland föderal gegliedert ist. Dies hat für die Implementierung gemeinsam erarbeiteter Materialien weitgehende Folgen, weil es hier zu entsprechenden Asymmetrien kommt. Angesichts der großen Zahl von Schulpartnerschaften und der Dichte der gemeinsamen Projekte hob der Referent allerdings mit recht hervor, dass Schulpartnerschaften mit ihren persönlichen Begegnungen und dem Abheben auf die Gemeinsamkeiten zwischen deutschen und polnischen Jugendlichen sehr nachhaltig für die Einhegung gegenseitiger Stereotypen und die Erhaltung partnerschaftlicher und freundschaftlicher Beziehungen sorgen können. Ihr weiterer Ausbau und ihre Pflege sollten deshalb für beide Seiten wichtiges politisches Anliegen bleiben.

In den sich anschließenden Workshops wurden in vier AG folgende Themen diskutiert:

- 1) Organisatorische und konzeptionelle Probleme bei deutsch-polnischen Jugendbegegnungen
- 2) Interkulturelle Unterschiede zwischen Polen und Deutschen
- 3) Unterschiedliche Geschichtsbilder und unterschiedliches historisches Gedächtnis
- 4) Vorstellung von Projekten

Die Auswertung erfolgte in einer zusätzlich eingebauten Einheit zwischen 19.30 und 21.00 Uhr:

Zu 1) Hervorgehoben wurden die unterschiedlichen Arten zu organisieren: das Problem eines deutschen „Organisations- und Methodenimperialismus“ versus „spontane Organisationsformen“ auf polnischer Seite.

Zu 2) Hier ging es um Formen der Höflichkeit, um Tischsitten, die Rolle von Frau und Mann, den polnischen Handkuss und die Bedeutung von Blumen, kleinen

Aufmerksamkeiten und Geschenken. Auch wurde festgestellt, dass die Deutschen in der Regel wesentlich direkter sind als die Polen, die eher zu indirekten Aussagen, zu Komplimenten und zu einer sehr ausgeprägten, aufwändigen Form von Gastfreundschaft gegenüber Fremden neigen.

Zu 3) Beleuchtet wurde das wesentlich unterschiedliche Verhältnis zur eigenen und zur europäischen Geschichte. Bei den Deutschen wurde eine regelrechte Geschichtslosigkeit konstatiert, wobei weder historische Fakten noch Zusammenhänge bekannt seien. Sowohl Deutschen als auch Polen falle es schwer, aus den einmal festgeschriebenen Rollen (Täter versus Opfer) herauszuschlüpfen.

Zu 4) Vorgestellt wurden einzelne deutsch-polnische Projekte aus den Bereichen gemeinsame Geschichte, Ökologie und Jugendkultur.

Am Samstagmorgen informierte *Natalia Krasowska* über die neuesten Entwicklungen im DPJW, das seit kurzem zwei neue Geschäftsführer hat. Beleuchtet wurden die politischen Ziele des DPJW, behandelt wurden die in den letzten beiden Jahren auftauchenden politischen Konflikte innerhalb des DPJW. Anhand von Statistiken informierte die Referentin über das Ausmaß und die regionale Verteilung deutsch-polnischer Partnerschaften in Deutschland und in Polen. Erfragt und diskutiert wurden von den TN die unterschiedlichen Förderbedingen bei Austauschmaßnahmen und Gedenkstättenfahrten.

Diskussion und Auswertung förderten zutage, dass es immer noch einen großen Bedarf an gegenseitigem Informations- und Meinungsaustausch gibt und dass – trotz formaler Angleichungsprozesse und globaler Einstellungen und Moden – weiterhin erhebliche Unterschiede zwischen polnischen und deutschen Partnern bestehen. Von beiden Seiten wurde festgestellt, dass es durchaus nicht darum gehen könne, diese Unterschiede zu nivellieren, vielmehr darum, sie zu kennen und zu respektieren. Trotz intensiver Kooperation sei es weiterhin notwendig, mehr Empathie zu entwickeln. An ihr mangle es nämlich sowohl in der öffentlichen als auch in der veröffentlichten Meinung beider Länder. Das gemeinsame, im GESW durchgeführte Multiplikatorenseminar habe diesbezüglich ein wenig Abhilfe geschafft.

*Jan U. Clauss*¹

Von TRANSFORM bis Turkmenistan

Projektschwerpunkte einer Bildungsstätte in Mittel- und Osteuropa sowie in der GUS

Es begann – wie so oft im Leben – mit einem Zufall: Nordrhein-Westfalens älteste und größte politische Bildungsstätte, das *Gustav-Stresemann-Institut in Bonn* (GSI), war immer ein „ganz normaler“ Bildungsträger gewesen – mit Seminaren für junge Leute aus und in Deutschland sowie Europa, insbesondere mit französischen Gruppen (deshalb

¹ Dr. Jan Ulrich Clauss ist Programmdirektor des GSI; clauss@gsi-bonn.de

der Namensgeber des Instituts, welches auch *Aristide-Briand-Gustav-Stresemann-Akademie* hätte benannt werden können).

Im Rahmen einer Seminar Kooperation mit der Bundeshauptstadt Bonn wurde Anfang der 1990er Jahre der Auftrag zur Aktivierung einer sich anbahnenden Städtepartnerschaft mit Minsk (Belarus) vergeben. Weißrussland gehörte unter dem damaligen Präsidenten *Schuschkjewitsch* noch zu den „Reformstaaten“ der untergegangenen Sowjetunion, und man bemühte sich auf beiden Seiten um Kontakte für einen fruchtbaren Austausch.

Der damalige Referatsleiter im Bundesinnenministerium (BMI) für das TRANSFORM-Programm der Bundesregierung, Regierungsdirektor *Christoph Verenkotte*, rief 1995 im GSI an und fragte, ob das Institut aushilfsweise für ein aus Haushaltsgründen im Bundesbildungsministerium (BMBF) storniertes Projekt zur Wissenschafts- und Technologieberatung in Belarus zur Verfügung stünde. Das GSI war auf solch „exotische“ Aufträge nicht vorbereitet, aber sein Gründungsvorsitzender *Berthold Finkelstein* meinte, wir sollten zugreifen, man wisse nie, was aus einem solchen „Aushilfsauftrag“ werde. *Verenkotte* und *Finkelstein* hatten dann eine kurze „kosmetische“ Sitzung, der ich mit großem Staunen beiwohnte: Aus der ursprünglichen „Wissenschafts- und Technologieberatung“ wurde kurzerhand eine „Verwaltungshilfe“, und damit war das BMI vollends „zuständig“. Als Wissenschaftlicher Leiter des GSI musste ich mich – im doppelten Wortsinne – warm anziehen: Die erste Projektphase war für November 1995 im nasskalten Minsk geplant.

Die einschlägigen Experten und die besten Dolmetscher zu finden, war das kleinste Problem. Belarus zeichnete sich damals noch als Niedriglohnland für hochqualifizierte Dolmetscher der Staatlichen Linguistischen Universität (MGLU) aus, sodass unsere deutschen Experten in den Seminaren sprachlich bestens betreut wurden. Die Experten zu finden, war auch kein Problem, hatte ich doch beste Kontakte zur Bonner *Scientific Community*, in der ich zuvor zehn Jahre als Referent gewirkt hatte. Aus dieser Aushilfsmaßnahme wurde ein dreiphasiger Seminarzyklus in Minsk und Bonn. Folgeaufträge ließen nicht auf sich warten, es ging Schlag auf Schlag: „Management im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz“ (so lernt man auch entscheidende KGBler kennen), „Kommunal- und Regional-Verwaltungsberatung“ in den sechs Oblasthauptstädten Brest, Gomel, Grodno, Minsk, Mogilev und Vitebsk, Beratungsmaßnahmen in Kooperation mit der Staatlichen Verwaltungshochschule usw. Insgesamt mussten über 30 Veranstaltungen in zwei Staaten fachlich und logistisch organisiert werden.

Mittlerweile war das Spektrum der zahlreichen Seminarmaßnahmen über das erste Zielland hinausgewachsen. Das BMI beauftragte uns 1996 mit Schulungsmaßnahmen bzw. mit der Praktikumsvergabe für Studierende (*Post Graduates*) der elitären Staatlichen Polnischen Verwaltungshochschule in Warschau (KSAP) und – in Kooperation mit dem Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) – mit der Schulung junger ungarischer Existenzgründer (vor allem der deutschsprachigen Volksgruppe), die in deutschen Betrieben mehrmonatige Praktika absolvierten. Je mehr Projekte das GSI aus anderen Staaten (Polen, Ungarn, später Ukraine und Slowakei) erhielt, desto mehr schrumpften die Maßnahmen für Belarus. Dies lag vor allem daran, dass das Interesse

der Auftraggeber des Bundes mit zunehmendem Erstarren des neuen belarussischen Präsidenten Lukaschenko umgekehrt korrelierte: Die letzte Beratungsmaßnahme lief 2001 aus, denn die Bundesregierung sah ihre Zielgruppen und Schulungsinhalte nicht mehr optimal umgesetzt. Dies war verständlich, wenn man die Zusammensetzung der belarussischen Gruppen mit jenen Gruppen aus anderen Transformationsstaaten verglich, in denen die Transformationsnotwendigkeit ernster genommen wurde.

Die eigentliche *driving force* des TRANSFORM-Programms der deutschen Bundesregierung, Staatssekretär a.D. *Walter Kittel*, sagte damals, dieses Programm sei der „größte Marshall-Plan der Menschheitsgeschichte“. Mit einem Gesamtumfang von 160 Mrd. (!) DM, seit dem Mauerfall in Berlin verteilt über die 1990er Jahre, mag diese Aussage nach wie vor richtig sein (nunmehr hat die Europäische Union, worauf wir zurückkommen werden, die Rolle des führenden Akteurs in der Transformationsproblematik übernommen). Die Bundesregierung war damals, nach dem Zusammenbruch der UdSSR, mit Abstand aktivster Akteur bei der „Beratung Mittel- und Osteuropas beim Aufbau von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft“ (so der offizielle Titel des TRANSFORM-Programms). Zielländer waren neben Russland die Ukraine, Weißrussland, Polen, Ungarn, Bulgarien, Tschechien, die Slowakei und die drei Baltischen Staaten. Mit dem Beginn der sozialdemokratisch-grünen Bundesregierung wechselte die Federführung des TRANSFORM-Programms in das Entwicklungsministerium (BMZ) und lief dann *de facto* aus. Es waren einerseits Ressort eigenarten, andererseits politische Prioritätsänderungen der neuen Bundesregierung, die dem grandiosen Projekt Walter Kittels ein Ende setzten. Parallel entwickelten sich verstärkt Aktivitäten der Europäischen Kommission bzw. ihrer Agentur *EuropeAid* auf diesem Sektor. Sie sind bei uns im wesentlichen bekannt unter den Namen **TACIS** (*Technical Assistance for the Community of Independent States*), **PHARE** (ursprünglich *Poland & Hungary Aid for the Reconstruction of the Economy*), gefolgt vom **IBPP** (*Institutional Building Partnership Programme*) und **EIDHR** (*European Initiative for Democracy and Human Rights*), letzteres ein weltweites Demokratieprogramm der Europäischen Union mit finanziellen Ausmaßen, die TRANSFORM langfristig überragen könnten. Da Deutschland in der Europäischen Union budgetstellend führend ist und bei den europäischen Programmen von Anfang an durch Entsendung von Experten aus den Fachressorts des Bundes eine entscheidende Rolle spielte, kann das Auslaufen des TRANSFORM-Programms auch als eine Verschiebung der Ebenen vom Bund auf die Europäische Union interpretiert werden. Aber es ist trotzdem bedauerlich, dass der deutsche Ansatz, die „Transformation“ beim einzelnen Bürger zu bewirken, durch den europäischen Ansatz, der vornehmlich technisch orientiert ist und in makroökonomischen Größen „denkt“, verloren ging. Aufgrund dieser veränderten Förderbedingungen bewarb sich das GSI nunmehr verstärkt um europäische Programme. Da die Verfahren in Brüssel umständlich und die Entscheidungen für Zuschläge seitens der Bewerber nicht transparent nachzuvollziehen sind, das GSI sich andererseits als deutscher Bildungsträger neben seiner klassischen Seminararbeit durch Großprojekte internationaler Auftraggeber ein neues Standbein schaffen konnte, bewarb sich das Institut parallel für Projekte anderer Internationaler

Organisationen. Dabei war die jahrelange TRANSFORM-Vorarbeit insofern nützlich, als die Zielgruppen (insbesondere in Belarus) sehr ähnlich blieben. Wo unsere Bundesregierung zunehmend zögerte, sprangen andere Organisationen ein, die die Transformationsarbeit trotz schwieriger werdender Bedingungen in Belarus noch fortsetzten. Insofern musste man sich von der „reinen Lehre“ verabschieden; junge, aufgeklärte Nachwuchskräfte in Weißrussland konnte man nur erreichen, indem man „mit dem Teufel paktierte“: Die „präsidiale Vertikale“, die Exekutiven von der Präsidialadministration bis hin zum Dorfbürgermeister, musste (dominant) eingebunden werden, wenn man an die eigentlichen Zielgruppen, demokratisch orientierte Nachwuchskräfte, herankommen wollte. Das GSI war in der Folge in Schulungsprojekte des **UNDP** in Belarus involviert und führte zahlreiche Seminarveranstaltungen vor Ort und in Deutschland durch. Diese Projekte wichen inhaltlich nur wenig von der ursprünglichen Transform-Mission ab, zeichneten sich aber zunehmend durch „Linientreue“ der Teilnehmenden aus. Weißrussland war eben längst kein Transformationsstaat mehr in dem Sinne, wie er unter Schuschkjewitsch 1992 begonnen hatte.

Ein Durchbruch bei der Auftragsvergabe an das Institut kam schließlich durch den damaligen Leiter der Minsker **OSZE**-Mission, Botschafter *Hans-Georg Wieck*, zustande, der das GSI 1999 mit der Durchführung eines mit internationalen Experten besetzten Seminarzyklus´ in allen sechs Oblasthauptstädten beauftragte, an dem über 1.000 Multiplikatoren der Administration und der (wenigen noch verbliebenen) Nichtregierungsorganisationen (NGOs) des Landes teilnahmen. Kurz nach Abschluss dieser Maßnahme war auch Hans-Georg Wiecks Mission beendet. Leider kann er nicht darauf hoffen, wieder in dem Land tätig zu werden, in dem Europas letzter Diktator das Sagen hat. *Wieck* gründete in der Folge in Deutschland eine Menschenrechtsorganisation, die die Opposition aus der Ferne unterstützt.

Was in Belarus 1995 hoffnungsvoll begonnen hatte, sollte an anderer Stelle nachhaltig fortgesetzt werden. Den Eurokraten in Brüssel waren unsere Projektaktivitäten nicht unbekannt geblieben. Schon ein parallel zum TRANSFORM-Programm durchgeführtes **TACIS-Democracy**-Projekt mit NGO-Aktivisten in Weißrussland, das unter schwierigen Bedingungen (Konfiszierung der gelieferten *Personal Computers*, Schikane gegen Studierende, die sich in diesem Projekt hervortaten, Einkerkierung von NGO-Vorsitzenden usw.) beendet wurde, hatte gezeigt, dass wir nicht nur einen Auftrag „abspulen“, sondern uns trotz Gefahren für „Leib und Leben“ unserer Teilnehmenden bemühten, die jeweilige Mission nachhaltig und erfolgreich zum Abschluss zu bringen.

Im Jahre 2003 bekamen wir einen EU-Auftrag zur Schulung der NGOs in **Moldawien**. Über 40 Seminare mit zuvor in Bonn geschulten Multiplikatoren wurden in allen größeren Städten des Landes durchgeführt – übrigens auch in Transnistrien, jener quasi postsowjetischen Exklave, die völkerrechtlich zu Moldawien gehört, aber de facto einer anderen Rechtsordnung unterliegt.

Parallel zu diesem Projekt hatte sich das GSI um die Teilnahme an einer EU-Kampagne zur Ratifizierung des Römischen Statuts zur Einführung der Kriterien des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag (ICC) beworben und den Zuschlag für ca. 60 Seminarmaßnahmen mit Regierungsstellen, Militärjuristen und NGOs in den fünf Staaten **Zentralasiens** bekommen. Dies war absolutes Neuland, inhaltlich wie auch

regional. Das in Belarus, Polen und Ungarn Erlernte konnten die Auftragnehmer nur beschränkt anwenden. Allerdings war und ist die Transformationsarbeit in autoritären Staaten mit sowjetischem Hintergrund gerade doch auch dann vergleichbar, wenn man es mit Zielgruppen zu tun hat, die den erfolgreichen Transformationsprozess jener anderen Staaten, die seit 2004 zur Europäischen Union gehören, noch nicht verinnerlicht haben. Was Polen, Ungarn und Tschechen längst gelernt haben und zunehmend erfolgreich als Mitglieder der EU in deren operative Arbeit einbringen, ist in den „Stan-Ländern“ Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan längst noch nicht Thema. Aber auch hier ist zu differenzieren. Ein ICC-Folgeprojekt der Europäischen Union für Zentralasien, Russland und die Türkei, welches das GSI 2006 bis Anfang 2008 als eine von zwei von der EU in Europa ausgewählten Agenturen durchführte, zeigt, wie sehr sich diese Staaten im Wandel befinden.

Kasachstan beispielsweise ist längst nicht mehr ein durch forcierte Emigration der Deutschen und der Russen Anfang der 1990er Jahre „ausgeblutetes“ Land. Es ist zwar noch weit davon entfernt, mit demokratischen Maßstäben des Westens gemessen werden zu können. Kasachstan hat aber als neue, wichtigste zentralasiatische Wirtschaftsmacht erkannt, wie man intelligente „Humanressourcen“ nutzbar einsetzt, um das Land nach vorne zu bringen. Die jungen Leute des Landes, deren Eltern die Sowjetunion nur noch in der Endphase kennen gelernt hatten, lernen Englisch in Schule und Hochschule, sind elektronisch weltweit vernetzt, studieren teils im Ausland und sind langfristig Hoffnungsträger für die Umsetzung von Ideen, die der herrschenden Nomenklatura das Leben schwer machen könnten. Eine neue Generation, die russisches wie westliches Know-how nutzt und kritisch vergleicht, wird nicht auf Dauer von der Umsetzung innovativer Ansätze in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft abgehalten werden können.

Ansätze zu ähnlichen Entwicklungen könnten in **Turkmenistan** greifen. Das Land, das nach dem Tod des autoritären Staatspräsidenten „Turkmenbashi“ 2006 nicht mehr als eine wie Nordkorea von der Welt abgeschlossenes *terra incognita* anzusehen ist, öffnet sich in geradezu atemberaubender Geschwindigkeit, wie es durch in Europa vermittelte Medien noch gar nicht dokumentiert ist. Im Rahmen unseres zweiten ICC-Projektes, das 2004 bei der Europäischen Kommission beantragt und von 2006 bis 2008 mit einer Bruttoprojektsumme von knapp 1 Mio. € durchgeführt wurde, hatte das GSI Turkmenistan nur pro forma in seine Zielländer-Projektliste aufgenommen, wohl wissend, dass eine konkrete operative Arbeit vor Ort sicherlich unmöglich wäre. Wider Erwarten hatte der Projektnehmer jedoch in den letzten Tagen der mit Brüssel vereinbarten Seminarperiode vom turkmenischen Außenministerium eine Einreisegenehmigung bekommen und konnte noch im April 2008 mit einer umfangreichen Delegation von Völkerstrafrechtsexperten zu einem einwöchigen Aufenthalt in das Land reisen. Eine Überraschung, die das GSI als ehemalige „Generalagentur für die Regierungszusammenarbeit mit Belarus“ in jenem uns viel näher liegenden Weißrussland nie erlebt hätte und die auch in naher Zukunft nicht absehbar ist. In der turkmenischen Hauptstadt Ashkabad jedoch konnten wir in Kooperation mit dem dortigen „Institut für Menschenrechte und Demokratie (*sic!*)“ des Präsidenten der Republik Turkmenistan“ eine hochrangige Konferenz zur ICC-Problematik veranstalten, an der leitende Ministerialbeamte aus den Außen-, Innen- und

Justizressorts sowie aus der Präsidialadministration als aufmerksame Zuhörer und sogar kritische Fragesteller teilnahmen. Die Expertendelegation ist sich darüber bewusst, dass mit dieser Konferenz noch längst keine Berge versetzt werden. Aber allein die Tatsache, dass man uns „hineinließ“ und uns zuhörte, ist doch als wesentlicher Indikator der vorsichtigen Öffnung des Landes anzusehen. Man ist nicht nur interessiert, man ist – nach knapp 20jähriger Abschottung vom Weltgeschehen – wissensdurstig und hofft auf weitere Treffen vor Ort und auch in Europa. Die Konferenz dauerte länger als zeitlich angesetzt; die staatlichen Sicherheitsorgane waren natürlich dabei, hielten sich aber im Hintergrund; die Teilnehmer verteilten am Schluss des Treffens Visitenkarten und fragten nach weiteren russisch- und englischsprachigen Dokumentationen unseres Projektes. Wer hätte das vermutet?

Der Aufholbedarf dieses Landes ist immens – nicht nur, was das Geistige betrifft. Ein Blick auf die Visitenkarten verrät, dass sogar Vizeminister des Landes noch nicht elektronisch kommunizieren können: Die Ministerien haben keinen E-Mail-Zugang. Auf unsere Frage an die Direktorin des Menschenrechtsinstituts, wie sie denn ihre Verbindungen zur großen weiten Welt organisiert, antwortete sie, dass man sich einmal wöchentlich zum TACIS-Büro der Europäischen Union begibt, um dort E-Mails abzurufen und zu versenden. - Kommentar des (britischen) TACIS-Chefs in Aschkabad: Die *Technical Assistance for the Community of Independent States* (TACIS) hat in Turkmenistan (das kein GUS-Mitglied ist!) wahrlich noch Großaufträge an Bell, Marconi, Siemens und die Deutsche Telekom zu vergeben.

Transform geht also weiter, in den Köpfen und in der Telekommunikation. Man darf nicht behaupten, (a) die Arbeit sei erfolglos und (b) der Länderkanon sei „abgearbeitet“!

Buchreport

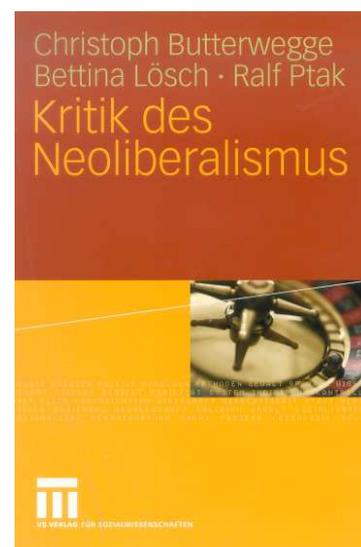
Zbigniew Wilkiewicz

Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak (Hg.): Kritik des Neoliberalismus. Unter Mitarbeit von Tim Engartner. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2007, 298 S.

Der Begriff des Neoliberalismus ist in aller Munde, fungiert als Rechtfertigungsstrategie für die Vertreter eines rigiden Marktliberalismus, ist aber auch Kampfbegriff bei denjenigen, die den Rückzug des Staates und eine weitgehende Deregulierung für ein Verhängnis halten, da dadurch der Sozialstaat und das demokratische Funktionieren der Gesellschaft in Frage gestellt werden können. Insofern ist es begrüßenswert, dass mit dem vorliegenden, sorgfältig edierten Sammelband eine Publikation vorgelegt wird, in der sich die Autoren mit den Grundlagen des Neoliberalismus (*Ralf Ptak*), mit den Problemen von Privatisierung und Liberalisierung (*Tim Engartner*), mit der Frage einer neoliberalen (Sozial-) Politik (*Christoph Butterwegge*) sowie einer aus der neoliberalen Hegemonie erwachsenden Gefahr für die Demokratie (*Bettina Lösch*) auseinandersetzen.

Im ersten Kapitel analysiert *Ralf Ptak* in vier Abschnitten die Grundlagen des Neoliberalismus, indem es auf seine Ursprünge verweist (Weltwirtschaftskrise 1929/32) und das neoliberale Selbstverständnis charakterisiert, das bekanntlich in unterschiedlichen Hauptströmungen von der „Wiener Schule“ (*Friedrich August von Hayek*) über die „Chicago School“ (*Milton Friedman*) bis hin zur „Freiburger Schule“ (Ordoliberalismus) zum Ausdruck kam. Auch die Theorie kollektiver Entscheidungen (Public-Choice-Ansatz), die Theorie rationaler Entscheidungen (Rational-Choice-Ansatz) sowie die Theorie der Eigentumsrechte (Property-Right-Ansatz) werden beschrieben. Markante pejorative Stichpunkte sind die als Kampfbegriff verwendete Formel des „Kollektivismus“, die Drohkulisse der „gesamtwirtschaftlichen Planung“, die „unerträgliche Staatsmacht“, denen das positiv besetzte Projekt einer individualistischen Marktgesellschaft entgegengesetzt wird. Die Menschen werden hierbei als ihren individuellen Nutzen mehrende Wesen verstanden, die sich ihrer Präferenzen bewusst sind und danach handeln. (S.30)

Die Kritik am Markt als staatlicher Veranstaltung mündet bei *Hayek* in der Vorstellung vom Markt als spontaner Ordnung: Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, dessen Ergebnisse zwangsläufig offen sein müssen, wenn er seine Dynamik erhalten soll, wird so selbst zum Ordnungsprinzip der Gesellschaft. Auf das Menschenbild bezogen gilt demnach auch für die Nachfolger *Hayeks*, dass die „konkrete Utopie“ einer besseren oder anderen Welt weder wünschenswert noch machbar ist, da das menschliche Wissen und die menschliche Vernunft begrenzt bleibe und diese Begrenztheit von der Wissenschaft nicht überwunden werden könne, da mit dem Fortschritt der Wissenschaft zugleich das Ausmaß der menschlichen Unkenntnis wachse. Was die Wissenschaft nicht könne, vermag aber der Wettbewerb. Über den Wettbewerb erzeuge der Markt einen



Such- und Experimentierprozess, der über die Zusammenführung zerstreuten Wissens zu einer „spontanen Ordnung“ (Katallaxie) führe. Die Kritiker dieses Theorieansatzes wenden allerdings zutreffend ein, dass Märkte nicht aus sich selbst heraus funktionieren, sondern stets durch Menschen geschaffene soziale Institutionen sind. Auch stellt sich die Frage, wie die Zusammenführung verstreuten Wissens im Wettbewerb funktionieren soll, wenn im entfesselten Kapitalismus durch die Privatisierung des Bildungswesens das Wissen selbst zur Ware wird. (S.49)

Das neoliberale Leitbild der Gesellschaft bestehe – so *Ptak* – allein aus negativen Kategorien, sei gegen den Interventions- und Wohlfahrtsstaat, gegen eine „uneingeschränkte“ Demokratie und gegen den Grundwert der sozialen Gerechtigkeit gerichtet. Der Neoliberalismus stelle sich somit als Projekt zur Auflösung der politisch organisierten Gesellschaft dar, im neoliberalen Denken sei die Gesellschaft keine eigenständige Kategorie. Der von *Hayek* zentral gesetzte Begriff der Spontaneität versteht sich als universelle Umschreibung unverrückbarer objektiver Sachzwänge („There is no alternative“, TINA-Prinzip!), was den Vorteil habe, dass die dahinter liegenden Partikularinteressen (der Mächtigen und Reichen) überdeckt werden. Der Mensch unterliegt also permanent Sachzwängen, er wird zum Objekt der von ihm nicht beeinflussbaren gesellschaftlichen Entwicklung. Der neoliberale Freiheitsbegriff wird negativ definiert, ist institutionell, wobei die Problematik der ökonomischen Macht und der materiellen Voraussetzung zur Entfaltung persönlicher Freiheit ausgeklammert bleibt: Freiheit beschränkt sich alleine auf die Nichtdiskriminierung der Marktteilnahme. Besteht die Gefahr einer solchen Diskriminierung, so sind neoliberale Protagonisten bereit, eine „wohlmeinende Diktatur“ (*Augusto Pinochet* im Chile der 1970er Jahre) oder eine „beschränkte Demokratie“ zu akzeptieren oder gar zu unterstützen. Dementsprechend ist der Begriff der (sozialen) Gerechtigkeit aus Sicht der Neoliberalen lediglich ein Kampfbegriff und eine Fiktion, weil keine konkrete positive Definition dieses Begriffs vorgenommen werden könne. Damit stellt auch die Forderung nach gerechter Verteilung einen Atavismus dar, Gewerkschaften sind demnach rückschrittliche Organisationen, die die Funktionsmechanismen der modernen, auf Individualismus und Markt gegründeten Großgesellschaft nicht begriffen haben. (S.72) Ebenso steht der Egalitarismus in der entschiedenen Kritik der Neoliberalen, und zwar deshalb, weil er eine kollektive Kategorie voraussetzt (gesellschaftliche Verabredung über einen erstrebenswerten Zustand), zweitens, weil Egalität den Gegensatz zu Konkurrenz und Wettbewerb bildet, und drittens, weil Egalität auf die Korrektur der Marktergebnisse zielt. Demzufolge sprach *Hayek* konsequenter Weise von der „fundamentalen Sittenlosigkeit eines jeden Egalitarismus“. (S.73)

In den sich anschließenden Abschnitten schildert *Ptak* die Strategie und Taktik zur Durchsetzung des neoliberalen Projekts sowie die Entwicklungsphasen des Neoliberalismus in Deutschland. Der Autor hebt hervor, dass dieses Projekt inzwischen nicht nur von Neokonservativen und Liberalen, sondern auch von Sozialdemokraten getragen werde. Er verdeutlicht auch, dass es sich beim Neoliberalismus um einen Prozess der permanenten Machtentfaltung handele. Entscheidend sei deshalb, ob es auf internationaler Ebene gelingt, den neoliberalen Geschichts determinismus zu durchbrechen und die sich selbst verstärkende Dynamik von Wettbewerb und Konkurrenz zu stoppen. (S.86)

Mit Privatisierung und Liberalisierung als Strategien, die zur Selbstentmachtung des öffentlichen Sektors führen, setzt sich der Beitrag von *Tim Engartner* auseinander. Im Vordergrund steht hier zunächst der Begriff des Eigentums. Dem Privateigentum als der Basis menschlichen Daseins setzen die Neoliberalen eine massive Kritik am öffentlichen Eigentum und der staatlichen Wirtschaftstätigkeit entgegen. Die Vorschläge zur Umgestaltung des Staates reichen dabei von den von *Adam Smith* Ende des 18. Jahrhunderts vorgebrachten Argumenten bis hin zu den Lehren *Milton Friedmans*, wobei in all diesen Positionen die staatliche Wirtschaftstätigkeit als regelrechte Last beschrieben wird. Deshalb empfiehlt man die Privatisierung öffentlicher Unternehmen als Beitrag zur Entlastung der (überschuldeten) Staatskassen. In der Bundesrepublik kam es nach der politischen Wende des Jahres 1990 zur verstärkten Einführung von Marktgesetzen (Verkehrs-, Energie-, Telekommunikations-, und Gesundheitsmarkt). Begriffe wie „neues Steuerungsmodell“, „Flexibilität“ und „Kundenorientierung“ sind spätestens seit damals en vogue. Aufgrund der Politik der „Neuen Mitte“ unter Gerhard Schröder und dem von Tony Blair propagierten „New Labour“ gerieten traditionell sozialdemokratische Positionen ins Hintertreffen. Auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene wurde die Privatisierung öffentlicher Institutionen sowie der Umbau bzw. Abbau des Sozialstaats auch von einer Mehrheit der Bevölkerung als „unentrinnbares“ Schicksal angenommen. (S.99) *Engartner* weist an zahlreichen Beispielen nach, dass betriebswirtschaftlich effiziente Strukturen nicht unbedingt zu volkswirtschaftlich optimalen Ergebnissen führen müssen. Zumal Gebühren und Preise im Anschluss an Privatisierungen regelmäßig steigen. Überdies könne eine schlüssige Effizienzbewertung nur im Sinne einer wohlfahrtstheoretischen Gesamtanalyse erfolgen, denn Kosteneinsparungen erziele man vor allem dadurch, dass man Arbeitsplätze abbaut, Löhne und Gehälter absenkt und ArbeitnehmerInnen zulasten der Renten- und Sozialkassen in den vorgezogenen Ruhestand entlässt. (S.102) Es ist also nur konsequent, wenn der Autor die Privatisierung öffentlicher Unternehmen als ahistorisch, kurzsichtig und eindimensional kritisiert. Konkretisiert wird diese überwiegend berechnete Kritik am Beispiel der umstrittenen Privatisierungsstrategien des Cross Border Leasing und des Public Private Partnership.

Die nationale Perspektive wird im folgenden Abschnitt erweitert, indem *Engartner* auf die global agierenden Wegbereiter der Privatisierung (EU-Richtlinien, GATTs und TRIPS) eingeht, wobei er zum Ergebnis kommt, dass es sich hierbei um eine konzertierte Aktion neoliberaler Prägung zulasten öffentlicher Dienstleistungen und Güter handele. Dies führe in der EU zu einer deutlichen Belastung der öffentlichen Infrastruktur und der historisch gewachsenen Einrichtungen der Daseinsfürsorge. (S.124) Dagegen fordert der Autor die Notwendigkeit staatlicher Regelungen und spricht sich dezidiert gegen die Unterminierung des verfassungsrechtlich verankerten Sozialstaatsgebots aus. In der Abkehr vom öffentlichen Versorgungsauftrag durch eine verstärkte Politik der Privatisierung erblickt *Engartner* nicht einen Schritt in Richtung „zivilgesellschaftlicher Selbstverwaltung“, wie dies so gerne durch das „Märchen vom Segen der Privatisierung“ in der vom neoliberalen mainstream dominierten veröffentlichten Meinung behauptet werde, sondern den Paradigmenwechsel von einer emanzipatorischen Demokratie zu einer Ownership Society. (133)

Mit der Rechtfertigung, den Maßnahmen und den Folgen einer neoliberalen (Sozial-) Politik beschäftigt sich der ausführliche Beitrag von *Christoph Butterwegge*. Zunächst

erfolgt ein historischer Abriss der neoliberalen Sozialstaatskritik, die sich nach der Wende in der Forderung nach verstärkter Privatisierung der Daseinsfürsorge manifestierte. Der Wohlfahrtsstaat wurde dafür verantwortlich gemacht, dass Deutschland eine Klassengesellschaft sei, da man die Ungleichheit nicht als Chance, sondern als Problem wahrgenommen habe. Nötig seien aber die Dezentralisierung der Arbeitsmärkte, die Privatisierung der sozialen Sicherung und die Verwettbewerblichung des Föderalismus. (S.140) Dabei – so *Butterwegge* – vertausche die neoliberale Wohlfahrtsstaatskritik Ursache mit Wirkung und erkläre das angebliche Übermaß an Sicherheit zum Krisenauslöser.

Die Neoliberalen bedienen sich durchgängig zweier großer Erzählungen: Die Standortdebatte, die als Totschlagargument funktioniere, legitimiere im Rahmen der Globalisierung jede Reformmaßnahme, und die Erzählung vom demographischen Wandel fordere – einem Naturgesetz vergleichbar – von den BürgerInnen zukünftig noch größere Opfer. Dadurch werde soziale Sicherheit zum „Standortrisiko“ erklärt, die demographische Entwicklung zu einem weiteren „Naturgesetz“ stilisiert und soziale Ungerechtigkeit durch Biologie gerechtfertigt. Die neoliberale Sachzwanglogik zielt somit auf eine Selbstentmächtigung der Sozialpolitik und die Entmündigung aller Menschen, die von ihr betroffen sind. (S.154)

Intensiv setzt sich der Autor mit der Erosion des Gerechtigkeitsbegriffs auseinander (Wohlthaten primär für Wohlhabende, Bildung für die Armen statt Umverteilung des Reichtums?, „Generationengerechtigkeit“ als neoliberaler Kampfbegriff, „Freiheit“ und „Eigenverantwortlichkeit“ als Formen der Rechtfertigung der wachsenden sozialen Ungleichheit), und kommt mit *Martin Kutscha* zu folgendem Zwischenergebnis: „Die Freiheit aller, unter Brücken zu schlafen, wird wiederentdeckt. Dass soziale Sicherheit jedoch die Grundlage für die Wahrnehmung auch von Freiheitsrechten ist, gerät dabei gänzlich aus dem Blick.“ (S.171) In einem weiteren Abschnitt beschreibt der Autor die institutionellen Strukturreformen, die sich durch die *Schröderschen* Sozialreformen eingestellt haben. Stichpunkte sind hier der durch neoliberal orientierte Interessenverbände und Politiker eingeforderte Umbau des Wohlfahrtsstaates in einen Wettbewerbsstaat, die Entwicklung von einem aktiven zu einem „aktivierenden“ Sozialstaat sowie die Wandlung von einem Sozialversicherungs- zu einem Fürsorge-, Almosen-, und Suppenküchenstaat. Dies habe die Abkehr von der gesamtgesellschaftlichen Solidarität zur Folge und einen Missbrauch des Subsidiaritätsbegriffs, indem die soziale Verantwortung schrittweise nach unten verschoben werde. Der Wettbewerbswahnsinn bringe dem gemäß eine Spaltung der Gesellschaft, führe zu Entsolidarisierung, Ethnisierung und Entdemokratisierung. Der neoliberale Marktradikalismus verschärfe nicht nur die soziale Asymmetrie, sondern gefährde auch die Demokratie. (S. 219)

Genau diesem Thema ist das vierte Kapitel, in dem *Bettina Lösch* die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie beschreibt, gewidmet. Dabei geht sie von der Ausgangsthese aus, dass neoliberale Denkfabriken ständig daran arbeiten, die öffentliche Meinung einseitig zu prägen, indem sie eine grundlegende demokratische Voraussetzung – das Denken in Alternativen – untergraben. Demokratie werde zu einer der Ökonomie untergeordneten Fiktion, wird nicht mehr an Werten bemessen, sondern als Marktmodell bzw. Simulation des Marktes konstruiert. Etwa in dem von *Anthony Downs* konzipierten Marktmodell der Demokratie, das auf kurzfristige

Gewinnmaximierung zielt und jedwede Art inhaltlicher und programmatischer Ausrichtung vermissen lässt. (S.229)

Am Beispiel der Theoreme von *Olson* und *Hayek* behandelt die Autorin die neoliberale Kritik des Staats- oder Bürokratieversagens und den Einfluss von Interessenpolitik (Rational-Choice-Theorie und Gewerkschaftskritik, *Hayeks* „Schacherdemokratie“, *James Buchanans* Ersetzung des Politischen durch private Tauschakte) und resümiert schlüssig, dass es neben der Elitebildung und der Übertragung des Marktparadigmas auf die Politik zusätzlich zur Verdrängung des Politischen durch private Vertragsakte komme. Betont werde von neoliberalen Protagonisten die Gefahr einer „unbegrenzten“, auf Egalität abzielenden Demokratie, während man die Organisationsstruktur der Demokratie, so sie der Absicherung kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Freiheiten diene, uneingeschränkt gutheiße.

Der Übergang vom demokratisch „gezähmten“ zum entfesselten Kapitalismus (von der Sozialen zur Freien Marktwirtschaft) bringe nicht nur den steten Abbau des Sozialstaates, sondern zerstöre durch die Vermarktlichung sämtlicher Lebensbereiche auch die Demokratie. Global betrachtet haben hierbei solche Institutionen wie GATT und WTO großen Anteil, da sie sich auf die Liberalisierung und Deregulierung von Märkten und die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Güter festlegen. Politik wird – gerade auch in der EU— auf die Adaption ökonomisch vorgegebener Bedingungen reduziert. Beharrlich verweise man auf die aus der neoliberalen Modernisierung resultierenden Sachzwänge, die angeblich keine Alternativen zulassen. Wo jedoch Alternativlosigkeit herrscht, steht nichts mehr zur Wahl und zerfällt die Demokratie. (S.255)

Auch der Ansatz der Global Governance als sozialem Gegengewicht zur neoliberalen Politik wird von der Autorin kritisch bewertet, da er ein grundsätzliches Demokratiedefizit aufweise und es ihm zwangsläufig an nationalstaatlicher Identität mangle.

Mit Hinweis auf *Ralf Dahrendorf* (Transformation der repräsentativen Demokratie zu einem „schleichenden Autoritarismus“ im Zuge der neoliberalen Globalisierung) beschreibt *Lösch* die Phänomene der „informellen Politik“ und des „state capture“ (*Berlusconi!*) und kommt zum Ergebnis, dass durch Privatisierung demokratische Regeln umgangen werden, da das Interesse der Gewinnmaximierung im Vordergrund stehe. (S.266)

Auch im Hinblick auf die Rolle und Zukunft der Zivilgesellschaft äußert sich die Autorin skeptisch, indem sie hervorhebt, dass statt von einer zivilen Gesellschaft eher von einer Marktgesellschaft gesprochen werden müsse, in der die Tendenz vorherrsche, alle sozialen Beziehungen als Marktbeziehungen zu strukturieren und alles Gesellschaftliche zu ökonomisieren, was schließlich zur Folge habe, dass persönliches Durchsetzungsvermögen und individuelles Konkurrenzverhalten das gesellschaftliche Zusammenleben zunehmend prägen. (S.272)

In den letzten beiden Abschnitten stellt die Autorin die neoliberalen Akteure der „zivilen“ Gesellschaft, die „Think Tanks“, Reformansätze und Lobbyisten explizit vor („Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, „Stiftung Marktwirtschaft“ mit dem „Kronberger Kreis“, „Konvent für Deutschland“, „Centrum für Hochschulentwicklung“, „Centrum für Angewandte Politikforschung etc.) und beschreibt am Beispiel der unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindenden politischen Beratung das Phänomen der

Privatisierung von Politik, die in der Regel dem neoliberalen Diskurs und seinen Durchsetzungsstrategien verpflichtet ist (Fünf Wirtschaftsweisen, Hartz-, Rürup-, Süßmuth-Kommission usw.) So bleibe die politische Beteiligung und Beratung auf einen elitären, nichtöffentlichen und demokratisch nicht legitimierten Personenkreis reduziert, Politik werde im Zuge von Informalisierung und Privatisierung zur Fassade. Immerhin kommt Lösch am Ende ihrer Ausführungen zum Fazit, dass die scheinbare Alternativlosigkeit neoliberaler Praktiken immer mehr in Frage gestellt werde, indem zum Beispiel nach Möglichkeiten „solidarischer Ökonomie“ gesucht werde: „Obwohl unter dem Einfluss des Neoliberalismus viel zerstört wird, wofür lange gekämpft wurde, bleibt jedoch eine Gewissheit: Eine andere, demokratische Politik ist möglich.“ (S.283) Diesem verhalten optimistischen Schlusssatz hat der Rezensent – angesichts der sich aktuell vollziehenden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, die weltweit mit Hilfe spektakulärer staatlicher Stützprogramme gemeistert werden soll - nichts hinzuzufügen, außer der abschließenden Bemerkung, dass es sich bei diesem Buch um eine wichtige, lesenswerte Standortbestimmung handelt, der eine möglichst weite Verbreitung und intensive Diskussion vergönnt sein sollte.

Theo Mechtenberg

Antisemitismus im Nachkriegspolen

Ein Buch bewegt die Gemüter

Es ist selten, dass ein Buch nicht nur über Monate die Bestseller-Listen anführt, sondern dazu noch ein gesellschaftliches Erdbeben auslöst. *Jan T. Gross*, ein in den USA lebender polnischer Historiker, hat mit seiner Veröffentlichung zum jüdisch-polnischen Verhältnis gleich zweimal eine die polnische Gesellschaft bewegende Diskussion ausgelöst – 2002 mit seiner Untersuchung der Ermordung jüdischer Bewohner der ostpolnischen Kleinstadt Jedwabne durch ihre „Nachbarn“ (*Sąsiedzi*), so der Titel seines Buches, und nun mit einem umfangreichen historisch-soziologischen Essay unter dem gleichfalls lapidaren Titel „*Strach*“ (Angst).¹ Darin befasst sich der Autor mit dem Antisemitismus in Polen unmittelbar nach Kriegsende, und dies unter dem Aspekt eines die Bevölkerung auf unterschiedliche Weise betreffenden moralischen Versagens.

Jan T. Gross entstammt einer in der Tradition der polnischen Intelligenz tief verwurzelten Familie. Im Zweiten Weltkrieg kämpften beide Eltern im Untergrund gegen die deutsche Besatzung. Für ihn selbst wurde der März 1968 zum Schlüsselerlebnis seines Widerstandes gegen Unfreiheit und Unterdrückung. Im Zusammenhang mit den Studentenprotesten und der von der kommunistischen Partei inszenierten antisemitischen Kampagne saß er für knapp fünf Monate im Gefängnis und wurde von der Universität relegiert. Wie so viele Oppositionelle jener Jahre wählte auch *Jan T. Gross* mit seiner Familie das Exil.

Diese biographischen Daten sind ein Beleg dafür, dass es *Gross* in seinem neuen Buch um Polen geht und ihm nicht unterstellt werden kann, „in einem Atemzug die Dämonen des Antipolonismus und des Antisemitismus zu wecken“, wie es in einem Schreiben des

¹ Jan T. Gross, *Strach. Antysemityzm w Polsce tuż po wojnie. Historia moralnej zapaści* (Angst. Antisemitismus in Polen unmittelbar nach dem Krieg. Geschichte eines moralischen Versagens), Kraków 2007.

Krakauer Kardinals *Dziwisz* an den Herausgeber und Leiter des katholischen Verlages „Znak“ heißt. Und als geradezu abwegig muss man das von der Krakauer Staatsanwaltschaft am Tag der Buchpremiere eingeleitete und inzwischen eingestellte Untersuchungsverfahren betrachten, das klären sollte, ob der Autor mit seiner Veröffentlichung die nationale Ehre verletzt hat.

Intention von hoher Moralität

Gross' Intention ist im Gegensatz zur Meinung seiner Kritiker aller Ehren wert. Er beschreibt, was ihn bewogen hat, sich der Thematik des Antisemitismus in Polen nach dem Holocaust zu widmen. Es war ein bereits 1947 erschienener Bericht über die Rettung jüdischer Kinder.² Darin vermerkt die Autorin in ihrem Vorwort, es habe unter den Polen, die Kinder gerettet haben, solche gegeben, die darum baten, nicht namentlich genannt zu werden. *Gross* zitiert unter besonderer Hervorhebung: „Ich weiß nicht, ob irgend jemand außerhalb der Grenzen Polens die Tatsache begreift und versteht, dass man die Rettung eines Kindes, dem ein Verbrecher nach dem Leben trachtet – jemanden aus Scham oder Schande verheimlichen möchte beziehungsweise dass sie einem Unannehmlichkeiten beschern kann.“ (S.11) Eben dies war auch für *Gross* unfassbar. Ist es nicht absurd, so fragt er, „dass dieselben Menschen, denen wir heute als Gerechte unter den Nationen der Welt Ehre erweisen, sich nach dem Krieg davor fürchteten, dass ihre edlen Taten bekannt werden?“ (S.11) Sein Buch ist der Versuch, auf diese Absurdität eine Antwort zu finden.

Der Antisemitismus – eine christliche Herausforderung

Bemerkenswert ist, dass „Angst“ in einem katholischen Verlag erschienen ist. Verlagsleiter *Henryk Woźniakowski* verweist in seinem Vorwort zu Recht darauf, dass sich der Verlag „Znak“ und die gleichnamige Zeitschrift sowie die zum gleichen katholischen Umfeld zählenden Publikationsorgane „Tygodnik Powszechny“ und „Więź“ die gesamte Nachkriegszeit über mit zahlreichen Büchern und Beiträgen der jüdisch-polnischen Problematik gewidmet und den in der Gesellschaft grassierenden Antisemitismus bekämpft haben. Wörtlich schreibt er: „Daher veröffentlichen wir das Buch von *Jan Tomasz Gross*, einem polnischen – wenn auch in den USA lehrenden – Historikers und Soziologen in der Hoffnung, dass dank dem die faktische Schande, dass das Nachkriegspolen das einzige Land war, in dem Juden als Juden physisch bedroht waren, aus polnischer Sicht gebührend aufgearbeitet wird.“ (S.VII)

Bevor sich *Gross* der unmittelbaren Nachkriegszeit zuwendet, geht er auf die Jahre deutscher Besatzung ein, in denen Millionen polnischer Christen das Leiden von drei Millionen ihrer jüdischen Mitbürger vor Augen hatten und sich auf sehr unterschiedliche Weise verhalten haben – durch Gleichgültigkeit, Schweigen und Beteiligung an Verfolgung und Morden, aber auch durch selbstlose Hilfe. Dabei spricht er die Polen von dem Vorwurf frei, sie seien schuld, dass der Holocaust auf ihrem Boden stattfand. Dies sei ausschließlich eine Entscheidung der nazistischen deutschen Führung gewesen, auf welche Polen in keiner Weise Einfluss gehabt hätten. „Daher vollzog sich die Beteiligung der polnischen Gesellschaft am Prozess der Vernichtung der jüdischen

² Maria Hochberg-Mariańska und Noe Grüss: *Dzieci oskarżają* (Kinder klagen an), Centralna Żydowska Komisja Historyczna w Polsce, Kraków-Lódź-Warszawa 1947, S. XXXII.

Nation unter Umständen, an denen die Polen unschuldig sind. Ein Aufruf zur Ermordung von Juden gab es in keinem Programm einer polnischen Partei [...] Selbst bei polnischen Antisemiten findet sich keine Aussage, die jüdische Nation zu vernichten.“ (S.315)

Detaillierte Darlegung der Verfolgung von Juden durch ihre polnischen Mitbürger
Gross geht anhand einer Vielzahl von Einzelbeispielen auf das Schicksal der Juden ein, die den Holocaust überlebt hatten und sich unmittelbar nach dem Krieg neuerlicher Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt sahen. Er beschreibt die administrative sowie wilde Konfiszierung jüdischen Besitzes. So heißt es in einem Dokument des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, dass die Mehrzahl der Häuser in Kielce Juden gehört hatte. Nach ihrer Deportation hätten sich Polen darin eingerichtet, den ursprünglich jüdischen Besitz als ihr Eigentum betrachtet und auf ihre Angehörigen gewartet. „Statt ihrer Nächsten kehren Juden (als Repatrierte aus Russland) zurück“, was den verbreiteten Antisemitismus und die Übergriffe auf Juden zur Folge hatte. (S.180) *Gross* geht zudem auf die in Teilen des polnischen Volkes tief verwurzelte Vorstellung vom jüdischen Ritualmord ein, die insbesondere beim Pogrom in Kielce eine ausschlaggebende Rolle gespielt habe. Er macht aber deutlich, dass das Morden keineswegs auf Kielce beschränkt gewesen war. Er führt Augenzeugen an, die davon berichten, man habe Juden unter dem Vorwand, sie hätten für ihre Matze christliche Kinder geraubt, aus den Zügen geholt und auf den Bahnsteigen umgebracht. Den Pogromen unmittelbar nach dem Krieg seien schätzungsweise 500 – 2.500 Juden zum Opfer gefallen. Der Autor untersucht des Weiteren, wie sich die Kirche den Pogromen gegenüber verhalten hat und geht den spezifisch polnischen Ursachen des Antisemitismus nach. Ein reiches Quellenmaterial von allerdings unterschiedlicher und teils umstrittener Beweiskraft stützt seine Thesen.

Wenngleich *Gross*, wie *Woźniakowski* in seinem Vorwort meint, zu Überspitzungen und Verallgemeinerungen neige, so sei dies doch in einem Essay durchaus berechtigt, der zur Diskussion und zu weiteren Forschungen anrege sowie zu einer „Enttabuisierung“ eines Themas „beitragen könne, das äußerst wichtig ist für Polen, die sich nicht allein für die materiellen und geistigen Triumphe der nationalen Gemeinschaft verantwortlich fühlen – wie manche Exponenten einer ‚Geschichtspolitik‘ möchten -, sondern ebenso für ihren Fall und ihre Niederlagen, vor allem die moralischer Art.“ (S.IV)

Im Folgenden sollen aus dem reichhaltigen Material einige Aspekte ausgewählt und näher betrachtet werden. Im einzelnen geht es um das Verständnis des Titels, um die Ursachen des polnischen Antisemitismus, um die antisemitische Tradition der *Endecja* sowie um das Schweigen der Kirche.

Angst – warum und vor wem?

Unter den Zeugnissen unmittelbar Betroffener findet sich auch folgender Bericht einer vom Dorf stammenden polnischen Hausangestellten. Nachdem man ihre jüdische Familie ins Getto eingeliefert hatte, besuchte sie diese täglich. Es gelang ihr, zwei der drei Kinder aus dem Getto zu befreien. Mit ihnen kehrte sie in ihr Dorf zurück. Als die Nachbarn merkten, dass sie jüdische Kinder versteckt hielt, wurde sie von allen Seiten unter Druck gesetzt, die Kinder der Gestapo auszuliefern. Als sie sich weigerte, bestand die Dorfgemeinschaft am Ende darauf, den Kindern nachts im Schlaf die Köpfe

abzuschlagen. Die Kinder, die um diesen Mordplan wussten, sagten zu ihrer Retterin: „Karolinchen, tötet uns noch nicht heute. Noch nicht heute.“ (S.42)

Beide Kinder überlebten den Krieg. Ihr „Karolinchen“ hatte die Dorfgemeinschaft getäuscht, indem sie vorgab, die Kinder in einem nahen Teich ertränkt zu haben.

Dieser erschütternde Bericht ist zugleich eine Illustration der Angst – zuerst die der Kinder, dann die ihrer Retterin und zuletzt die der Dorfbewohner, die – würden die Kinder bei einer Razzia entdeckt – um ihr Leben bangten und bereit waren, das der Kinder für ihre Sicherheit zu opfern.

Gross zitiert aus einem bereits 1958 erschienenen Tagebuch³ zahlreiche Beispiele, welche die Jagd auf Juden, zumal in den Dörfern, belegen. „Aus Angst vor Repressionen fangen die Bauern in den Dörfern Juden und bringen sie in die Stadt oder ermorden sie oft gleich an Ort und Stelle. [...] Eine Psychose erfasst die Menschen [...], die nach dem Vorbild der Deutschen in einem Juden keinen Menschen, sondern ein schädliches Tier sehen, das man unter allen Umständen vernichten muss [...]“ (S.33)

Der Autor zeigt die lange nachwirkende Konsequenz dieser aus der Okkupationszeit stammenden Psychose. Er schreibt: „Was man den Juden angetan hat, macht den Leuten bewusst, dass sie einem kollektiven Wahnsinn verfallen können und dass sie für sich selbst eine permanente Bedrohung darstellen. Wenn sich Juden nicht artgemäß von andern Menschen unterscheiden, dann bildet das Böse, dem diese während des Krieges nachgaben und an dem die örtliche Bevölkerung ihren Anteil hatte, eine tödliche Bedrohung für sie selbst. Wenn man aber mit Menschen, die sich durch ihr Judentum unterscheiden, unmenschlich umgehen kann, dann bedeutet dies, dass es keine unübersteigbare Barriere gibt, die verhindert, dass man wen auch immer unmenschlich behandeln kann. Die Gegenwart eines Juden erinnert daran, wie brüchig unsere Existenz ist, die uns den Gedanken an Gewalt nahe legt, daran, wozu wir fähig sind. Ohne Sühne für das den Juden als den Nächsten angetane Unrecht bleibt nach den Verbrechen aus der Zeit der Okkupation A n g s t.“ (S.310)

Antisemitismus in Partei und Arbeiterklasse

In der Analyse von Dokumenten des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, die auf das Pogrom von Kielce Bezug nehmen, kommt *Gross* zu dem Schluss, dass die Leitungsgremien von Partei und Staatssicherheit auf das Pogrom in keiner Weise reagiert haben. Zwar sei ein Dekret zur Bekämpfung des Antisemitismus in Vorbereitung gewesen, doch „das politische Establishment entschied definitiv, dass die jüdische Frage in keiner Weise zu behandeln sei.“(S.183)

Zudem zeigt sich in den Dokumenten, dass der Antisemitismus vornehmlich in der weitgehend aus der Landbevölkerung stammenden neuen Arbeiterklasse verbreitet war. In ihr finden sich die alten Stereotype von den „reichen Juden“, den „Parasiten“ des Volkes. „Antisemitismus durchdringt die Reihen der Partei, den unteren, selbst den mittleren Apparat.“ (S.181) Nach Auffassung der Partei sei die bloße Anwesenheit von Juden allein schon Grund genug für die antisemitische Einstellung der Arbeiterklasse „und würde man sich ihrer nur entledigen können, dann verschwände mit ihnen auch das Problem.“ (S.182)

³ Zygmunt Klukowski, Dziennik z lat okupacji Zamojszczyzny (Tagebuch aus den Jahren der Okkupation des Gebiets von Zamość), Lublin 1958

Ganz anders die Einstellung der Intelligenz. *Gross* lässt zahlreiche Stimmen zu Wort kommen, die sich gleich nach Kriegsende äußerst kritisch mit dem Antisemitismus auseinandersetzen und seine Überwindung einforderten. Zugleich wird in diesen Zeugnissen die Erschütterung deutlich, dass selbst angesichts des Holocaust der Antisemitismus, wenngleich beschränkt auf die neue städtische Schicht der Arbeiter und kleinen Angestellten, fortlebt. Allein die Intelligenz sei vom Antisemitismus frei gewesen, während „andere geistige und politische Eliten aus dem engen Horizont der Stereotype nicht heraustreten konnten. Schriftsteller, Poeten und Wissenschaftler erwiesen sich ein weiteres Mal als Gewissen der Nation.“ (S.214)

Antisemitismus in der Tradition der Endecja

Am stärksten ist wohl der polnische Antisemitismus in der Nationaldemokratie der Vorkriegszeit, der so genannten Endecja, verwurzelt. *Gross* zitiert aus dem Tagebuch eines ihrer Anhänger: „Was mich betrifft, so blicke ich auf die Vernichtung der Juden in Polen aus zwei unterschiedlichen Perspektiven, zwischen denen eine schwer überwindbare Antinomie besteht – als Christ und als Pole. Als Christ darf ich meinem Nächsten das Mitgefühl nicht verweigern. [...] Als Pole betrachte ich die Vorfälle anders. Als Parteigänger der Ideologie von *Dmowski* sehe ich in den Juden fremde Okkupanten, eine dem Land feindlich gesonnene Diaspora.“ (S.302) Wegen der in dieser Einstellung zum Ausdruck kommenden Synthese zwischen Polentum und katholischem Glauben nennt *Gross* ihn einen „katoendek“. Und er kritisiert ihn mit den Worten: „Das christliche Gewissen und die Kenntnis der historischen Tradition der eigenen Nation sollten ihm wohl klar machen, dass dies eine falsche Alternative ist und er diese Antinomie überwinden muss, um den ihm seit der Kindheit eingepflanzten Werten treu zu bleiben.“ (S.303)

Gross macht deutlich, dass es sich bei der Endecja um eine Ideologie handelt, der ein Katholik keineswegs zwangsläufig erliegen musste. Er sagt klipp und klar, „dass Katholizismus und Weltanschauung der Endecja zwei von einander zu unterscheidende Phänomene sind. Man konnte vor dem Krieg ein tief gläubiger und politisch engagierter Katholik sein und sich doch von Schrifttum und der politischen Partei des *Roman Dmowski* fern halten.“ (S.185)

Diese Klarstellung ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass sich die Ideologie der Endecja mit ihrer Fremdenfeindlichkeit und ihrem Antisemitismus bereits in der Zwischenkriegszeit gesellschaftlich verheerend ausgewirkt hat. Ihre Konsequenzen „untergruben in der multiethnischen Gesellschaft [...] im Zusammentreffen mit dem auf Vernichtung zielenden Antisemitismus der deutschen Okkupanten bei vielen einfachen Menschen die Schärfe moralischen Urteilens.“ (S.185) Juden wurden je nach Bedarf etikettiert. „Der Jude war gleichzeitig Kommunist, Händler, Kapitalist, ein arbeitsloser Faulpelz, Reicher, Vampir, Antichrist, Kosmopolit sowie Kindermörder, mit dem man am besten nichts zu schaffen hat.“ (S.304)

Ein von der Endecja den Juden angedichtetes Etikett besonderer Art ist das Stereotyp „żydokomuna“, das eine angebliche Identifizierung des Judentums mit dem Kommunismus beinhaltet. Wenngleich es auf der Hand liegt, dass Juden wie andere Gesellschaftsschichten sehr unterschiedliche weltanschauliche und politische Ansichten vertraten, so hat sich doch dieses Vorurteil als „ausgesprochen dauerhaft sowohl im alltäglichen Umgang als auch in der Publizistik der ‚katoendecja‘ erwiesen.“ (S.246)

Schon angesichts der geringen Zahl von schätzungsweise 25.000 – 30.000 Kommunisten im Vorkriegspolen, deren Partei zudem in der Illegalität operierte und deren in die UdSSR emigrierte Führung den stalinistischen Prozessen der 1930er Jahre zum Opfer gefallen war, konnte – wie *Gross* nachrechnet – nur ein Bruchteil der rund drei Millionen Juden der kommunistischen Partei angehören. Es habe im Vorkriegspolen lediglich 7.000 – 8.000 Kommunisten jüdischer Herkunft gegeben, „also zwei bis drei Promille damaliger polnischer Juden.“ Mit der Realität hatte das Schlagwort „żydokomuna“ jedenfalls nichts zu tun.

Im Nachkriegspolen erfuhr das Stereotyp „żydokomuna“ eine weitere Zuspitzung. Nun sprach man – so *Gross* – von einer allgemeinen „Verjudung“ des Sicherheitsapparats. Der Autor leugnet nicht, dass Juden, und zwar in führender Position, im Sicherheitsapparat tätig waren. Und er macht sie ohne Wenn und Aber für die stalinistischen Verbrechen jener Jahre mitverantwortlich. Es habe sich bei diesen Führungskräften um rund 150 Juden unter über 300 Nichtjuden gehandelt. Zudem habe es auf der unteren Ebene der rund 250.000 vom Lande stammenden Milizionäre, denen die Verbrechen konkret anzulasten seien, kaum einen Juden gegeben. Zusammenfassend erklärt *Gross*: „Wenn nach den Postulaten der katoendecja das Judentum ein im Fleisch der Nation fremdes Element ist, dann ist es nicht verwunderlich, dass es das nationale Interesse ignoriert und Polen schadet – indem es sich zum Beispiel im Sicherheitsapparat engagiert. Für die Publizistik und Historiographie der katoendecja sollte ehrlicher Weise das zur Aufklärung wesentliche Problem die ‚siebzig Prozent‘ des Leitungskaders polnischer Herkunft im Ministerium für Staatssicherheit sein sowie die Viertel Million ‚Staški‘ in den kommunistischen Organen des Terrors *in toto*. Zu diesem Thema weiß jedoch die katoendecja nichts zu sagen.“ (S.293)

Gross weiß sehr wohl, dass der nationale oder nationalistisch begründete Antisemitismus keine rein polnische, sondern eine im gesamten christlichen Europa verbreitete Erscheinung war. Und er hätte sich von anderen europäischen Formen des Antisemitismus kaum abgehoben, „wäre es nicht zur Okkupation Polens gekommen und mit ihr zu einer fortchreitenden Brutalisierung der Verfolgung von Juden.“ (S.321) *Gross* zeigt zudem, dass sich Vertreter der Endecja durch den Holocaust vor eine Entscheidung gestellt sahen: entweder die Konsequenzen des Antisemitismus kritisch zu überdenken oder die antisemitische Politik der Besatzer zu akzeptieren. Als positives Beispiel verweist er u. a. auf die Schriftstellerin *Zofia Kossak-Szczucka*, von Haus aus „eine Antisemitin“, die *Gross* mit den Worten zitiert: „Obgleich der Jude der nationale Feind des Polentums ist, so verlangt doch die christliche Ethik vom katholischen Polen, dass er sich der Ermordung der Juden widersetzt. [...]“ Als Mitglied der ‚Żegota‘, einer Untergrundorganisation zur Rettung von Juden, habe sie dazu aufgerufen, Juden zu helfen: „Wer angesichts des Mordens schweigt – der macht sich mit den Mördern gemein. Wer nicht verdammt – der erlaubt.“ (S.313) Während *Gross* diese klaren Worte einer Antisemitin zu würdigen weiß, vermerkt er zugleich, dass ihr Appell „von der Mehrheit der Gesellschaft und des katholischen Klerus ignoriert wurde.“ (S.313)

Das Schweigen der Kirche

„Wer angesichts des Mordens schweigt – der macht sich mit den Mördern gemein.“ Diesen Vorwurf erhebt *Gross* gegen Polens katholische Kirche. An der klaren Aussage des Dekalogs, „dass kein Mensch einen anderen Menschen töten darf“, habe es in Bezug

auf die Vernichtung der Juden gemangelt. So habe der Krakauer Fürstbischof *Adam Sapieha* bei Generalgouverneur Frank gegen den Judenmord nicht protestiert. Unter Berufung auf den Jesuiten *Stanisław Musiał* verweist *Gross* darauf, „dass sich weder in dessen Aussagen noch in denen anderer Hierarchen der polnischen Kirche irgendwelche Spuren an Mitgefühl oder Trost finden. [...] Und das lässt sich durch kein Feigenblatt verhüllen, nicht durch die wenigen Namen von Christen und Ordensschwestern, die Juden gerettet haben. Denn in Ausübung des Berufs und aufgrund des Glaubens hätten sich a l l e o h n e A u s n a h m e dem Verbrechen des Holocaust widersetzen müssen.“ (S.314)

Ausführlich untersucht *Gross* die Reaktion des katholischen Amtskirche auf das Pogrom von Kielce. Hierzu habe Primas *August Hlond*, trotz Bitten von jüdischer Seite, geschwiegen. Von den Bischöfen habe sich allein der Ordinarius von Tschenschostochau, *Teodor Kubina*, zu Wort gemeldet. Dieser habe „eindeutig den Antisemitismus der Kielcer Volksmenge und den Unsinn der verbreiteten Gerüchte um der von Juden verübten Ermordung christlicher Kinder verurteilt.“ (S.186) Doch für seinen Alleingang sei er auf der Bischofskonferenz vier Monate später scharf kritisiert worden. Im Sitzungsprotokoll heißt es, alle Bischöfe seien verpflichtet, „sich bei ausnahmslos sämtlichen Vorgängen im Land eines individuellen Standpunkts zu enthalten und keine Situation herbeiführen wie im Falle der Ereignisse in Kielce [...], dass sich der Ordinarius einer Diözese [...] an einer Verlautbarung beteiligt, deren Inhalt und Intentionen andere Ordinarien aus grundsätzlichen und kanonischen Erwägungen der katholischen Kirche für inakzeptabel halten.“ (S.137) In der Tat hatte Bischof *Kubina* gemeinsam mit Vertretern örtlicher Behörden eine gegen das Morden in Kielce gerichtete Erklärung unterzeichnet, wobei ihr Wortlaut allerdings für eine kirchliche Beanstandung keinen Anlass bietet.

Doch Polens Kirche hat zum Pogrom in Kielce nicht nur geschwiegen, sie hat auch Stellung bezogen, allerdings nicht im Sinne einer klaren Verurteilung der Mordtaten, sondern im Ungeist einer antisemitischen Beschwichtigung. *Gross* zitiert aus dem auf Veranlassung von Bischof *Kaczmarek* erstellten Memorial. Darin wird behauptet, im Krieg habe es keinen Antisemitismus gegeben. Vielmehr „fühlten alle mit den Juden mit [...] Die Polen retteten viele Juden [...]. So war es 1944 und zu Beginn des Jahres 1945. Nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen, nachdem die Lubliner Regierung ihre Macht über ganz Polen ausgeweitet hatte, änderte sich dieser Stand der Dinge grundlegend. Die Ablehnung der Juden nahm ihren Anfang.“ (S.197)

Das Memorial gibt auf die Frage, wie es zu den Ereignissen in Kielce kommen konnte, eine einzige Antwort: „Weil die Menge die Juden hasst.“ (S.197) Doch warum werden sie gehasst? „Die Juden in Polen sind die Hauptpropagandisten des kommunistischen Systems, das die polnische Nation ablehnt. [...] Die Ministerien, die Stellen im Ausland, die Positionen in den Fabriken, Ämtern, in der Armee sind voll mit Juden besetzt. [...] Sie sind im Sicherheitsapparat, nehmen Verhaftungen vor.“ (S.197) Der nationale Stolz verbietet offenbar die Vorstellung, dass in den kommunistischen Führungskadern überwiegend Polen tätig waren. Also musste das Stereotyp „zydokomuna“ zur Erklärung herhalten. Es lässt „die Juden selbst für den Hass verantwortlich“ erscheinen, „der sie umgibt“ (S.198) und es rechtfertigt scheinbar das Schweigen der Kirche, denn ein entschiedenes Eintreten für das Lebensrecht der Juden und eine klare Absage an

jeglichen Antisemitismus wäre – so die Logik des Memorials – einer Unterstützung des kommunistischen Systems gleich gekommen und hätte möglicherweise die Massen gegen die Kirche aufgebracht.

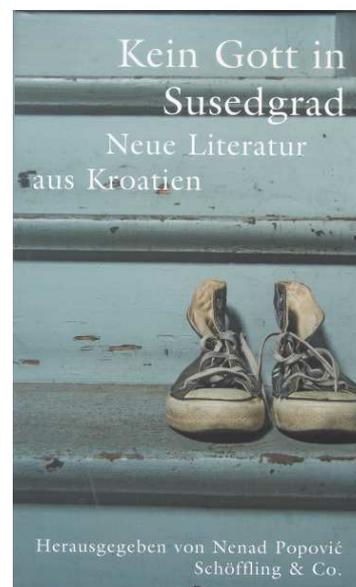
In den Schlusssätzen bringt *Gross* noch einmal seine moralische Intention zum Ausdruck. „Mit der Realität lässt sich nicht streiten – entweder man lebt in der Lüge oder man bekennt sich zur Wahrheit und geht auf sie zu. Wir müssen die Geschichte des Schicksals jüdischer Mitbürger, die unter den Ihren den Tod fanden, bis ins Letzte kennen. [...] Polen müssen sich einander die Geschichte der Verfolgungen der Juden in Polen in einer Weise erzählen, dass das Opfer in dieser Erzählung das eigene Los wieder erkennt.“ (S.318) Als ein solcher Versuch sollte *Gross`* „Angst“ gelesen werden.

Gerhard Schüsselbauer Neue Literatur aus Kroatien 2008

**Nenad Popović (Hg.), Kein Gott in Susedgrad, Schöffling & Co.
Verlagsbuchhandlung, Frankfurt am Main 2008, 300 S.**

„Gesetzt, der Mensch ist eine Kerze aus Zeit. (Wenn sie abbrennt, wenn die Zeit zu Ende geht, ist auch der Mensch verschwunden.) Die Kerze aus Zeit brennt und misst die Zeit. Die gigantische Zeit langweilt sich, und hier und da und dann und wann misst sie sich selbst. (Stanko Andrić, Die Enzyklopädie vom Nichts)

Die von Nenad Popović, dem 1950 in Zagreb geborenen Schriftsteller und Verlagsgründer, herausgegebene Anthologie von Erzählungen junger kroatischer AutorInnen mit dem Titel *Kein Gott in Susedgrad* zeigt, dass Kroatien viel mehr zu bieten hat als „exportierte“ Fußball- und Handballspieler, Strände und Inseln an der dalmatinischen Küste, Dubrovnik oder die Winnetou-Kulisse der Plitvicer Seenlandschaft. In diesem Erzählband kommt eine Generation von SchriftstellerInnen zu Wort, die von den dramatischen politischen Ereignissen und dem Zusammenbruch des Staates Jugoslawien maßgeblich geprägt wurde. Kriegsgräuel, Entwurzelung, Heimatverlust, Vertreibung, Rache und Hass bilden den Hintergrund für eine reiche Facette von Erzählstilen, die von historischen über fantastischen Erzählungen bis zum nihilistischen Hinterfragen des „Nichts“ reicht. Allen, mitunter sehr jungen AutorInnen ist gemein, dass sie noch in Titos Jugoslawien geboren wurden, aber ihre Jugend bzw. ihr junges Erwachsenenendasein in den Kriegen der 1990er Jahre durchlebten. So umfasst die Aufarbeitung der jüngsten Zeitgeschichte den Zeitraum vom vermeintlichen sozialistischen Ideal der jugoslawischen Vielvölkergesellschaft bis zu den „ethnischen Säuberungen“ des letzten Jahrzehnts. Interessant ist in diesem Zusammenhang zudem, dass sich die junge Garde der SchriftstellerInnen Kroatiens vom Einheitsbrei der



sozialistisch motivierten, serbokroatischen Nachkriegsliteratur, die oftmals eine pathetisch-heroische Verherrlichung oder aber eine Romantisierung des Balkanlebens betrieb, entscheidend abhebt.

„Wenn einer in einer solchen Umgebung geboren wird [also Bosniern, Serben und Kroaten, auch Ungarn und Juden], findet er das normal“. Die Normalität der ethnischen Gemengelage wird jäh unterbrochen vom „Auslöschung der Erinnerung, was immer auch der Auftakt für das Auslöschung von Menschen ist, so beschreibt Igor Štiks in seiner Erzählung *Auf gepackten Koffern* die seelischen Veränderungen seit dem Ausbruch der Konflikte. Die grenzenlose Hoffnungslosigkeit kommt bspw. in Vlado Bulićs Erzählung *Die fünfte Kolonne* zum Ausdruck: „Tom hatte versucht, sich mit einer Schachtel Valium umzubringen, Sani und Marina waren auf Entzug und ein paar andere dealten. Der Rest war größtenteils arbeitslos.“ Oder aber es bleibt die Flucht ins Fantastische, wie Tomica Bajsićs Erzählung *Zwei Welten und noch eine* veranschaulicht. Robert Perišćs *Kein Gott in Susedgrad* ist dagegen eine brillante Kurzgeschichte des „gewöhnlichen, familiären, unerklärlichen Wahnsinns ... In jedem Haus, im Dunkel des Zimmers versteckt.“ Tatjana Gromača unternimmt in ihrer Erzählung *Die blutigen Hochzeitsgäste* einen höchst gelungenen Ausflug ins Reich der Poesie. „... ich lese die Verse, überlasse mich der Schönheit, ihrer Macht, die die Gewalt eines mörderischen Strudels hat, einer gewaltigen Welle, die rauschend anrollt und die Wracks der Schiffe mitnimmt, um eine Leere zu hinterlassen, einfach und rein wie der Tod.“ Boris Dežulović geht in seiner längeren Erzählung eingehend der Frage nach, wie die „Bakterie Kroatien“ entstehen konnte. Diese für das Auge unsichtbare Bakterie, die sich vermehrt, teilt und sich zu Ketten verbindet, gerade so wie wir, das ist nichts anderes als ein Same, aus dem wie eine großartige Epidemie der Unabhängige Staat Kroatien wieder erwachsen wird!“

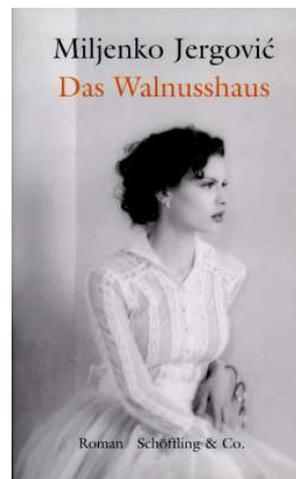
Die Erzählsammlung *Kein Gott in Susedgrad* wirft viele Fragen und Rätsel auf. „Wo ist der Ort, an dem sie geboren wurden, wo ist der Ort, an dem sie gestorben sind, wo sind ihre Erzählungen, die Mühsal, die sie hinter sich gelassen haben?“ fragt Roman Simić in seiner Kurzprosa *Füchse*. Trotz der unbeantworteten Ungewissheiten ist Popovićs Erzählsammlung ein hervorragender Einstieg für all jene LeserInnen, die sich dem EU-Beitrittskandidaten Kroatien abseits politischer Fragen beschäftigen möchten.

Miljenko Jergović, Das Walnusshaus, Schöffling & Co. Verlagsbuchhandlung, Frankfurt am Main 2008, 613 S.

„Bis ans Lebensende hätte sie für Ivo Schwarz getragen, sein Bild in der königlichen Marineuniform hätte auf ihrem Nachttisch gestanden, sie wäre nicht siebenundneunzig Jahre alt geworden, sondern zur rechten Zeit gestorben, versöhnt mit der Welt und ihrem Schicksal. In ihr wäre nicht die große Wut geboren worden, die es dem Herzen verbietet, stillzustehen. Aus Zärtlichkeit und Leidenschaft wurde Wut, so wie der Wein zu Essig wird.“

Das Leben ist kein langer ruhiger Fluss... Auf jeden Fall dann nicht, wenn man/frau auf dem Balkan im 20. Jahrhundert geboren wurde und das gesamte Jahrhundert durchlebt hat. Daher nimmt es nicht wunder, wenn man/frau zu einer Furie wird. Davon erzählt der großartige, wunderbar konstruierte Roman *Das Walnusshaus* des 1966 in Sarajewo geborenen und nun in Zagreb lebenden Schriftstellers Miljenko Jergović. Das Leben von Regina Delavale, die 1905 als Regina Sikirić geboren wurde und im Jahr 2002 im Alter von 97 Jahren geistig umnachtet stirbt, bildet die Rahmenhandlung des Romans. Früh scheiden ihre Eltern, die sich im k. u. k. Habsburgerreich kennenlernten, aus dem Leben. Reginas Brüder verschränkt es durch halb Europa. Ein Bruder verirrt sich nach Paris, als gerade die deutsche Wehrmacht die Pariser Straßen erobern, und schließt sich später den serbischen Tschetniks an. Ein weiterer Bruder profitiert als Kriegsgewinnler von den Vertreibungen durch die kroatische Ustascha und wird Gastwirt, wohingegen der dritte Bruder unter Tito bei den Partisanen mitkämpft, jedoch nur als Geisteskranker den Krieg überlebt. Natürlich sind das allegorische Anspielungen auf die schlimmsten und blutigsten Jahre Ex-Jugoslawiens. Aber Jergović Leistung ist es, daraus keinen eindimensionalen Familienroman werden zu lassen, sondern kraft seiner Fantasie und erzählerischen Gabe ein vielschichtiges Panoptikum des Zerfalls seiner Heimat über einen langen Zeitraum hinweg.

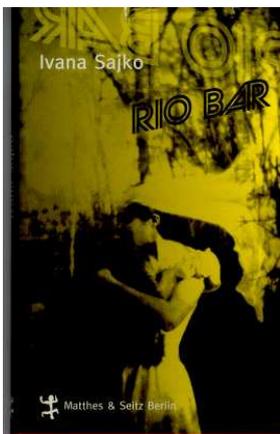
Regina war ein sprödes Kind, eine noch sprödere Frau Regina Delevale und später eine grauenvoll garstige, geistig verwirrte und tyrannische Alte. Der große Kunstgriff Jergovićs besteht darin, die Geschichte, beginnend mit Kapitel XV, von hinten nach vorne zu erzählen, sodass sich vergleichbar Christopher Nolans genialem Film *Memento* ein ganz eigener Spannungsbogen ergibt. Erinnerung wird nicht zur Rekonstruktion aus dem Vergangenen sondern zur Reflexion aus dem später Geschehenen und zuerst Erzählten. Seine Hauptfigur wird so zum Verbindungsglied, das die dramatischen Ereignisse rückwärts von der Agonie und dem Untergang der osmanischen Herrschaft am Anfang des 20. Jahrhunderts bis zur Bombardierung Dubrovniks in den 1990er Jahren und dem Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen umspannt. Reginas Leben in diesem historischen Labyrinth ist psychologisch betrachtet das „Missverhältnis zwischen Seele und Körper – die eine jung und unglücklich, die andere im Einklang mit den Jahren“. „ Es gibt [für Regina] zwei natürliche Ursachen für den Abschied von dieser Welt: Die meisten Menschen gehen versöhnt mit dem verlorenen Leben, die anderen enden im Irrenhaus, weil die Seele unversöhnt vor die Hunde geht. Die Intensität des Wahnsinns bestimmt so oder so die Länge des Lebens.“ Die Gespaltenheit



und Zerrissenheit Reginas zwischen Irrsinn und Scharfsinnigkeit, zwischen hingebungsvoller Liebe und verblendetem Hass stellen nichts anderes als einen Spiegel ihrer Zeitgeschichte dar.

Eindrucksvoll beschreibt Jergović das grundsätzliche Dilemma des Westbalkan: „Massaker werden bei uns immer verziehen und nie vergessen. Auf jedem Verzeihen aber steht ein Verfallsdatum. Man verzeiht für zehn, fünfzig oder hundert Jahre, doch nichts wird auf alle Zeit verziehen, kein einziges Verbrechen, ob es nun tatsächlich stattgefunden hat oder erfunden ist.“ So konnte es möglich werden, dass sich nach Jahrzehnten der friedlichen Koexistenz das Grauen der Bürgerkriege breitmachen konnte. Der „blinde Wunsch nach Rache“ lässt die „Völker einander unerwiderte Liebe, Verrat und Verleumdung“ heimzahlen. Über fünf Generationen breitet Jergović einen aus schmerzreichen Erinnerungen, aber auch aus Sehnsüchten und Leidenschaft geknüpften Teppich der Seelenlagen aus. Das Walnusshaus, das ein Holzschnitzer für die noch ungeborene Regina am Anfang des 20. Jahrhunderts anfertigt, „ist das Einzige, was in dieser traurigen Welt Männern wie Frauen gehört.“

Ivana Sajko, Rio Bar, Matthes & Seitz Verlagsgesellschaft mbH, Berlin 2008, 175 S.



„Ich stülpe das Gesicht von dem, der zurückkommen sollte, über ihre Knochen – jeder Teil steht ihm wie angegossen. Mein stumpfes Gefühl muntert mich auf. Schau nicht hin! Die Augen sind unschätzbare Zeugen, doch die Tränen trüben die Sicht. Das stumpfe Gefühl nimmt mich bei der Hand und führt mich weiter. Das trübe Gefühl reist mit mir. Die Augen weinen nicht mehr. Die Augen schließen sich nicht. Die Augen gewöhnen sich an alles.“

Ivana Sajko, geboren 1975 in Zagreb, zählt zur jungen Garde in der kroatischen Literaturwelt. Einen Namen machte sie sich vor allem als Dramatikerin und Theaterregisseurin. Ihr erster Roman *Rio Bar*, der von Alida Bremer übersetzt und vom Berliner Verlag Matthes & Seitz in schöner Aufmachung herausgebracht wurde, konnte in Kroatien den Preis für das beste Prosawerk 2006 erringen.

Rio Bar ist ein Roman des Schmerzes, des Alptraums, eine schonungslose Abrechnung mit der männlichen Kriegsmaschinerie. In der Hochzeitsnacht einer namenlosen Hauptfigur begann im Sommer 1995 die kriegerische Rückeroberung der Krajina durch die kroatische Offensive „Sturm“ (Oluja), die zu Zehntausenden von serbischen Vertriebenen führt. Dieses Gebiet sowie Ostslawonien waren vorher von 1991 an von Serben besetzt worden. Der bittere Sieg der Kroaten lässt die Protagonistin „Acht Monologe über den Krieg für acht Schauspielerinnen in Brautkleidern“ schreiben und in der *Rio Bar* hemmungslos versumpfen. Ihr Mann wurde am Hochzeitsabend eingezogen und gilt seither als vermisst. Der Krieg wird so zur physischen Gewalt für die Braut, das weiße Hochzeitskleid als Symbol der Unschuld zum befleckten, verunreinigten Verbandszeug umfunktioniert und zur blutverschmierten Flagge des neuen, wiederhergestellten Kroatiens. Aber der Preis, den sie zahlt, ist unermesslich hoch: Zehn Jahre lang sucht sie verzweifelt nach ihrem Bräutigam. Die Braut findet sich wieder inmitten von Kameras, in ihrem „zerrissenen Brautkleid, verformt vom Schrecken“. Der

Sieg ihrer Landsleute über die Serben ist ein bitterer Sieg, sie braucht diesen Sieg nicht, auch nach vielen Jahren nicht. „Vor genau zehn Jahren saß sie an einer ähnlichen Theke, in einem ähnlichen Vorort, mitten in dem Getöse betrunkenener Salven. Sie musste sich auf den Boden werfen, damit sie keine der siegreichen Kugeln erwischte. Sie soff, neben der Theke hockend, und wartete darauf, dass die Befreiung vorbeigeht.“

Ivana Sajko ist ein eindringlicher, facettenreich montierter Kurzroman wider das Vergessen und für das Erinnern gelungen. Sie entwirft mit ihrer Hauptfigur ein in sich stimmiges Psychogramm einer Frau, die als „Unschuldige und Unbefleckte in diesem Haufen Scheiße“ nicht nur versucht, ihre Gefühlswelt in den Griff zu bekommen, sondern schlicht zu überleben. Es ist erstaunlich, wie es Ivana Sajko gelingt, einen Krieg mitten in Europa anhand eines Einzelschicksals wieder in Erinnerung zu rufen, den man schon lange vergangen wähnte. Dazu dienen auch die hilfreichen Anmerkungen über den Krieg am Schluss des Romans.

Olja Savičević, Augustschnee, Verlag Voland & Quist, Dresden und Leipzig 2008, 128 S. mit Hörbuch-CD (40 min)

„Nur das Klappern der Löffel gegen die Porzellanteller war zu hören. Die Taubheit, die durch die Fenster in die Küche kroch, war heiß und dicht. Ruhig, gleichgültig und selbstsüchtig genossen wir den trägen Lauf des Lebens, die kostbare Bewegungslosigkeit des Augenblicks, eingelullt von der heißen Stille des unendlichen Sommernachmittags.“

Der kleine Verlag Voland & Quist aus Dresden und Leipzig hat es sich zur Aufgabe gemacht, in professioneller Aufmachung (mit Hörbuch-CD) Literatur aus Südosteuropa, insbesondere aus Kroatien, in diesem Jahr zu veröffentlichen, um jungen NachwuchsschriftstellerInnen die Chance zu geben, auf den großen Buchmessen in Leipzig und Frankfurt präsent zu sein. In Deutschland ist Olja Savičević noch eine gänzlich unbekanntes Literatin, in ihrem Heimatland veröffentlichte sie mehrere Lyrikbände und wird als vielversprechende Neuentdeckung gepriesen. Der in Split 1974 geborenen Schriftstellerin gelingt in ihrem 22 Erzählungen umfassenden Band eine stillichere Balance zwischen Witz und Tragik. Menschliche Schicksale reihen sich an scheinbar belanglose Familien- und Jungmädchengeschichten. Doch hinter der Fassade ist der geschärfte Blick einer gereiften Frau deutlich erkennbar, die „mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit [von sich] sagen könnte, dass alles genau so gewesen ist, wie [sie] es beschrieben [hat].“ Und doch kommt ihr die Leichtigkeit einer Lyrikerin in ihrer Kurzprosa nicht abhanden. Eigentlich könnte man ihre Geschichten auch als etwas ausgedehnte Gegenwartslyrik ansehen.

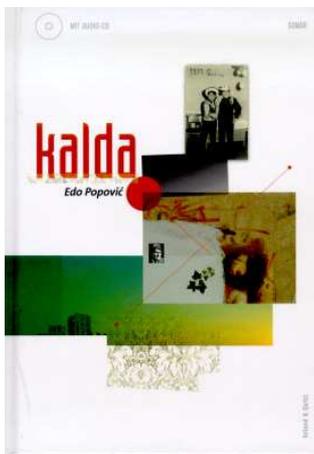
Wie wird aus einem einzigen Satz eine Geschichte? Oder ver-„dichtet“ sich nicht in Wirklichkeit jede Geschichte in einen einzigen Satz? Olja Savičević beschreibt damit in ihrer ersten Geschichte ein Grundmuster, das sich durch viele ihrer Erzählungen zieht. Sie entwickelt dabei alltägliche Situation und paart sie mit grotesken Elementen. Ein Romantiker, der wegen seines Liebeskummer den Krieg versäumt, eine Kinokartenverkäuferin, die ihre Kleinstadt vor der überbordenden Bürokratie rettet,



Männer, die von Frauen als Sklaven gehalten werden – das sind die Provokationen, mit denen Olja Savičević spielt, um mit überkommenen Rollenklischees zu brechen. Aber es sind auch viele verzweifelte Menschen darunter. Menschen, die in den Selbstmord getrieben werden („Schwuchteln“). Ein junges Mädchen, das dem Magersuchtswahn verfällt. Oder eine Frau in der Midlife-Crisis, die auf ihr eigenes Spiegelbild schießt. Die Titelgeschichte „Augustschnee“ ragt jedoch heraus. Eine persönliche Katastrophe ist für eine junge Frau im Anrollen. Einst ein unbeschwertes Leben führend ist sie nun mit der Gewissheit konfrontiert, an Brustkrebs erkrankt zu sein. Mit dieser „Schrotkugel, die jemand Unsichtbares in die Brust geschossen hatte“, bewahrheitet sich auf tragische Weise, dass im „August“ des Lebens plötzlich tiefster Winter einsetzen kann.

Olja Savičević's Erzählband *Augustschnee* ist ein lesenswerter Einstieg in die kroatische Gegenwartsliteratur junger NachwuchsautorInnen. Man kann ihr nur wünschen, was sie selbst als alten Balkanspruch bezeichnet: „Wenn Du wirklich etwas willst, dann verschwört sich die ganze Welt, damit Du es kriegst“ – in diesem Fall viele interessierte LeserInnen.

Edo Popović, Kalda, Verlag Voland & Quist, Dresden und Leipzig 2008, 288 S. mit Hörbuch-CD (47 min)



„Es gibt biologische Prozesse, Symptome, Diagnosen, Krankenakten, statistische Daten, Kerzen auf der Geburtstagstorte, Zeugnisse, operative Informationen, Entlassungsbriefe, Mahnungen vor der Anklageerhebung, Protokolle, Aussagen, Anklageschriften, Totenscheine, aber kein Mysterium.“

Schon in seinem Roman *Ausfahrt Zagreb-Süd*, der ebenfalls im Verlag Voland & Quist veröffentlicht wurde, porträtierte der kroatische Schriftsteller Edo Popović, 1957 im heutigen Bosnien und Herzegowina geboren, die Verlierer der Kriege im ehemaligen Jugoslawien, speziell in seinem Heimatland Kroatien. Er zählt sich zu einer Generation, die von sich behauptet, „im 20. Jahrhundert gesoffen hat und im 21. nüchtern geworden“ zu sein. Daher bezeichnete ihn die *taz* als „Chef-Undergroundler der kroatischen Literaturszene“. Von 1991 bis 1995 machte er sich durch seine schonungslosen Berichterstattungen einen Namen als Kritiker der kriegerischen Auseinandersetzungen.

Kalda, aufgewachsen in einem Arbeiterstadtteil in Zagreb, ist das autobiographische Pendant zu Edo Popović. Zerrüttete Familienverhältnisse, ein spielsüchtiger Vater, ein mehr als unterkühltes Verhältnis zu seiner Mutter und Probleme eines heranwachsenden Jugendlichen machen aus seinem Leben kein großartiges Geheimnis, kein „Mysterium“. Gesellschaft und Staat gleichen einem „Zirkus“, die Heimat ist der „Arsch der Welt“, „normale Menschen“ suchen Zuflucht im Abstrusen, doch *Kalda* kommt eher durch Zufall darauf, dass die Welt der Fotografie sein Metier ist. Zuvor verirrt er sich in der Welt der Drogen und Pornografie und findet hier erst recht keinen Halt. Auch ein Trip nach Deutschland scheitert. Als junger Fotograf wird er in die Kriegswirren des zerfallenden Jugoslawien hineingezogen. Seine Vergangenheit holt ihn immer wieder ein. „Man kann das nicht auskotzen. Der menschliche Organismus ist so beschaffen, dass er nur Lappalien auskotzt. Essen, Getränke, solche Sachen. Die verdorbenen Eltern,

die verdorbene Kindheit und ganz allgemein die verdorbene Vergangenheit kann man nicht auskotzen.“ Die perverse Staatsführung Kroatiens, personifiziert durch den „Padre“ (Franjo Tuđman, verstorben 1999), kriegt von *Kalda* ebenso ihr Fett ab wie die orientierungslose Jugend in seinem Heimatland. Schmerzhaft eingegraben ist die raue Wirklichkeit, reflektiert durch seine Kamera, die ihrerseits zum Spiegelbild seiner Existenz wird.

Edo Popović gelingt es, eine Reihe von Zeitsprüngen im Roman stilvoll miteinander zu verweben, eine sehr glaubwürdige, ambivalente Hauptfigur zu entwickeln, die mit vielen Facetten des Auf und Ab im Leben ausgestattet ist, und ein flüssiges Erzähltempo an den Tag zu legen. Natürlich dürfen Kriegserlebnisse in einem jungen kroatischen Roman ebenso wenig fehlen wie therapeutische Maßnahmen eines desillusionierten Menschen im Nachkriegskroatien. Der Grundton des Romans ist jedoch alles anders als larmoyant, sondern erfrischend geistreich und flott. Ärgerlich an dieser Romanveröffentlichung sind allerdings etliche offenkundige Rechtschreibfehler, die eine gründlichere Endredaktion des Textes notwendig gemacht hätten.

Igor Štikl, Die Archive der Nacht, Claassen Verlag, Berlin 2008, 379 S.

„... der europäische Homo Faber gestaltet sein Schicksal heute in Sarajevo, denn das, was er heute sieht, ist lediglich der Spiegel, in dem sich seine eigene Zukunft zeigt. Natürlich wird er sich eines Tages fragen, wie es dazu kommen konnte, dass er nicht in der Lage war, die einfachste Rechnung aufzustellen, dass er nicht die Augen aufgemacht und durch die geöffneten Kriegsfenster des Balkans gleichsam auf den Hof seiner eigenen Zukunft hinausgesehen hat ...“

Richard Richter wurde 1942 in den Wirren des Zweiten Weltkriegs geboren. In Wahrheit ist er nicht der Sohn eines Wehrmachtssoldaten, seines vermeintlichen Vaters, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg das Leben nimmt, sondern ein Kind aus einer Affäre seiner Mutter mit einem gewissen Jakob Schneider. Fünfzig Jahre später reist er 1992 in das vom Bürgerkrieg heimgesuchte Sarajevo, um sich auf die Suche nach seinem Vater und den eigenen Wurzeln zu machen. Anlass ist ein Brief, den er in der Wohnung seiner kurz nach seiner Geburt verstorbenen Mutter Paula zufällig entdeckt, nachdem er nach einer zerrütteten Ehe Paris verlassen hatte und nach Wien zurückgekehrt war. Dieser Brief schildert die Liebesbeziehung seiner Mutter während des Zweiten Weltkriegs zu Jakob Schneider, einem Kommunisten und Juden, der in ein Konzentrationslager verschleppt wird. Seine Mutter durfte zur damaligen Zeit nicht ohne Gefahr für sich und ihr noch ungeborenes Kind zugeben, dass sie einen unehelichen Sohn erwartete und trug dieses Geheimnis in sich bis zu ihrem Tod. Die Suche nach dem Ich, nach der wahren Herkunft und Identität spielt sich nun in einem erneuten Flammenmeer mitten in Europa in den 1990er Jahren ab. Der Zerfall Jugoslawiens, die Belagerung und Beschließung der Stadt Sarajevo durch serbische Truppen bilden den Rahmen für die Rekonstruktion der Lebensgeschichte des Protagonisten Richard Richter. *Die Archive der Nacht* ist auch eine Geschichte der verzweifelten Liebe in unsicheren Zeiten der großen europäischen Krankheiten Nationalismus, Rassenwahn und ethnischer Verblendung.



Igor Štiks' literarischer Versuch, die großen Themen des 20. Jahrhunderts – Nationalsozialismus und Kommunismus und wieder aufgekommene nationalistisch-ethnische Konflikte in Ex-Jugoslawien in den 1990er Jahren – in einem Roman zu verarbeiten, muss zumindest als höchst ambitioniert angesehen werden. Dass er sich dabei darüber hinaus noch wichtiger Grundthemen der griechischen Tragödie wie Inzest, Vaterlosigkeit und die ewige odysseische Suche nach dem Ich bedient, scheint das Romanvorhaben zu überfrachten. Hier liegen eindeutig die Schwachstellen eines ansonsten gewagten Buches, in dem sich ein junger Schriftsteller, 1977 in Sarajevo geboren, eindringlich mit der jüngsten Geschichte seines Landes auseinandersetzt. Igor Štiks beschreibt es selbst unfreiwillig am besten: „Die zusammengeschusterte Vergangenheit platzte aus allen Nähten, riss sich los wie ein vertäutes Schiff vom sicheren Ufer“. Das „Spinnennetz des Schicksals“ kulminiert für den Protagonisten Richter darin, sich unwissend in die eigene Schwester Alma zu verlieben. Unglücklicherweise ist diese auch noch Schauspielerin im belagerten Sarajevo und führt eine Adaption von Max Frischs *Homo Faber* auf. Die Erschütterung des rationalen Weltbilds erreicht somit auch in dieser Beziehung ihren Höhepunkt. Ist das Leben gänzlich Zufall, Vorsehung oder rationales Kalkül? „*Du wirst sterben und geboren werden an diesem Tag*“. Diese Katharsis muss Richard Richter durchleben, ohne sie zu überleben. Nach der Niederschrift seiner Erlebnisse nimmt er sich in Wien das Leben und hinterlässt seinem bosnischen Freund Ivor das Romanmanuskript.

Um die Vielzahl der Themen und dadurch den Spannungsbogen seines griechischen Tragödienkonstrukts aufrechtzuerhalten, eilt Štiks von einem Schicksalsschlag zum nächsten, von einer verhängnisvollen Androhung zur nächsten. Den Kulminationspunkt des Romans bereitet er über 150 Seiten vor, obwohl der Leser längst weiß, was sich auf der Zielgerade ereignen wird. Der Strudel der Agonie gleicht einem unausweichlichem Schicksal, das die mächtigste Zufallskraft des Lebens darstellt („Destiny is the most powerful coincidence of all“). Der Grundton des Romans ist von großen Depressionen geprägt, dadurch zieht sich eine permanente unheilswangere Stimmung durch das gesamte Werk. Auch wenn Igor Štiks eine sprachlich ansprechende Geschichte vorlegen konnte, bleibt der jammernde Ton der Ausweglosigkeit, der alle anderen Aspekte der Geschichte überlagert. Das literarische Experiment, das 20. Jahrhundert in Europa mit weit ausholender Kultur- und Geistesgeschichte zu verbinden, gelingt nur teilweise, zumindest die Brücke vom Zweiten Weltkrieg zum Zerfallsprozess in Ex-Jugoslawien kann hingegen als tragende Säule des Romans dienen. Igor Štiks hat diesen Roman schon in sehr jungen Jahren geschrieben, daher sollten einige konzeptionelle Schwächen verziehen werden. Es darf somit sicherlich noch Einiges von diesem kroatischen Nachwuchsschriftsteller erwartet werden.

Rezensionen

Thomas Strobel, Robert Maier (Hg.): Das Thema Vertreibung und die deutsch-polnischen Beziehungen in Forschung, Unterricht und Politik. Verlag Hahnsche Buchhandlung. Hannover 2008, 280 S.

Diese Publikation, als Band 121 der Studien zur internationalen Schulbuchforschung des Georg-Eckert-Instituts erschienen, versammelt die Beiträge von zwanzig deutschen und polnischen Autorinnen und Autoren und ist das Ergebnis einer Tagung, die vom 30. Mai bis 1. Juni 2005 auf Initiative der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz unter dem Titel „Flucht, Vertreibung und Umsiedlung als Forschungsproblem und Unterrichtsgegenstand“ in Stettin stattfand. Das Buch hat eine klare Gliederung und besteht aus fünf mehr oder minder langen Kapiteln.

Im ersten Kapitel „Politische Debatte“ beschäftigen sich *Jan M. Piskorski*, *Philipp Ther*, *Piotr M. Majewski*, *K. Erik Franzen* und *Hans Henning Hahn* mit der Problematik von Versöhnung und Erinnerung im Kontext der Aufgaben der Zeitgeschichte (*Piskorski*) sowie mit den jeweiligen Flucht- Vertreibungs- und Umsiedlungsdiskursen in Deutschland (*Ther*, *Franzen*, *Hahn*) und in Polen (*Majewski*).

Thematisiert wird die Auseinandersetzung um die (neue) deutsche Opferrolle, die wichtige, aber auch problematische Stellung von Zeitzeugen, die umstrittene Haltung des BdV, der Streit um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ sowie das Projekt „Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität“. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Auseinandersetzung deutscher und polnischer Historiker, Publizisten und Politiker mit dem binational so kontrovers diskutierten Thema Vertreibungen/Umsiedlungen. Rekonstruiert wird die Genese von einem relativ sachlich geführten, um Empathie bemühten wissenschaftlichen Diskurs über die vor allem in Polen erregt geführte publizistische Debatte bis hin zu dem gravierenden Dissens zwischen deutschen und polnischen Politikern, besonders während der Regierungszeit der Rechtskonservativen in Polen. Mit dem Versuch, den Holocaust zu relativieren und die deutsche Opferrolle zu exponieren, beschäftigt sich der konzise und diese Tendenz bis in die Bundesrepublik der 1950er Jahre nachzeichnende Beitrag von *Hans Henning Hahn*. (S. 67-84)

Rechtliche Positionen behandeln hingegen die beiden Aufsätze von *Jerzy Kranz* sowie *Thomas Henne/Miriam Saage-Maaß*. Während *Kranz* die aus polnischer Sicht widersprüchliche deutsche Rechtsposition beleuchtet (Oder-Neiße-Grenze, illegaler Charakter der Aussiedlung/Vertreibung deutscher Bevölkerung, Reparationsdebatte, Motive der Alliierten, Art. 116 GG, Verletzung internationalen Rechts durch die Konferenz von Potsdam), setzen sich *Henne und Saage-Maaß* mit der Genese und den rechtlichen Implikationen des bundesdeutschen Lastenausgleichsrechts in den 1950er Jahren auseinander. Deutlich wird dabei, dass der Lastenausgleich neben seiner wirtschaftlichen eine vergangenheitspolitische Dimension hatte, in der das großdeutsche



Narrativ sowie die Vorstellung von der kollektiven Opferrolle der Deutschen, allerdings unter Ausschluss der KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter, erhalten blieb. Wiedergutmachung und Lastenausgleich wurden konsequent geschieden. Der Erfolg des Lastenausgleichs bestand (wohl) darin, dass das Konstrukt der kollektiven deutschen Opfergeschichte Bestand hatte, durch seine Fiskalisierung aber zugleich überwunden werden konnte, zumal es bis Mitte der 1960er Jahre gelungen war, die Masse der Vertriebenen in der Bundesrepublik zu integrieren. (S. 121)

Einen Zeitzeugenrückblick zum Thema der Vertreibungen im 20. Jahrhundert liefert dann die aus einem deutsch-tschechisch-jüdischen Kontext stammende Vertriebene und Historikerin *Wilma Iggers*. Die Autorin kommt zu dem durchaus erfreulichen Ergebnis, dass man sich in Deutschland, Polen und Tschechien bemüht, ehrlicher mit der nationalen Vergangenheit auseinander zu setzen als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Die Vertreibungsproblematik im Bewusstsein deutscher SchülerInnen spiegelt eine Umfrage wider, die von *Thomas Strobel*, *Robert Maier* und *Stefanie Wolter* durchgeführt wurde, *Wiebke Becker* reflektiert in ihrem Beitrag hingegen eine Unterrichtseinheit mit Zeitzeugenbefragung zu Flucht und Vertreibung.

An diese aufschlussreichen Einzeluntersuchungen schließt sich ein ganzer Block von Texten an, in dem deutsche und polnische Schulbücher im Hinblick auf die Darstellung von Zwangsmigrationen analysiert werden (*Jerzy Kochowski*, *Robert Maier*, *Małgorzata* und *Krzysztof Ruchniewicz*, *Thomas Strobel*). Es wird deutlich, dass es trotz großer Fortschritte auf beiden Seiten noch erheblichen Diskurs- und Handlungsbedarf gibt.

Schließlich stellen *Anne von Oswald* und *Andreas Scholz* den Aufbau und die Inhalte des Lernportals über Umsiedlungen „The Unwanted“ (<http://the-unwanted.com>) vor, das sowohl in Schulen als auch in der außerschulischen historisch-politischen Bildung sicherlich eine wertvolle Hilfe bei der Vermittlung dieses komplexen, virulent bleibenden Themas darstellt.

ZW.

Gerd Meyer (ed.): Formal Institutions and Informal Politics in Central and Eastern Europe. Hungary, Poland, Russia and Ukraine. 2nd revised edition. Barbara Budrich Publishers. Opladen&Formington Hills 2007, 324 S.

Der vorliegende, von *Gerd Meyer* in 2. Auflage herausgegebene Sammelband geht auf die Kooperation mit mehreren Autorinnen und Autoren zurück, die sich intensiv mit der Frage nach Demokratie und ihrer Ausformung in den Transformationsländern Ostmittel- und Osteuropas beschäftigt haben. Für Ungarn sind dies *Andras Bozóki* und *Eszter Simon*, für Polen *Aleksandra Wyrozumska*, für Russland *Aitalina Azarova* und für die Ukraine *Kerstin Zimmer*.

Ziel des Buches ist die Analyse des Verhältnisses zwischen formalen Institutionen und informeller Politik in Ostmitteleuropa und Osteuropa nach 1989/1990. Oder anders ausgedrückt: Wie wirken sich informelle Aktivitäten, ob nun demokratisch legitimiert oder nicht, auf die politische Machtverteilung und auf die politischen

Entscheidungsprozesse aus? Dabei wird davon ausgegangen, dass jedes der untersuchten Länder seinem eigenen Pfad folgt und die Entwicklung nicht unbedingt dem westlichen Modell entsprechend in einer liberalen, pluralistischen Demokratie mit funktionierender Marktwirtschaft münden muss.

Das Buch versteht sich als Einführung und nicht als schlüssige vergleichende Studie. Da sich die Transformation nach 1989/90 als Top-down-Prozess vollzog, sind für die AutorInnen drei Grundfragen von Interesse: 1) der Charakter und die Hauptmechanismen informeller Politik, wie sie von den Machteliten induziert wurden; 2) die Personalisierung von Politik; 3) die Herausbildung und Erhaltung von Legitimität in den einzelnen nationalen politischen Kulturen.

Im ersten übergreifenden Kapitel liefert der Herausgeber einen allgemeinen Überblick über die sehr unterschiedlichen thematischen Aspekte und versucht, eine systematische analytische Perspektive zu entwerfen. Diese allgemeinen Erwägungen und Rekonstruktionen von Theorieansätzen und empirisch belegten Daten werden um eine ausführliche Fallstudie über Russland ergänzt. Dieses erste, sehr umfangreiche Kapitel beschäftigt sich also mit der Implementierung, dem Funktionieren und der Evaluation informeller Politik. Überdies wird der Prozess der Demokratisierung aus analytischer und normativer Sicht betrachtet.

Behandelt wird die Rolle von Akteuren innerhalb politischer Institutionen, die dem Rational-choice-Ansatz entsprechend Institutionen nutzen, um ihre Individual- oder Gruppeninteressen durchzusetzen. Dieser Ansatz erweist sich gerade dort als fruchtbar, wo – wie in Russland oder der Ukraine – ökonomische Machteliten gravierenden Einfluss auf das öffentliche Leben nehmen. Allerdings müssen politische Institutionen auch immer wieder (mehr oder minder demokratisch) legitimiert werden. Um wieder gewählt zu werden, müssen sie Ordnung und Orientierung anbieten oder diese zumindest versprechen. Man kann drei unterschiedliche Typen informeller Politik unterscheiden:

1. Aktuelle Rolle und legale Vorgehensweise staatlicher Institutionen, demokratisches Verhalten von politischen Akteuren in formalen Institutionen (Führungspolitik, institutionelle Konflikte)
2. Informelle, demokratische und legale Muster zur Vorbereitung politischer Entscheidungen (Entscheidung hinter verschlossenen Türen, informelle Lobbys und Kanäle)
3. Undemokratische, meistens illegale und nicht legitimierte Praktiken von formal eingesetzten oder informellen Akteuren ohne demokratische Legitimierung.

Die Bedingungen für informelle Politik sind: Fehlen von Regeln und Institutionen, Fehlen von Kontrolle, Mangel an demokratischen Traditionen, permanente Veränderungen in den Institutionen sowie zu viele oder zu schwerfällige Regelungen. In nicht liberalen Demokratien regieren die Präsidenten per Dekret, es gibt Klientelismus und Korruption von elitären Gruppen. Häufig vertreten sind auch dominierende Präsidialparteien oder klientelistische Parteien und Organisationen (Russland). Postautoritäre Gesellschaften sind wenig selbst-organisiert, es gibt viel Misstrauen, Apathie, Passivität und wenig Respekt vor formalen Regeln.

Intensiv beschäftigt sich Meyer auch mit der Problematik der Personalisierung von Politik. Nach einer theoretischen Einführung, in der Fragen der Mediatisierung und

Imagebildung von politischen Führern behandelt werden, erfolgt eine Konkretisierung am Beispiel der Republik Sakha (Jakutien). Auch werden im Hinblick auf Führungspersönlichkeit und deren Typisierung die entscheidenden Muster der Legitimierung politischer Macht im Transformationsprozess aufgezeigt. Schließlich behandelt der Autor am Beispiel von Russland ausführlich die Frage der Legitimität in postsowjetischen Gesellschaften. In seinem Fazit warnt er davor, die russische gelenkte Demokratie am idealtypischen westlichen Muster zu bemessen. Im Kontext des autoritären Führungsstils *Putins* hebt er hervor, dass *Putin* sich einer Unterstützung durch die russländische Gesellschaft erfreuen könne, weil ein Großteil der Gesellschaft keine andere, tragbare Alternative zu ihm sehe. Der Mangel an Menschen- und Bürgerrechten in Russland dürfe andererseits nicht mit der besonderen „russischen Tradition“ erklärt und entschuldigt werden. (S.126) Insgesamt lasse sich das politische System in Russland keinesfalls als demokratisch legitimierte Herrschaft einer kleinen politischen und ökonomischen Elite und einer gigantischen Bürokratie über die Gesellschaft beschreiben, sondern als korporatistisch und neo-autoritär.

Azanova kommt in ihrer Fallstudie zu Russland (S. 233-266) zu einem ganz ähnlichen Ergebnis. *Putin* habe demokratische Rahmenbedingungen und Kontrollen weitgehend außer Kraft gesetzt: ein starker Staat und dessen Sicherheit haben Vorrang vor einer freiheitlichen Zivilgesellschaft. Das Fehlen der politischen Legitimität – trotz formalen Festhaltens an demokratischen Ritualen – werde verstärkt durch sozioökonomische Ungleichgewichte, mangelnde gerechte Umverteilung und die mangelhafte Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Insofern werde die Ankündigung *Putins*, die Staatsmacht zu konsolidieren, von den meisten Russen akzeptiert, obschon dies auf undemokratische Weise geschehe. Trotzdem sei es *Putins* Regierung nicht gelungen, Korruption und Kriminalität zu senken und die Einkommenssituation breiter Bevölkerungsschichten zu verbessern. Dies führe zu einem weiteren Vertrauensverlust in den Staat und zu einem Schwinden der Legitimität.

In ihrer Fallstudie über die Ukraine (S. 267-313) kommt *Kerstin Zimmer* zu vergleichbaren Ergebnissen, indem sie hervorhebt, dass das politische System ähnlich wie in Russland nicht auf das Allgemeine, sondern auf persönliche Interessen ausgerichtet sei. In der Ukraine gehen dabei formale Regeln in informelle über und seien kaum voneinander zu trennen. Der Einfluss informeller Gruppen, der sog. „komandy“ (russisch=Mannschaften), sei noch größer geworden. Im neo-patrimonialen System der Ukraine werde politische Macht privatisiert und durch persönliche Netzwerke abgesichert. Informelle Praktiken wurden institutionalisiert und fanden Eingang ins formale System. Die Orange Revolution habe gezeigt, dass ein breiter gesellschaftlicher Protest gegen nicht legitimierte politische Praktiken existiert; auch gibt es eine Entwicklung zu mehr Demokratie und Transparenz, aber man müsse abwarten, wie nachhaltig diese Tendenzen sein werden. Die Parlamentswahlen im März 2006 haben verdeutlicht, dass sich die neue Führung ähnlicher Praktiken bediene wie zuvor das Kutschma-Regime.

Anders stellt sich die Situation in den beiden Transformationsstaaten Ungarn und Polen dar. Schon alleine deshalb, weil sie nicht direkt zur Erbmasse der UdSSR gehörten und es andere Voraussetzungen für die wirtschaftliche und politische Transformation dieser

Länder gab. *Andras Bozóki* und *Eszter Simon* analysieren das Verhältnis von formalen Institutionen und informeller Politik in Ungarn (S. 144-183) und kommen zum Ergebnis, dass Ungarn in den letzten 15 Jahren den Aufbau demokratischer politischer Institutionen erfolgreich abgeschlossen hat. Allerdings spielen informelle Strukturen – sowohl im positiven als auch im negativen Sinne – weiterhin eine bedeutende Rolle. So seien die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse recht ineffektiv und die Tatsache, dass das Regierungssystem auf den Ministerpräsidenten fokussiert sei, erweise sich für demokratische Prozesse als abträglich; andererseits zeige das System der Ombudsmänner, das über den eigentlichen Gesetzesrahmen ausgedehnt wurde, dass die informelle Funktion einer Institution durchaus zur Festigung demokratische Verhältnisse beitragen könne. Eine ebenso wichtige Rolle bei der Festigung der Demokratie in Ungarn spielte bekanntlich der EU-Beitritt des Landes. Die größten Probleme Ungarns ergeben sich aus dem sozialen Ungleichgewicht des Landes, in dem bisher kein echter Mittelstand entstehen konnte, dafür eine Schicht von Neureichen, denen die Mehrheit einer relativ armen Gesamtbevölkerung gegenübersteht. Das Wahlergebnis von 2002 verdeutliche allerdings, dass nicht alleine ökonomische Fragestellungen entscheidend seien. Eine große Rolle spielt weiterhin das Verhalten der politischen Eliten: Skandale, Korruption und unzivilisiertes, aggressives Verhalten im Umgang miteinander. Wichtig sei auch die Frage, ob es den ungarischen Politikern in Zukunft gelingen wird, politische Konflikte zu lösen, ohne dabei das demokratische System zu beschädigen. Die am Konsens orientierte politische Kultur der EU könne hier als Vorbild dienen und zu einer weiteren Festigung der Demokratie in Ungarn beitragen. Ähnlich wie in Ungarn findet die Demokratie in Polen nur „skeptische Unterstützung“.

Aleksandra Wyrozumska und *Gerd Meyer* kommen in ihrer Fallstudie zu Polen (S.191-231) zu eben diesem Ergebnis, indem sie das Verhältnis der polnischen Bevölkerung zum politischen System der Demokratie und zu ihrer Umsetzung durch die politischen Eliten Polens charakterisieren. Im Hinblick auf die informelle Politik wird insbesondere auf die Tradition und die weiterhin bestehende Praxis der „Verhandlungsdemokratie“ abgehoben, bei der das bestehende Recht durch Verhandlungen zwischen Regierungen und einflussreichen Gruppen (Schwerindustrie, Gewerkschaften) umgangen wird. Dieser Umstand sowie soziologische Interpretationsansätze, in denen informelle Netzwerke der einstigen kommunistischen Nomenklatura für die Einführung marktkapitalistischer und demokratischer Strukturen verantwortlich gemacht werden, führen zu der nicht selten vertretenen These, dass wir es in Polen lediglich mit pseudodemokratischen Verhältnissen zu tun haben. Der rigorose Austausch von Beamten und die Neubesetzung von wichtigen Stellen durch die Wahlsieger sei zwar ein demokratischer Vorgang, schwäche aber die Kontinuität bei öffentlichen Aufgaben erheblich. Ähnlich steht es mit dem gnadenlosen Ausschlichten politischer Affären, bei denen der politische Gegner schlichtweg zum Feind erklärt wird. Eine Methode, die sich während der relativ kurzen Regierungszeit der PiS besonderer Beliebtheit erfreute und zu einer wahrnehmbaren Spaltung innerhalb der polnischen Gesellschaft führte. Aufgezeigt wird auch, wie sich die verfassungsmäßig abgesicherte starke Stellung des Präsidenten mit seinem Veto-Recht auf die Lähmung der Regierungspolitik auswirken kann (Blockadepolitik Wałęsas!). Auch der Personalisierung von Politik wird viel Aufmerksamkeit geschenkt, zumal die schwache Identifikation mit politischen Institutionen und Parteien den Kandidatinnen und Kandidaten bei Wahlen eine

entsprechend wichtige Rolle zukommen lässt. Insofern ist der Autorin beizupflichten, dass negative Erfahrungen mit informeller Politik nur durch eine funktionierende Zivilgesellschaft eingeschränkt werden können. Dazu braucht es aber auch politischer Eliten, die nicht ausschließlich ihre Eigen- sowie Gruppeninteressen bedienen. (S.228)

Die vorliegende Untersuchung bietet eine Fülle unterschiedlicher Ansätze sowie empirisch untermauerter Erkenntnisse. Sie eignet sich sowohl in ihrer deskriptiven als auch in ihrer analytischen Schicht als Einstieg in eine komplexe Thematik, bei der es sich von Beginn an verbietet zu verallgemeinern. Insofern ist auch positiv hervorzuheben, dass der Eigenart und Jeweiligkeit der untersuchten Länder und Gesellschaften sowie ihrer politischen Systeme entsprechend viel Platz eingeräumt wurde. Etwas inkonsequent hinsichtlich des Aufbaus des Buches erscheint mir allerdings die Tatsache, dass Russland quasi doppelt abgehandelt wurde, sowohl in dem einführenden Kapitel von *Meyer* als auch in der Fallstudie von *Azarova*. So kommt es zwangsläufig zu Wiederholungen.

ZW

Heinrich August Winkler: Auf ewig in Hitlers Schatten? C. H. Beck Verlag. München 2007, 221 S.

Der vorliegende Band des bekannten Zeithistorikers *Heinrich August Winkler* setzt sich aus zwanzig Essays zusammen, die im Verlauf von fast zwei Jahrzehnten (1986-2003) aus verschiedenen Anlässen in verschiedenen deutschen überregionalen Tages- und Wochenzeitungen (u.a. Frankfurter Rundschau, FAZ, Die Zeit, Der Spiegel) erschienen sind. Wir haben es also mit einem anregenden Lesebuch zu tun, in dem profunde, in einem leserfreundlichen Stil gehaltene Anmerkungen zur deutschen Geschichte gemacht werden. Den Autor beschäftigt dabei die weiterhin drängende und durchaus umstrittene Frage, ob es Deutschland und den Deutschen jemals gelingen wird, aus dem Schatten *Hitlers* zu treten.

Zunächst geht *Winkler* in einigen kürzeren Beiträgen dem deutschen Revolutionsdefizit nach und kommt im Zusammenhang mit 1918/1919 zum Ergebnis, dass es in Deutschland damals zu keiner echten Revolution kam, weil die Angst der Bevölkerung vor einem Bürgerkrieg zu groß gewesen sei. Zuvor erläutert *Winkler*, warum in Preußen nur die Könige Revolutionen machen konnten, beleuchtet den „revolutionären“ Charakter der Bismarckschen Innenpolitik und rekonstruiert, warum sich die Revolution von 1848 in der Tat als „sperrig“ erweisen musste.

Weitere Essays sind der Weimarer Republik und ihrem Versagen bis hin zum Machtantritt *Hitlers* gewidmet. Eingehend wird beschrieben, warum die SPD den moralischen Bruch mit dem Kaiserreich vermied, werden die Mängel der Weimarer Verfassung offengelegt und das „deutsche Verhängnis *Hindenburg*“ analysiert. Schließlich zeigt *Winkler* auf, dass der Machtantritt *Hitlers* am 31. Januar 1933 eine durchaus abwendbare Katastrophe darstellte.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden das Jahr 1945 und die mit dem Untergang des Dritten Reiches verbundenen Konsequenzen, wobei das Kriegsende als entscheidender Wendepunkt der deutschen Geschichte apostrophiert wird. Intensiv widmet sich *Winkler*

in diesem Kontext der Abkehr vom deutschen Sonderweg, dem Anschluss an den Westen, wobei auch die unterschiedlichen Vorstellungen der Hauptprotagonisten *Konrad Adenauer* und *Kurt Schumacher* (Vorrang der Wiedervereinigung) herausgearbeitet werden.

Einer weiteren wichtigen Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte behandelt der Essay über den 13. August 1961. *Winkler* kommt zum Ergebnis, dass die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 für die DDR das war, was das Ancien Régime am 14. Juli 1789 mit dem Sturm auf die Bastille erleben musste: den Fall eines Symbols der Unfreiheit.

Mit dem Streit über das Geschichtsbild der Deutschen beschäftigt sich der Autor in weiteren Essays. Dabei stehen Auschwitz und die Schuldfrage im Zentrum, wobei u.a. die Kontroversen um das „Gespenst von Bitburg“, die rechte Kampagne der FAZ (April/Mai 1986) sowie der durch *Ernst Nolte* hervorgerufene Historikerstreit thematisiert werden. Der Autor kommt in diesem im November 1986 erstveröffentlichten Text zum Ergebnis, dass aus der Geschichte die Pflicht geblieben sei, Solidarität zu üben, mit denen, die zu Opfern deutscher Selbstüberhebung geworden seien, allen voran mit Juden und Polen. (S.144)

Im Zusammenhang mit dem deutschen Nachdenktag 9. November (1918, 1923, 1938 und 1989) hebt *Winkler* hervor, dass ein „deutsches Zentrum gegen Vertreibungen“ mit Sitz in Berlin einen Rückfall in die nationale Apologie darstellen würde. Gefordert sei heute hingegen die Überwindung enger nationaler Perspektiven und ein „weiter Blick auf die gemeinsame Vergangenheit und Zukunft Europas“. (S. 153)

Den mühsamen Weg zur Lösung von zwei Jahrhundertfragen, der polnischen und der deutschen, durch Befreiung und Vereinigung rekonstruiert *Winkler*, indem er die Zusammenhänge zwischen beiden epochalen Vorgängen offen legt. Dabei wird deutlich, dass es in der Tat das Datum des 3. Oktober 1990 ist, das die Lösung dieser für Europa zentralen Fragen markiert. (S. 165) Mit zwei Texten zu den widerstreitenden Erinnerungswelten in Europa sowie der Frage nach dem Inhalt und der Bedeutung der sog. „westlichen Wertegemeinschaft“ schließt dieser lesenswerte Sammelband, der trotz der unterschiedlichen Entstehungszeiten der in ihm versammelten Essays aufgrund seiner chronologischen Anordnung eine kompakte Einheit darstellt.

ZW

Jörg-Dieter Gauger: Deutsche und Polen im Unterricht. Eine Untersuchung aktueller Lehrpläne/Richtlinien und Schulbücher für Geschichte. Wochenschau-Verlag Wissenschaft. Schwalbach/Ts. 2008, 390 S.



Diese umfangreiche und sorgfältig erarbeitete Untersuchung, deren Befunde aus Lehrplänen und Schulbüchern ausführlich dokumentiert werden (S. 114-190), befasst sich mit 62 Lehrplänen/Richtlinien sowie „Bildungsstandards“ ab Jahrgangsstufe 5 in den jeweiligen Schulformen. Dabei erfahren die nordrhein-westfälischen Geschichtsrichtlinien für die gymnasiale Oberstufe 1998 und 1999 im Hinblick auf eine eigenständige Sequenz „Polen und Deutsche“ eine besonders intensive Berücksichtigung (S. 191-390) Unter Berücksichtigung der jeweiligen Klassen- und Jahrgangsstufen handelt es sich um insgesamt 300 Lehrpläne/Richtlinien mit einem Umfang von über 3.000 Seiten. Parallel dazu hat *Jörg-Dieter Gauger* 45 Geschichtsschulbücher aus allen 16 Bundesländern analysiert. Die Auswertung wurde dabei auf die folgenden Themenkomplexe konzentriert:

1. Ostsiedlung/Deutscher Orden
2. Die polnischen Teilungen
3. Polen und Deutschland im 19. Jahrhundert
4. Die Situation nach 1918
5. Flucht und Vertreibung nach 1945/Integration
6. Ostpolitik/Ostverträge der BRD in den 1970er Jahren
7. Zwei-plus-vier-Vertrag

Folgende relevanten ostgeschichtlichen Themenkomplexe, die in sämtlichen Lehrplänen auftauchen, wurden aufgrund ihrer Abstraktheit und ihrer allgemeinen Nennung nicht gesondert ausgewiesen:

Städtebünde (Hanse), NS-Außenpolitik, Zweiter Weltkrieg, Verbrechen des Nationalsozialismus, Zusammenbruch 1945, Nachkriegsordnung, Teilung Deutschlands nach 1945, Entspannungspolitik, Friedliche Revolution 1989.

Aus der informativen Übersichtstabelle (S. 40-41), die die entsprechenden thematischen Schwerpunkte in den Lehrplänen aller 16 Bundesländer ausweist, geht deutlich hervor, dass ostgeschichtliche Themen wie Ostsiedlung, Polnische Teilungen, Flucht und Vertreibung, Ostpolitik, Vertriebene/Aussiedler in deutschen Lehrplänen und Lehrbüchern nur defizitär behandelt werden.

Im Anschluss an diese Tabelle, die angesichts der unübersichtlichen und komplexen Quellenlage einen ausgezeichneten, ersten Überblick liefert, handelt der Autor die einzelnen Schwerpunktthemen sukzessive ab.

1. Hinsichtlich der Thematik der deutschen Ostsiedlung konstatiert *Gauger* ein Verschwinden der „Fernerinnerung“, was sowohl für die untersuchten Lehrpläne als auch für die Schulbücher gelte. Aktuell werde das Thema Ostsiedlung kaum oder gar nicht behandelt. Im Unterschied zu den 1950er und 1960er Jahren sei die zivilisatorische Rolle der Ostsiedlung und des Deutschen Ordens vollkommen unterbelichtet. Die Rolle der „Deutschen“ sei dabei negativ besetzt, während die „Polen“ im Sinne des umstrittenen Schlagworts vom

„Deutschen Drang nach Osten“ unter der „deutschen“ Expansionslust leiden und ausschließlich als Opfer dargestellt werden. Insgesamt kommt der Autor zu dem plausiblen Ergebnis, dass die Richtlinien- und Schulbuchtexte im Hinblick auf die unzeitgemäße nationale Deutung „deutsch-polnischer Konflikte“ überarbeitet und versachlicht werden müssten. (S.57)

2. Im nächsten Abschnitt stellt *Gauger* im Rahmen seiner Auswertung fest, dass die polnischen Teilungen zu wenig behandelt werden. Aufgrund des Umstands, dass sie für die Polen bis heute ein Trauma darstellen, seien sie für die deutsch/preußisch-polnischen Beziehungen ein eminent wichtiges Thema, so dass ihnen eine eigene Unterrichtssequenz gewidmet werden sollte. Allerdings warnt der Autor vor einer zu stark moralisierenden Deutung dieser Vorgänge, die zumeist ex post eingebracht werde und den herrschenden Zeitgeist nur unzureichend widerspiegele. (S. 59)
3. Der vor allem gegen Russland gerichtete Freiheitskampf der Polen (1794, 1830/31) sowie die deutsche liberale Polenfreundschaft nach 1830 finden außer in den Lehrplänen von Rheinland-Pfalz (Hambacher Fest) kaum Erwähnung. So bleibe diese kurze Phase positiver Beziehungen und Polenbilder (Deutsche Polenlieder!) eine ungenutzte Leerstelle, wodurch der einseitige Eindruck verstärkt werde, dass es sich bei den deutsch-polnischen Beziehungen um eine durchgängige Konfliktgeschichte handele, bei der Deutschland die Rolle des Verursachers/Übeltäters zugewiesen werde. (S.60)

Im Hinblick auf das Thema der polnischen Zuwanderung ins Ruhrgebiet wird festgestellt, dass das Thema nur in fünf Landeslehrplänen Erwähnung finde. In den Schulbüchern gehe es zudem nicht so sehr um die Darstellung der Situation der zugewanderten Polen, sondern eher um den aktuellen Migrationsdiskurs und die Problematik von Zuwanderung und Integration bzw. Assimilation. Unabhängig von der Einschätzung des Autors sollte m. E. in diesem Kontext die weiterhin akute Fragestellung diskutiert werden, welches Integrationskonzept damals angewendet wurde und welches Konzept heute in Frage käme, also grosso modo die Kontroverse zwischen den idealtypischen Modellen „melting pot“ versus „salad bowl“.

Auch die preußische Polenpolitik, die im kollektiven Bewusstsein der Polen so nachhaltige Spuren hinterließ, wird nur in fünf Ländern etwas ausführlicher behandelt. Die Bismarcksche „Realpolitik“, die anhaltenden preußischen Germanisierungsversuche sowie die ab 1885 massiv einsetzende Ostmarkenpolitik bleiben somit so gut wie unerwähnt. Bei der Behandlung der preußischen Polenpolitik in den Lehrbüchern erfolgt eine Kritik am aggressiven preußischen Nationalismus, der die polnische Minderheit assimilieren bzw. verdrängen möchte und dabei zu rigiden Mitteln (Ausweisungen, Kulturkampf) greift.

4. Im Abschnitt über Versailles und die Folgen macht der Autor noch einmal sehr deutlich, welche untergeordnete Rolle der polnischen Geschichte in deutschen Lehrplänen und Schulbüchern zukommt. In elf Bundesländern gibt es nicht einmal einen Hinweis darauf, dass nach 1918 ein neuer polnischer Staat wieder

entstand. So gut wie unerwähnt bleiben die Kämpfe um Oberschlesien sowie der damit verbundene aggressive polnische Nationalismus. Zu wenig Beachtung findet ebenfalls das Wilsonsche Konzept des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowie die daraus resultierenden Widersprüche und Konflikte im Hinblick auf die Lage nationaler Minderheiten nach den Grenzziehungen von Versailles. Im Vordergrund der Darstellungen steht die deutsche Perspektive der Revision von Versailles, während die diskriminierende Minderheitenpolitik beider Staaten nicht behandelt wird.

5. Der Zweite Weltkrieg als zentrales Thema der deutsch-polnischen Beziehungen mit dem durch die Wehrmacht und die deutschen Sondereinheiten bereits ab 1939 begonnenen Vernichtungskrieg (neben der jüdischen Shoah Exterminierung, Vertreibung und Abschiebung polnischer Bevölkerung sowie der Ghetto- und der Warschauer Aufstand) wird in deutschen Lehrplänen und Schulbüchern nur unzureichend dargestellt. Auch bleibt der Hitler-Stalin-Pakt in der Regel unerwähnt. Dies gilt auch für den von der Sowjetführung verfügten Massenmord an polnischen Soldaten und Zivilisten, für den Katyn steht. Weder der entschiedene Widerstand der polnischen Heimatarmee, der sich gegen die deutsche sowie sowjetische Okkupation des Landes richtete noch das Thema polnischer Zwangsarbeit im 3. Reich werden gebührend behandelt. So werde lediglich ein rudimentäres, unvollständiges Bild geliefert.

Flucht und Vertreibung sind als Themen zwar in allen Lehrplänen vertreten, werden aber häufig an die zeitgenössische Behandlung des Themas Migration gekoppelt. Begriffe, die, wie in den Lehrplänen der 1950er und 1960er Jahre, eine moralisierende Haltung suggerieren konnten, sind verschwunden. Der häufig hergestellte Kontext von deutschen Verbrechen und Vertreibung deutscher Bevölkerung scheint die Vertreiber zu entschuldigen. (S.74) Umgekehrt wird die sog. „Westverschiebung“ Polens – mit allen bevölkerungspolitischen Konsequenzen für die einstigen deutschen Ost- und die neuen Westgebiete Polens – gar nicht behandelt. Auch in den Schulbüchern stellen Flucht und Vertreibung ein durchgängiges Thema dar. Termini wie „Zwangsumsiedlung“ setzten sich nicht durch, allerdings gibt es im Hinblick auf die Kontextualisierung des Themas mit dem Thema Migration durchaus verharmlosende Formulierungen, die die historischen Vorgänge nicht adäquat beschreiben. (S.75) Die Fakten werden selten wiedergegeben, Emotionalisierung soll vermieden werden. Der Anspruch, dass Unrecht nicht mit Unrecht vergolten werden darf, wie er noch in den Lehrbüchern der 1950er und 1960er Jahre formuliert wurde, fehlt. Vielmehr wird die These lanciert, dass das gemeinsame Schicksal verbinden sollte, weil beide Völker zu Opfern von Flucht und Vertreibung wurden.

6. Im Kontext der neuen Ostpolitik und der Ostverträge postuliert der Autor, dass der Charakter der Brandtschen Ostverträge als Gewaltverzichts-, nicht als Anerkennungsverträge dargestellt werden sollte. Auch sollte die Kontroverse um die Rolle der Brandtschen Ostpolitik für die Vereinigung beider deutscher Staaten nicht ausgespart werden. In allen Lehrplänen und Schulbüchern wird die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition nach 1970 behandelt. Dabei werden die Ostverträge indirekt als Station auf dem Weg zur Wiedervereinigung

gewertet und gelten demnach als historisch notwendig, während der Widerstand der Vertriebenenverbände als unzeitgemäß hingestellt wird. Die häufig abgedruckte Abbildung vom Kniefall *Willy Brandts* vor dem Warschauer Ghetto-Denkmal sei *die* markante Geste für die deutsch-polnische Annäherung und gelte als „Symbol der Anerkennung deutscher Schuld und des Willens zur Aussöhnung.“ (S.78)

7. Den Demokratisierungsprozessen im Ostblock werde hingegen wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Weder die Bedeutung der „Solidarność“ noch die immense Rolle Papst *Johannes Paul II.* im Hinblick auf die Aufhebung der Spaltung Europas, die Befreiung der Ostblockstaaten und die Wiedervereinigung Deutschlands finden in den deutschen Lehrplänen und Lehrbüchern eine adäquate Beschreibung. Ebenso wenig wird die polnische Nachkriegsgeschichte behandelt.

Hinsichtlich der Darstellung des Zwei-plus-Vier-Vertrags kommt der Autor zu einem ganz ähnlichen Ergebnis. Der Vertrag wird nur in acht Lehrplänen erwähnt, während die Schulbücher lediglich ihre Informationspflicht erfüllen. Auch werde nicht erklärt, dass die Unterzeichnung des Vertrags für die Deutschen den endgültigen Abschied aus 800 Jahren deutscher Geschichte im Osten bedeutete, während er für die Polen jenes Maß an Sicherheit brachte, das für einen gemeinsamen Aufbruch nach Europa notwendig war. (S.79)

In seiner zusammenfassenden Beurteilung führt *Gauger* aus, dass es aufgrund des deutschen Bildungsföderalismus weder halbwegs einheitliche Kenntnisse noch halbwegs einheitliche Bilder der „deutschen“ Geschichte im Osten gebe. Dies gelte auch für die deutsch-polnischen Beziehungen sowie für die Geschichte des Nachbarn Polen, die keinesfalls angemessen gewürdigt werde.

Eine zweite dominierende Tendenz erblickt *Gauger* in der faktischen Eliminierung des Faches Geschichte aus den deutschen Lehrplänen/Richtlinien, ein Trend, der sich angesichts der Einführung der sog. „Bildungsstandards“ wohl weiter fortsetzen werde. Als besonders prägnantes Beispiel führt der Autor die Behandlung der deutschen Ostsiedlung an. In den deutschen Rahmenplänen sei das Thema systematisch reduziert und ausgedünnt worden. Auch die Periode nach Tannenberg (1410) bis zu den polnischen Teilungen (1772) sei als ausgesprochene Leerstelle zu bewerten. Weder der Wiener Kongress (1815) noch die Napoleonische Ära oder die deutsche liberale Polenfreundschaft ab 1830/31 finden Erwähnung. Dies gelte auch für die Ära nach 1848, zu der es nur ausgesprochen spärliche Informationen gebe. Diese Tendenz setze sich – wie oben besprochen – bis in die neueste Geschichte fort.

Außer den offenkundigen Leerstellen kritisiert der Autor aber auch die Art der Darstellung. Er geht ausführlich auf die Positionsdebatte um die Rolle des Deutschen Ordens ein, aber auch auf die moralisierende Darstellungsweise der deutsch-polnischen Geschichte nach 1968 und in den 1970er Jahren, für die die damals geprägten und ständig wiederkehrenden Begriffe Aussöhnung, Versöhnung, Schuld, Sühne, Buße etc. stehen. (S.89) Damals wurde die Nationalzentriertheit und der deutsche Überlegenheitsgestus der 1950er und 1960er Jahre endgültig

überwunden, der „andere“ wurde in die Darstellung mit eingebunden und Perspektivenwechsel gefordert. So gelangten auch polnische Sichtweisen und Wertungen sowie Quellen in deutsche Lehrbücher. Hier konstatiert der Autor allerdings eine weit verbreitete Tendenz zur deutschen Schuldzuweisung an sich selbst, die kritisch hinterfragt werden müsse, zum Beispiel im Hinblick auf die deutsche Ostsiedlung und den Deutschen Orden. Hinsichtlich des Themas Flucht und Vertreibung kann auf die oben formulierte Kritik *Gaugers* verwiesen werden. Allerdings wird noch einmal akzentuiert, dass im Unterschied zu den 1950er und 1960er Jahren der Hinweis auf Unrecht und Völkerrechtswidrigkeit dieses Vorgangs nunmehr vollkommen entfallt und dessen völkerrechtlicher Abschluss durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag lediglich nüchtern notiert werde. (S.96)

Bezüglich des in den Lehrplänen und Schulbüchern enthaltenen Polenbildes werde Polen durchgängig in seiner Opferrolle dargestellt, während Deutschland ebenso durchgängig die Täterrolle zukomme. So betreffe das Bekenntnis zur eigenen Schuld nicht nur die ferne Vergangenheit, sondern sie wirke sich auch auf die Darstellung der deutschen Nachkriegsgeschichte im Verhältnis zu Polen aus. Hieraus entwickelt der Autor die These, dass das deutsche historische Gedächtnis sowie die selektive Interpretation der Vergangenheit sich in vielen Elementen an eher polnische Geschichtsbilder angenähert haben. (S.102)

Jörg-Dieter Gauger hat eine umfassende, sorgfältige und kritische Studie vorgelegt, aus der deutlich hervorgeht, dass wir es bei der Vermittlung der deutsch-polnischen Beziehungen in Geschichte und Gegenwart an deutschen Schulen mit erheblichen Defiziten zu tun haben. Es wäre wünschenswert, wenn man die Ergebnisse dieser Arbeit mit Befunden aus polnischen Lehrplänen und Geschichtslehrbüchern vergleichen könnte. Sicherlich würde man hier ebenfalls auf erhebliche Defizite stoßen, die der nationalen Optik und Tradierung von nationaler Geschichte geschuldet sind. Inwiefern sich die polnische Geschichtswissenschaft und Didaktik diesbezüglich verändert und „internationalisiert“ hat, wäre zu prüfen. Angesichts anhaltender Kontroversen über die Rolle der Geschichtspolitik und der historischen Erinnerung in beiden Ländern muss dem Autor sicherlich beigespflichtet werden, wenn er für beide Nachbarn anregt, die Initiative zu ergreifen und sich zu einem gemeinsamen Geschichtswerk durchzuringen. (S.105) Aber auch dann bliebe die Frage offen, ob die gemeinsam erarbeiteten Desiderate Eingang in die Lehrpläne und Lehrbücher beider Staaten fänden. Die einschlägigen Erfahrungen mit den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen geben zu einer eher skeptischen Haltung Anlass.

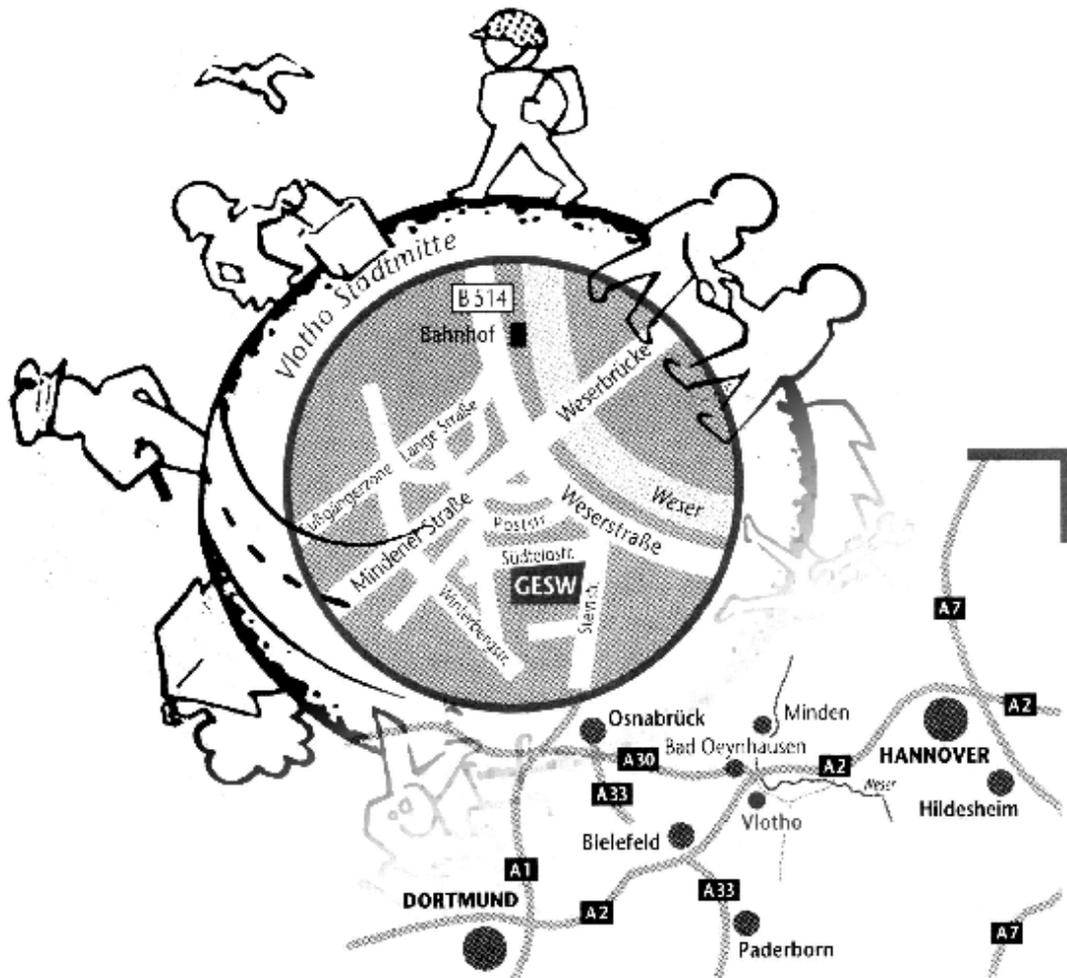
ZW.

105

ao

3/4
2008

GESW – Treffpunkt EUROPA



Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho
Südfeldstr. 2 – 4
32602 Vlotho

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale
Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro
Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

www.gesw.de | info@gesw.de